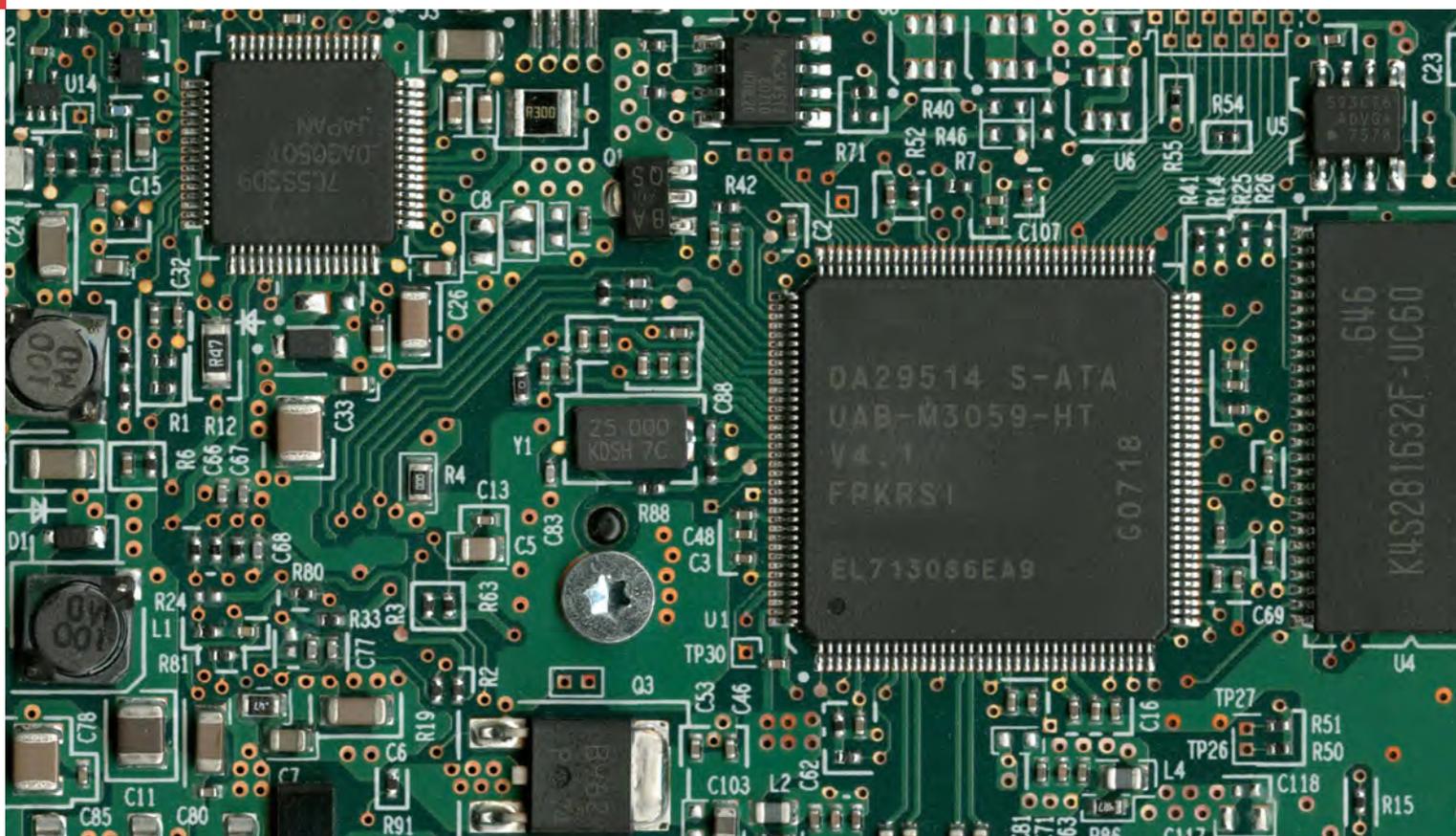




Staat und Wirtschaft in Hessen

Heft Nr. 2/3, Februar/März 2011

66. Jahrgang



- 10 Jahre „Wege zu einer besseren informationellen Infrastruktur“
- Die Entwicklung der bedarfsorientierten Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung seit Einführung zum 1. Januar 2003
- Daten zur Wirtschaftslage
- Personal im hessischen Hochschulbereich 2009
- Hessischer Zahlenspiegel

Inhalt

Ganz kurz	26
Allgemeines	
10 Jahre „Wege zu einer besseren informationellen Infrastruktur“. Von <i>Alexander Richter</i>	27
Sozialleistungen	
Die Entwicklung der bedarfsorientierten Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung seit Einführung zum 1. Januar 2003. Von <i>Petra Gerisch</i>	36
Daten zur Wirtschaftslage	42
Bildung und Kultur	
Personal im hessischen Hochschulbereich 2009. Von <i>Charlotte Pfeil</i>	54
Hessischer Zahlenspiegel	
Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Erwerbstätigkeit	59
Landwirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung	60
Handwerk, Baugewerbe, Baugenehmigungen, Großhandel	61
Einzelhandel, Gastgewerbe, Außenhandel	62
Tourismus, Verkehr	63
Geld und Kredit, Gewerbeanzeigen, Preise, Steuern	64
Verdienste	65
Buchbesprechungen	Seite 68 und Umschlagseite 3

Impressum

ISSN 0344 – 5550 (Print)
ISSN 1616 – 9867 (Digital)
Copyright: © **Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2011**
Auszugsweise Vervielfältigung und Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.
Herausgeber: Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37
Telefon: 0611 3802-0, Telefax: 0611 3802-890
E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de – Internet: www.statistik-hessen.de
Schriftleitung: Siegfried Bayer, Rheinstraße 35/37, Wiesbaden, Telefon: 0611 3802-804
Haus-/Lieferanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden
Postanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden
Bezugspreis: Print: Einzelheft 6,50 Euro (Doppelheft 13,00 Euro), Jahresabonnement 66,30 Euro
(jew. inkl. Versandkosten)
E-Mail-Versand: Einzelheft 4,40 Euro (Doppelheft 8,80 Euro)
Jahrgangs-CD-ROM: 33,30 Euro, (inkl. Versandkosten)
Gesamtherstellung: Hessisches Statistisches Landesamt



Auskünfte

Auskünfte und Informationen aus allen Bereichen der hessischen Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle; Telefon: 0611 3802-802 oder -807; E-Mail: info@statistik-hessen.de

Zeichen

–	= genau Null (nichts vorhanden) bzw. keine Veränderung eingetreten.
0	= Zahlenwert ungleich Null, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit
.	= Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten.
...	= Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.
()	= Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch unsicher ist.
/	= keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.
X	= Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll (oder bei Veränderungsdaten ist die Ausgangszahl kleiner als 100).
D	= Durchschnitt.
s	= geschätzte Zahl.
p	= vorläufige Zahl.
r	= berichtigte Zahl.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind nur negative Veränderungsdaten und Salden mit einem Vorzeichen versehen. Positive Veränderungsdaten und Salden sind ohne Vorzeichen.
Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.

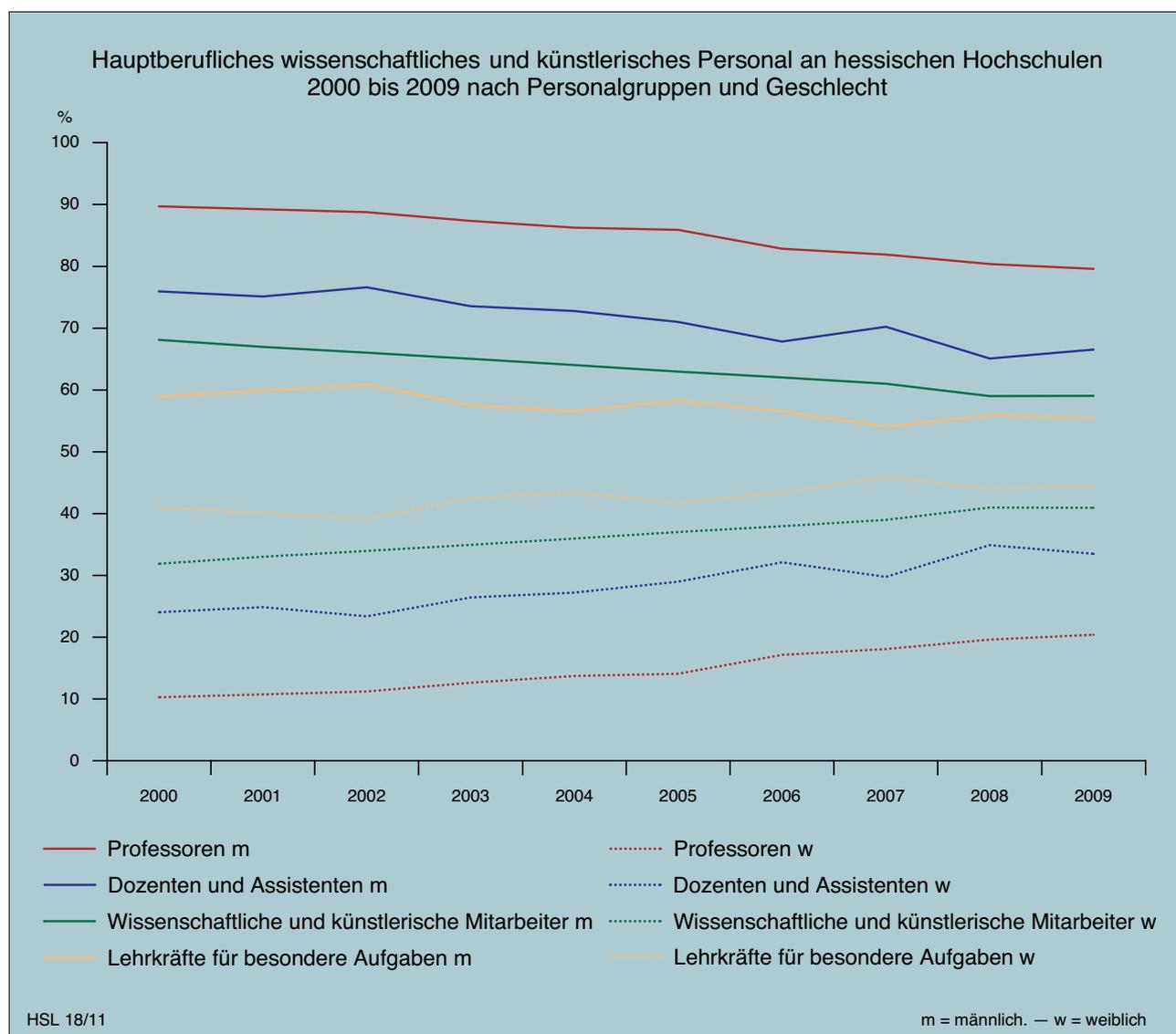
Staat und Wirtschaft in Hessen

Berichte und Informationen aus der Landesstatistik

2/3 · 11

66. Jahrgang

Hessisches Statistisches Landesamt



Schülerinnen und Schüler an den beruflichen Schulen

Im laufenden Schuljahr 2010/2011 werden an den beruflichen Schulen in Hessen knapp 193 000 Jugendliche unterrichtet. Die Schülerzahl nahm damit gegenüber dem vorangegangenen Schuljahr um 2200 oder 1,1 % ab. Wie in den Vorjahren gingen an den Berufsschulen und Berufsfachschulen die Schülerzahlen zurück, während sie an den Fachoberschulen, beruflichen Gymnasien und Fachschulen weiterhin zunahmen. An den 117 Berufsschulen werden mit derzeit 120 000 etwa 3700 Schülerinnen und Schüler weniger unterrichtet als im letzten Schuljahr. Die Anzahl der Schüler mit einem Ausbildungsvertrag, die an der Berufsschule den schulischen Teil ihrer Berufsausbildung absolvieren, nahm im Vergleich zum Vorjahr um knapp 2800 auf 109 700 ab. In den anderen Bildungsgängen, die im Wesentlichen der Ausbildungsvorbereitung dienen (u. a. Berufsgrundbildungsjahr, Berufsvorbereitungsjahr), gingen die Schülerzahlen um knapp 900 auf 10 300 zurück. Obwohl die Schülerzahl an den Berufsschulen so niedrig ist wie zuletzt vor 60 Jahren, kommt ihnen weiterhin eine zentrale Bedeutung im Bereich der beruflichen Schulen zu. An den 124 Berufsfachschulen werden gut 23 000 Jugendliche und damit 700 weniger als im Vorjahr unterrichtet. An den 92 Fachoberschulen, die auf mittleren Bildungsabschlüssen aufbauen und zur Fachhochschulreife führen, stieg die Schülerzahl hingegen um 400 auf 21 900 an. Auch die 50 beruflichen Gymnasien, deren erfolgreicher Besuch zum Abitur führt, konnten weiterhin deutliche Zuwächse verzeichnen: Innerhalb eines Jahres stieg die Anzahl der Schüler um 1100 auf 13 900 an. Die 116 Fachschulen werden von 14 000 Jugendlichen und jungen Erwachsenen besucht, das entspricht einem Zuwachs von 720 binnen Jahresfrist. Die Fachschulen dienen der vertiefenden beruflichen Ausbildung und werden nach einer Berufsausbildung oder ausreichender Berufspraxis besucht.

Zensus 2011 – Rücklaufquote bei der Vorbefragung der Gebäude- und Wohnungseigentümer

Im Herbst 2010 wurde in Hessen zur Vorbereitung der im Rahmen des Zensus 2011 stattfindenden Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) vom Hessischen Statistischen Landesamt eine Vorbefragung bei Eigentümern/-innen von Gebäuden mit Wohnraum durchgeführt. Die Vorerhebung ist nun nahezu abgeschlossen. Bundesweit haben deutlich mehr als die Hälfte der angeschriebenen Eigentümer/-innen den Fragebogen beantwortet. Die Rücklaufquote für Hessen beträgt – nach ge-

genwärtigem Stand – rund 60 %. Solche Rücklaufquoten liegen bei schriftlichen Erhebungen, bei denen keine umfassende Nachfassaktion durchgeführt wird, im Rahmen der Erwartungen. Nach unseren Erfahrungen steigen die Antwortquoten sprunghaft an, wenn ein Erinnerungs- und Mahnverfahren zur Anwendung kommt. Dies war bei der GWZ-Vorbefragung nicht der Fall und auch nicht geplant. Primäres Ziel der Vorbefragung war die Überprüfung der Zustellbarkeit der Eigentümeradressen. Das HSL hatte diese Prüfung im Vorfeld mittels anderer, technischer Möglichkeiten für das Gros der Eigentümeranschriften schon vorgenommen und nur eine partielle Vorbefragung bei rund 350 000 Eigentümern durchgeführt.

Ausbildungsgeschehen: Weniger Jugendliche im Übergangsbereich

Im Jahr 2010 fingen in Hessen rund 121 000 Jugendliche an, sich im Anschluss an die Sekundarstufe I im beruflichen Ausbildungssystem und der gymnasialen Oberstufe an allgemeinbildenden Schulen zu qualifizieren. Vorläufiger Ergebnisse der integrierten Ausbildungsberichterstattung zeigen, dass damit rund 8 % bzw. rund 8500 Jugendliche mehr in das Ausbildungsgeschehen einmündeten als noch im Vorjahr. Die Zunahme ist allein auf einen Anstieg der Jugendlichen zurückzuführen, die anfangen, sich auf den Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung vorzubereiten. Die Zahl der Anfänger in einem studienqualifizierenden Bildungsgang an den beruflichen und allgemeinbildenden Schulen in Hessen belief sich auf rund 50 000 Jugendliche und lag damit um rund 10 000 oder gut 24 % über dem Wert von 2009. Grund hierfür ist, dass im aktuellen Berichtsjahr erstmals eine große Anzahl von Schülern aus G8 von der Mittelstufe in studienqualifizierende Bildungsgänge übergangen und gleichzeitig ebenfalls zahlreiche Schüler aus dem 10. Jahrgang in G9 wechselten. Was den Bereich der vollqualifizierenden Berufsausbildung – die zu einem staatlich anerkannten Berufsabschluss führt – betrifft, so sind anhand der vorläufigen Zahlen kaum Veränderungen zum Vorjahr erkennbar. Insgesamt begannen auch im Jahr 2010 rund 50 000 Jugendliche eine betriebliche oder schulische Berufsausbildung. Die Zahl der Anfänger im Bereich der ausbildungs- und berufsvorbereitenden Qualifizierungen nahm dagegen im Vergleich zum Jahr 2009 um fast 7 % ab. Im Jahr 2010 mündeten rund 21 500 Jugendliche in einen Bildungsgang der Ausbildungs- und Berufsvorbereitung ein; das waren rund 1500 Jugendliche weniger als noch 2009. Die integrierte Ausbildungsberichterstattung ist ein Projekt, das vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung in Auftrag gegeben wurde und aus Mitteln des Landes Hessen und des Europäischen Sozialfonds finanziert wird.

10 Jahre „Wege zu einer besseren informationellen Infrastruktur“

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder existieren seit mehr als 6 Jahrzehnten und sind die bedeutendsten Datenproduzenten in Deutschland. So breit gefächert die Bereiche sind, in denen hier Statistiken erhoben werden, so verschieden sind auch die Nutzer der amtlichen Daten. Zu den Hauptanwendern der Daten zählen die Politik, die Medien und Bürger, nicht zuletzt aber auch die Wissenschaft. Aus den immer komplexer werdenden sozialen, ökonomischen und umweltrelevanten Herausforderungen in unserer Gesellschaft ergeben sich für die Wissenschaft immer differenziertere Forschungsfragen. Aggregierte Ergebnisse oder Tabellen reichen zur Beantwortung solcher Fragestellungen häufig nicht mehr aus. Von der Wissenschaft werden Einzeldaten benötigt. Der komfortable Zugang der Wissenschaft zu faktisch anonymen Einzeldaten über die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder ist mittlerweile – sowohl für die Forschung als auch für die amtliche Statistik selbst – zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Aber was heute selbstverständlich ist, erschien noch im Jahr 2001 kaum vorstellbar. Die Nachfrage nach Einzeldaten für Forschungszwecke war auch vor 10 Jahren nicht neu, die Hürden, die es in der Vergangenheit von der Wissenschaft beim Zugang zu diesen Informationen zu nehmen galt, waren allerdings hoch. Vor 10 Jahren – im März 2001 – wurde ein Gutachten vorgelegt, das auf diesen Mangel bei der „informationellen Infrastruktur“ aufmerksam machte. Dieses Gutachten stellt einen bedeutenden Meilenstein für die Einrichtung von Forschungsdatenzentren (FDZ) bei Datenproduzenten wie den statistischen Ämtern dar.

Der folgende Beitrag nimmt das zehnjährige Jubiläum des Gutachtens zum Anlass, die Entwicklung der informationellen Infrastruktur in Deutschland nachzuzeichnen und richtet dabei den Blick insbesondere auf die amtliche Statistik.

Hintergrund

Am 13. März 2001 wurde ein im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) erstelltes Gutachten vorgelegt, das sich mit den damaligen Beschränkungen für die empirisch forschende Wissenschaft beim Zugang zu statistischen Einzeldaten beschäftigte. Neben einer bloßen Bestandsaufnahme der damaligen Situation enthielt das Gutachten auch Lösungsvorschläge, die in der Folge von Datenproduzenten wie den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder aufgegriffen wurden. Ein weiterer zentraler Punkt des Gutachtens war die Empfehlung einer generellen Verbesserung von Kommunikation und Kooperation zwischen Wissenschaft und Statistik. Das Gutachten mit dem Titel „Wege zu einer besseren informationellen Infrastruktur“ war das Ergebnis der 1999 vom BMBF eingesetzten „Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik“ (KVI). Im Auftrag der damaligen Bundesministerin für Bildung und Forschung Bulmahn sollte die KVI mit dem Gutachten klären, ob die informationelle Infrastruktur in Deutschland noch zeitgemäß ist und den gewandelten Anforderungen der Wissenschaft gerecht wird¹⁾.

¹⁾ Vgl. Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik (Hrsg.): Wege zu einer besseren informationellen Infrastruktur, Baden-Baden, 2001, S. 9 f.

Anforderungen der Wissenschaft

Heute stellt sich in diesem Zusammenhang fast automatisch die Frage, inwiefern sich die Anforderungen der Wissenschaft an die amtliche Statistik in der Vergangenheit gewandelt haben und worin Gründe für diesen Wandel lagen.

Das Bundesstatistikgesetz und die jeweiligen Landesstatistikgesetze sehen eine Verpflichtung der amtlichen Statistik zur Veröffentlichung und Darstellung von statistischen Ergebnissen vor. Daher fasst die amtliche Statistik die statistischen Informationen als öffentliches Gut auf und stellt diese der breiten Öffentlichkeit über das Internet (z. B. als Online-Standardprodukt) kostenfrei zur Verfügung. Daneben werden von den statistischen Ämtern für spezielle Zielgruppen auch Standardprodukte in gedruckter Form oder auf Datenträgern, in denen statistische Daten in besonderer Weise zusammengetragen und vertiefend dargestellt bzw. analysiert werden, erstellt. Diese werden zur Deckung der Herstellungs- und Versandkosten in der Regel gegen Entgelt abgegeben. In beiden Fällen erhält der Nutzer die Ergebnisse in aggregierter und standardisierter Form. Sofern diese Standardangebote nicht ausreichen, können bei den statistischen Ämtern Sonderauswertungen in Auftrag gegeben werden. Solche Sonderauswertungen sind allerdings aufwändig und damit für den Nutzer auch teuer. Zudem reichen die erzeugten Ergebnisse zur Beant-

wortung komplexer Forschungsfragen oftmals nicht aus. Für eine tiefgehende Beurteilung gesellschaftlicher und ökonomischer Zusammenhänge bedarf es meist des Blickes „hinter“ einen aggregierten Wert. Dies gilt z. B. für die Beantwortung von Fragestellungen, die sich mit bestimmten Teilgruppen aus Wirtschaft und Gesellschaft beschäftigen²⁾. Darüber hinaus gewinnen aber auch Daten für kleinräumige Untersuchungen oder georeferenzierte Daten immer mehr an Bedeutung.

Um aus dem vorhandenen Datenmaterial die benötigten Informationen zu erhalten, bedarf es einer Vielzahl unterschiedlicher wissenschaftlicher Methoden³⁾. Für die meisten heute benutzten statistischen Methoden und Verfahren ist die Verwendung aggregierter Ergebnisse, die in Form von Tabellen oder Makrodaten weitergegeben werden, aber schlichtweg ungeeignet. Zur umfassenden Beantwortung aktueller Fragestellungen werden von der Wissenschaft Einzeldaten benötigt.

Technische Rahmenbedingungen für die Nutzung von Einzeldaten

Die benötigten Einzeldaten sind in großem Umfang bei Datenproduzenten wie den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder, der Bundesagentur für Arbeit oder den Rentenversicherungsträgern vorhanden. Speziell die Einzeldaten der amtlichen Statistik umfassen dabei eine Vielzahl verschiedener Themengebiete. So werden neben Wirtschafts-, Bevölkerungs- und Sozialstatistiken beispielsweise auch Informationen über energie- und umweltpolitische Sachverhalte oder Daten zur Landwirtschaft, Bildung und Rechtspflege erhoben.

Die Einzeldaten der großen Datenproduzenten haben erhebliche Vorteile gegenüber Erhebungen, wie sie etwa von Forschungsinstituten durchgeführt werden. So lassen sich dank regelmäßig wiederkehrender Erfassung und oftmals über lange Zeiträume konstant bleibende Merkmalskataloge Veränderungen im Zeitablauf besonders gut abbilden. Die Daten der amtlichen Statistik sind in vielen Fällen Sekundärerhebungen. Das heißt, dass die Informationen nicht von den statistischen Ämtern selbst erfasst werden, sondern vielfach aus Verwaltungsprozessen anderer Institutionen stammen. So erfolgt in

Deutschland beispielsweise die Meldung von Eheschließungen, Geburten oder Sterbefällen bei den Standesämtern. Die dort erfassten Informationen, die für die Erstellung der Statistiken zur natürlichen Bevölkerungsbewegung von Bedeutung sind, werden in der Folge von den Standesämtern an die statistischen Landesämter weitergeleitet⁴⁾. Ebenso werden z. B. auch Angaben für die Erstellung von Steuerstatistiken nicht durch Direktbefragungen der statistischen Ämter gewonnen. Die für die Durchführung der Steuerstatistiken benötigten Angaben fallen vielmehr bei den zuständigen Finanzämtern im Rahmen der Besteuerung an und werden von diesen an die statistischen Landesämter übermittelt. Antwortausfälle, wie es sie beispielsweise bei vielen sozialwissenschaftlichen Erhebungen gibt, sind hier unbekannt⁵⁾.

Viele amtliche Statistiken stellen Vollerhebungen dar oder basieren – wie beispielsweise der Mikrozensus – auf sehr großen Stichproben. Im Ergebnis umfassen die amtlichen Daten eine hohe Anzahl an Fällen. Kurz gesagt, Daten der amtlichen Statistik sind Massendaten. Waren vor ein paar Jahrzehnten Datenbestände, die zum Teil aus mehreren Millionen Einzeldatensätzen bestehen, nur mit großem Aufwand handhabbar und mussten umständlich am Großrechner ausgewertet werden, spielen solche Probleme im Zeitverlauf eine immer geringere Rolle. Im Jahr 2001, also dem Jahr, in dem das Gutachten vorgelegt wurde, stellte auch ein großes Datenvolumen für die Auswertung von Einzeldaten keine wirkliche Hürde mehr dar. Auch umfangreiche Einzeldatensätze konnten nun relativ einfach am PC analysiert werden. Hierzu hatte, neben einer verbesserten Hardware, auch die Entwicklung und Verbesserung entsprechender Softwarepakete ihren Beitrag geleistet. Seit den Achtzigerjahren des letzten Jahrhunderts sind Programmpakete zur Analyse großer Datenmengen nicht mehr nur für Großrechner, sondern auch für den PC verfügbar. Die statistischen Standardprogramme verfügen neben Kommandozeilen zur Eingabe einer Programmsyntax heute in der Regel auch über intuitive Menüsteuerungen. Eine Auswertung von Einzeldatensätzen mit diesen Statistikpaketen stellt somit selbst für Nutzer, die im Umgang mit den programmeigenen Syntax-Codes nicht vertraut sind, kein großes Problem dar. Zugleich gibt es mittlerweile frei verfügbare und kostenlose Alternativen zu den kommerziellen Statistikpaketen. Mit den gewonnenen technischen Möglichkeiten für die Auswertung amtlicher Mikrodaten stieg im Ergebnis auch die Nachfrage der Wissenschaft nach diesen Daten.

Rechtliche Rahmenbedingungen für die Bereitstellung von Einzeldaten

Neben dem Bedarf der Wissenschaft und den vorhandenen technischen Möglichkeiten ist im Zusammenhang mit dem Zugang zu Einzeldaten der amtlichen Statistik

2) Vgl. Zühlke, S.; Zwick, M.; Scharnhorst, S.; Wende, T.: Die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, In: Statistische Analysen und Studien NRW, Band 13, Düsseldorf, 2004, S. 3.

3) Vgl. Bauer, P.: Das Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter – Ein Beitrag zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik. In: Rolf, G.; Zwick, M.; Wagner, G. (Hrsg.): Fortschritte der informationellen Infrastruktur in Deutschland – Festschrift für Johann Hahlen zum 65. Geburtstag und Hans-Jürgen Krupp zum 75. Geburtstag, Baden-Baden, 2008, S. 159.

4) Vgl. Richter, A.: Einzeldaten der Bevölkerungsstatistik – Die natürliche Bevölkerungsbewegung in Deutschland. In: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 7/2006, S. 410 ff.

5) Vgl. Wirth H.; Müller, W.: Mikrodaten der amtlichen Statistik – Ihr Potenzial in der empirischen Sozialforschung. In: Diekmann, A. (Hrsg.): Methoden der Sozialforschung, Wiesbaden, 2006, S. 98.

Stationen auf dem Weg zu den Forschungsdatenzentren (FDZ) der amtlichen Statistik



2010	Förderung des FDZ der statistischen Landesämter durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung endet (August)
2007	Förderung des FDZ des Statistischen Bundesamtes durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung endet (Dezember)
2004	Gründung des Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD)
2002	Einrichtung des FDZ der statistischen Landesämter
2001	Gutachten der Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur (März) / Gründungsausschuss RatSWD (Mai) / Gründung des FDZ des Statistischen Bundesamtes (September)
1999	Einrichtung der Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur
1987	Revision des Bundesstatistikgesetzes und Möglichkeit der Nutzung faktisch anonymer Daten für Forschungszwecke
1980	Revision des Bundesstatistikgesetzes und Verbot der Weitergabe nicht vollständig anonymer Daten
1957	Gründung des Wissenschaftsrates
1953	Verabschiedung des Bundesstatistikgesetzes
1949	Verabschiedung des Grundgesetzes / Gründung des Statistischen Bundesamtes
1945	Gründung des Hessischen Statistischen Landesamtes

HSL 15/11

noch ein weiterer, sehr wesentlicher Aspekt zu berücksichtigen. Die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen müssen gegeben sein. Maßgeblich für die Übermittlung amtlicher Daten ist neben dem Datenschutzgesetz das Bundesstatistikgesetz (BStatG)⁶⁾. Mit der ersten Fassung des BStatG von 1953 ergaben sich für die Weitergabe amtlicher Daten an die Wissenschaft kaum rechtliche Einschränkungen. Gegen einen verbreit-

6) Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke.

7) Vgl. Zühlke, S.; Zwick, M.; Scharnhorst, S.; Wende, T.: Die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, In: Statistische Analysen und Studien NRW, Band 13, Düsseldorf, 2004, S. 3.

teten Datenzugang sprachen aber bis in die Siebzigerjahre die technischen Beschränkungen, sodass die Zahl der Datennutzungen zu dieser Zeit überschaubar blieb⁷⁾. Während sich die technischen Möglichkeiten ganz langsam verbesserten, kam es im Jahr 1980 zu einer Novellierung des BStatG mit der Folge, dass von den statistischen Ämtern nur noch vollständig anonyme Daten in Form von aggregierten Werten oder Tabellen an die Wissenschaft weitergegeben werden durften. Auf dem Weg zu einer besseren informationellen Infrastruktur ging man damit einen großen Schritt zurück.

In der Bundesrepublik gelten sowohl das Recht auf informationelle Selbstbestimmung als auch die Freiheit von Wissenschaft und Forschung⁸⁾. Diesem scheinbaren Widerspruch wurde mit der erneuten Novellierung des Bundesstatistikgesetzes im Jahr 1987 Rechnung getragen. § 16 Abs. 6 erlaubte es den statistischen Ämtern von Bund und Ländern nun, der unabhängigen wissenschaftlichen Forschung den Zugang zu Einzeldaten für Forschungsprojekte zu ermöglichen, sofern die Daten „nur mit einem unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft“ zugeordnet werden können – also faktisch anonym sind – und die Empfänger entsprechend verpflichtet wurden. Seit 1987 gab es damit eine rechtliche Grundlage für den Zugang der Wissenschaft zu Einzeldaten der amtlichen Statistik, das sogenannte „Wissenschaftsprivileg“.

Zugangsmöglichkeiten in den Neunzigerjahren

Auch wenn die damaligen technischen und rechtlichen Rahmenbedingungen für einen verbreiteten Zugang zu amtlichen Einzeldaten für Forschungszwecke sprachen, blieben die Möglichkeiten für die Wissenschaft in der Praxis weiter eingeschränkt. Von der amtlichen Statistik wurden für Forschungsprojekte zwar anonymisierte Einzeldaten zur Verfügung gestellt, allerdings war die Datenbereitstellung teilweise mit hohen Kosten verbunden und blieb auf wenige Statistiken beschränkt. Zumeist waren dies Statistiken, die im Zusammenhang mit Haushalts- oder personenbezogenen Erhebungen standen, wie beispielsweise der Mikrozensus oder die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Die Bereitstellung erfolgte in der Regel in Form faktisch anonymer Scientific-Use-Files für die Off-Site-Nutzung, also die Nutzung außerhalb der Räume der amtlichen Statistik. Für Einzeldaten aus den Wirtschaftsstatistiken, bei denen sich insbesondere bei tiefer räumlicher oder sachlicher Gliederung die faktische Anonymität außerhalb der geschützten Räume der amtlichen Statistik kaum sicherstellen lässt, konnten keine Datensätze für die Off-Site-Nutzung zur Verfügung gestellt werden. In einigen Fällen bot sich für Wissenschaftler die Möglichkeit, auf Grundlage ge-

sonderter Vereinbarungen mit einem statistischen Landesamt Einzeldaten innerhalb der geschützten Räume der amtlichen Statistik zu nutzen. Die Auswertung blieb dabei jedoch auf die Daten des jeweiligen Landesamtes beschränkt und war folglich nur für ein einzelnes Bundesland durchführbar⁹⁾. Die Möglichkeit, amtliche Mikrodaten für das gesamte Bundesgebiet an einem Ort auszuwerten, bestand zu dieser Zeit nicht. Der Zugang zu Einzeldaten der amtlichen Statistik blieb somit in der Praxis mit großen Einschränkungen verbunden.

Nicht nur die Beantwortung gesellschaftlich bedeutender Fragestellungen, sondern auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit der empirischen Wirtschaftsforschung in Deutschland standen immer mehr auf dem Spiel. Zum Ende der Neunzigerjahre wurden daher insbesondere bei den Wirtschaftswissenschaftlern die Forderungen nach Lösungen für diese Beschränkungen immer lauter. Ein in dieser Zeit aufgekommener Vorschlag war es, Nutzern den Datenzugang in den statistischen Ämtern als sogenannte „One-Dollar-Men“ zu ermöglichen. Nach diesem Vorschlag hätten Datennutzer bei einem statistischen Amt für einen „symbolischen Dollar“ angestellt und entsprechend verpflichtet werden sollen. In der Folge sollten sie als „Mitarbeiter“ eines statistischen Amtes die Möglichkeit haben, Einzeldaten in den Räumen der amtlichen Statistik auszuwerten. Dieser Vorschlag wurde dann allerdings von den Datenschutzbeauftragten abgelehnt¹⁰⁾. Und mehr als 10 Jahre später erscheint diese Idee, auch nicht zuletzt mit Blick auf die allgegenwärtige Frage nach einer stabilen Finanzierung der heutigen Forschungsdatenzentren, eher kurios als praxisnah.

Die Lage wird bewertet

Bei der Diskussion um die begrenzten Zugangsmöglichkeiten zu Einzeldaten wurde darauf aufmerksam gemacht, dass ohne einen entsprechenden Datenzugang eine erfolgreiche Wirtschaftsforschung in der Bundesrepublik unmöglich ist¹¹⁾. Im Jahr 1998 setzte sich unter anderem der Wissenschaftsrat in einer Stellungnahme zu den Wirtschaftsforschungsinstituten mit diesem Problem auseinander¹²⁾.

Was ist der Wissenschaftsrat und welche Aufgaben hat er?

Der **Wissenschaftsrat (WR)** wurde 1957 von Bund und Ländern eingerichtet, um einen Überblick über die wissenschaftliche Arbeit in Deutschland zu geben und die Bundes- bzw. Landesregierungen bei der inhaltlichen und strukturellen Entwicklung von Hochschulen, Wissenschaft und Forschung zu beraten. Der WR setzt sich aus Wissenschaftlern, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sowie Vertretern der Bundes- und Landesregierungen zusammen. (<http://www.wissenschaftsrat.de>)

8) Vgl. ebd. S. 4.

9) Vgl. Wagner, J.: FiDASt Reloaded. In: Rolf, G.; Zwick, M.; Wagner, G. (Hrsg.): Fortschritte der informationellen Infrastruktur in Deutschland – Festschrift für Johann Hahlen zum 65. Geburtstag und Hans-Jürgen Krupp zum 75. Geburtstag, Baden-Baden, 2008, S. 370 f.

10) Vgl. Bauer, P.: Das Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter – Ein Beitrag zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik. In: Rolf, G.; Zwick, M.; Wagner, G. (Hrsg.): Fortschritte der informationellen Infrastruktur in Deutschland – Festschrift für Johann Hahlen zum 65. Geburtstag und Hans-Jürgen Krupp zum 75. Geburtstag, Baden-Baden, 2008, S. 163.

11) Vgl. Hauser, R.; Wagner, G.; Zimmermann, F.: Memorandum: Erfolgsbedingungen empirischer Wirtschaftsforschung und empirisch gestützter Wirtschafts- und sozialpolitischer Beratung – IZA Discussion Paper No. 14, Bonn, 1998, S. 3.

12) Vgl.: Wissenschaftsrat (Hrsg.): Stellungnahme zu den Wirtschaftsforschungsinstituten der Blauen Liste in den alten Bundesländern – Allgemeine Gesichtspunkte, Berlin, 1998, S. 13 ff.

Im Jahr 1999 wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung die **Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur** (KVI) eingesetzt. Sie hatte die Aufgabe, eine umfassende Bestandsaufnahme der Situation durchzuführen und Vorschläge für eine Verbesserung vorzulegen. Das Ergebnis war das vor 10 Jahren vorgelegte Gutachten „Wege zu einer besseren informationellen Infrastruktur“, in dem die KVI auf die Notwendigkeiten von erleichterten Zugangswegen zu Einzeldaten der amtlichen Statistik hinwies. Die KVI machte auch darauf aufmerksam, dass das vorhandene Informationsangebot in Deutschland zwar durchaus umfassend, aber gleichzeitig auch sehr unübersichtlich sei. Die amtlichen Daten würden in erster Linie für administrative Zwecke erhoben, sachgerechte Informationen für wissenschaftliche Datennutzer würden vielfach fehlen. Neben geregelten Zugangswegen bedürfe es daher auch entsprechender Datendokumentationen, die der Wissenschaft Informationen über Erhebungs- und Aufbereitungsverfahren liefern.

Der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten

Die KVI wies in ihrem Gutachten auch darauf hin, dass es einer Verbesserung bei der Kommunikation und Kooperation zwischen Wissenschaft und Statistik bedürfe. In diesem Zusammenhang empfahl die KVI die Einrichtung eines Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD), der die „Aufgabe (haben soll), die Dateninfrastruktur in Deutschland zu bewerten, weiterzuentwickeln sowie für Bund und Länder Empfehlungen zum Programm der wissenschaftstragenen Statistik und dessen Finanzierung zu erarbeiten“¹³⁾.

Nachdem im Jahr 2001 ein Gründungsausschuss für den RatSWD eingerichtet worden war, wurde der Rat im Jahr 2004 erstmalig vom Bundesministerium für Bildung und Forschung berufen. Ein wesentliches Ziel des RatSWD ist es heute, „die Situation der empirischen Sozial- und Wirtschaftswissenschaften nachhaltig zu verbessern und zu ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit beizutragen“¹⁴⁾. Der RatSWD setzt sich sowohl aus Vertretern der Wissenschaft als auch der Datenproduzenten zusammen. Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sind als größte Datenproduzenten in Deutschland von Beginn an Mitglieder im Rat. Das Statistische Bundesamt wird durch seinen Präsidenten Roderich Egeler vertreten. Die statistischen Ämter der Länder vertritt seit Gründung des Rates der Präsident des Hessischen Statistischen Landesamtes, Herr Eckart Hohmann.

13) Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik (Hrsg.): Wege zu einer besseren informationellen Infrastruktur, Baden-Baden, 2001, S. 27.

14) <http://www.ratswd.de/rat/aufgaben.php> (Abruf vom 27. Januar 2011).

Einrichtung von Forschungsdaten- und Datenservicezentren

Eine Aufgabe des RatSWD ist die Weiterentwicklung und Bewertung der informationellen Infrastruktur in Deutschland. Hierbei kommt bereits dem Gründungsausschuss des Rates eine entscheidende Rolle zu, denn dieser hat die Einrichtung von Forschungsdatenzentren (FDZ) bei den Datenproduzenten angeregt. Zu den ersten FDZ, die in Deutschland zwischen 2001 und 2004 eingerichtet wurden, zählen neben dem FDZ des Statistischen Bundesamtes und dem der statistischen Landesämter auch das FDZ der Bundesagentur für Arbeit im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie das FDZ der Deutschen Rentenversicherung Bund. Daneben wurden auch zwei Datenservicezentren (DSZ) eingerichtet. Eines bei der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS) und eines beim Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA). Allen ist gemein, dass diese in ihrer Startphase vom BMBF mit Anschubfinanzierungen gefördert wurden. Mittlerweile sind die genannten FDZ und DSZ nicht mehr die einzigen Einrichtungen dieser Art in Deutschland. Heute, 10 Jahre nach Vorlage des Gutachtens der KVI, gibt es bereits 15 FDZ und 3 DSZ.

Die FDZ und DSZ werden vom RatSWD akkreditiert. Für die Akkreditierung müssen von den FDZ und DSZ bestimmte Kriterien erfüllt werden. Welche Anforderungen

Was sind Forschungsdatenzentren, was sind Datenservicezentren?

Forschungsdatenzentren (FDZ) sind Einrichtungen von Datenproduzenten. Unter Wahrung der rechtlichen Bestimmungen haben FDZ die Aufgabe, der Wissenschaft einen einfachen und transparenten Zugang zu Einzeldaten zu ermöglichen. Dies kann durch die Bereitstellung von faktisch anonymisierten Scientific-Use-Files oder die Bereitstellung faktisch anonymisierter Daten an einem Gastwissenschaftlerarbeitsplatz erfolgen. Lassen sich Daten nicht angemessen anonymisieren, besteht in der Regel die Möglichkeit, Auswertungen über eine kontrollierte Datenfernverarbeitung durchzuführen. In diesem Fall sendet der Datennutzer ein Auswertungsprogramm (Syntax) an das FDZ und erhält in der Folge vollständig anonymisierte Analyseergebnisse.

Datenservicezentren (DSZ) sind Einrichtungen außerhalb der Institutionen großer Datenproduzenten, die empirisch forschende Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler durch bestimmte Serviceleistungen unterstützen. Zu den Serviceleistungen können beispielsweise die Erstellung umfassender Datendokumentationen, die Archivierung von Daten oder die Schulung von Nutzern im Umgang mit Daten zählen.

Forschungsdaten- und Datenservicezentren in Deutschland

Forschungsdatenzentren (FDZ)	Standorte
FDZ der statistischen Ämter der Länder	Wiesbaden, Kiel, Schwerin, Hamburg, Bremen, Berlin Mitte, Berlin Alt-Friedrichsfelde, Potsdam, Hannover, Halle (Saale), Düsseldorf, Kamenz, Dresden, Erfurt, Bad Ems, Saarbrücken, Stuttgart, München
FDZ des Statistischen Bundesamtes	Wiesbaden, Berlin, Bonn
FDZ der Bundesagentur für Arbeit im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung	Nürnberg ¹⁾
FDZ der Deutschen Rentenversicherung Bund	Berlin, Würzburg
FDZ im Bundesinstitut für Berufsbildung	Bonn
FDZ am Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen	Berlin
FDZ des Sozio-oekonomischen Panels	Berlin
FDZ ALLBUS bei GESIS	Berlin, Bonn, Köln, Mannheim
FDZ „Internationale Umfrageprogramme“ bei GESIS	Berlin, Bonn, Köln, Mannheim
FDZ „Wahlen“ bei GESIS	Berlin, Bonn, Köln, Mannheim
FDZ Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe — SHARE	Mannheim
FDZ Deutscher Alterssurvey	Berlin
FDZ PsychData des Leibniz-Zentrums für Psychologische Information und Dokumentation	Trier
FDZ Panel Analysis of Intimate Relationships and Family Dynamics — PAIRFAM	Bremen, Chemnitz, Mannheim
FDZ RWI	Essen

Datenservicezentren (DSZ)	Standorte
German Microdata Lab (GML) Servicezentrum für Mikrodaten des Leibniz-Instituts für Sozialwissenschaften (GESIS) / MISSY	Berlin, Bonn, Köln, Mannheim
Internationales Datenservicezentrum des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit (IZA)	Bonn
Datenservicezentrum Betriebs- und Organisations-Daten (DSZ-BO)	Bielefeld

Quelle: <http://www.ratswd.de/dat/fdz.php> (Abruf vom 10. Februar 2011).

¹⁾ In diesen Tagen läuft das Pilot-Projekt „PFiF“ (Projekt FDZ im FDZ) an, bei dem in einem ersten Versuch der Zugang zu Daten des FDZ IAB auch in den Standorten Berlin, Bremen, Dresden und Düsseldorf des FDZ der statistischen Ämter der Länder getestet wird. Das FDZ des IAB nutzt damit als erstes das dichte Netzwerk von Standorten des Forschungsdaten-zentrums der statistischen Ämter der Länder.

muss ein Forschungsdaten-zentrum also grundsätzlich erfüllen?

Die Hauptaufgabe eines FDZ ist ein erleichterter Zugang zu Daten für wissenschaftliche Nutzer unter Wahrung der geltenden (datenschutz-)rechtlichen Regelungen. Das FDZ stellt damit eine Serviceeinrichtung eines Datenproduzenten dar. In der Bundesrepublik gilt die Freiheit von Wissenschaft und Forschung. Somit darf durch ein FDZ keine inhaltliche Bewertung eines wissenschaftlichen Projektes vorgenommen werden. Alle Nutzer sind folglich – unabhängig von ihrer jeweiligen Fragestellung – gleichberechtigt zu behandeln.

Um die Mikrodaten, die ausgewertet werden sollen, korrekt interpretieren zu können, bedarf es Informationen, die eine korrekte Deutung von statistischen Daten ermöglichen, wie beispielsweise die Darstellung von Er-

hebungsmethodiken oder Merkmalsdefinitionen¹⁵⁾. Eine Aufgabe von FDZ ist es daher ebenfalls, solche Zusatzinformationen – sogenannte Metadaten – für die wissenschaftlichen Nutzer zu erstellen und diesen zugänglich zu machen.

Für die Akkreditierung der FDZ spielt des Weiteren die aktive Beteiligung an der wissenschaftlichen Diskussion eine wichtige Rolle. Die FDZ verpflichten sich, diese Kriterien zu erfüllen und sind dem RatSWD jährlich rechen-schaftspflichtig¹⁶⁾.

Das FDZ der statistischen Ämter der Länder

Das FDZ des Statistischen Bundesamtes und das der statistischen Ämter der Länder gehören zu den FDZ der ersten Stunde. Dabei ist das FDZ der statistischen Landesämter mit seinen bundesweit 18 Standorten¹⁷⁾ das größte FDZ in Deutschland. Das FDZ ist eine Arbeitsgemeinschaft aller 14 statistischen Landesämter. Aufgaben und Arbeitsweise sind im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung festgelegt, die im April 2002 mit der Gründung des FDZ verabschiedet wurde.

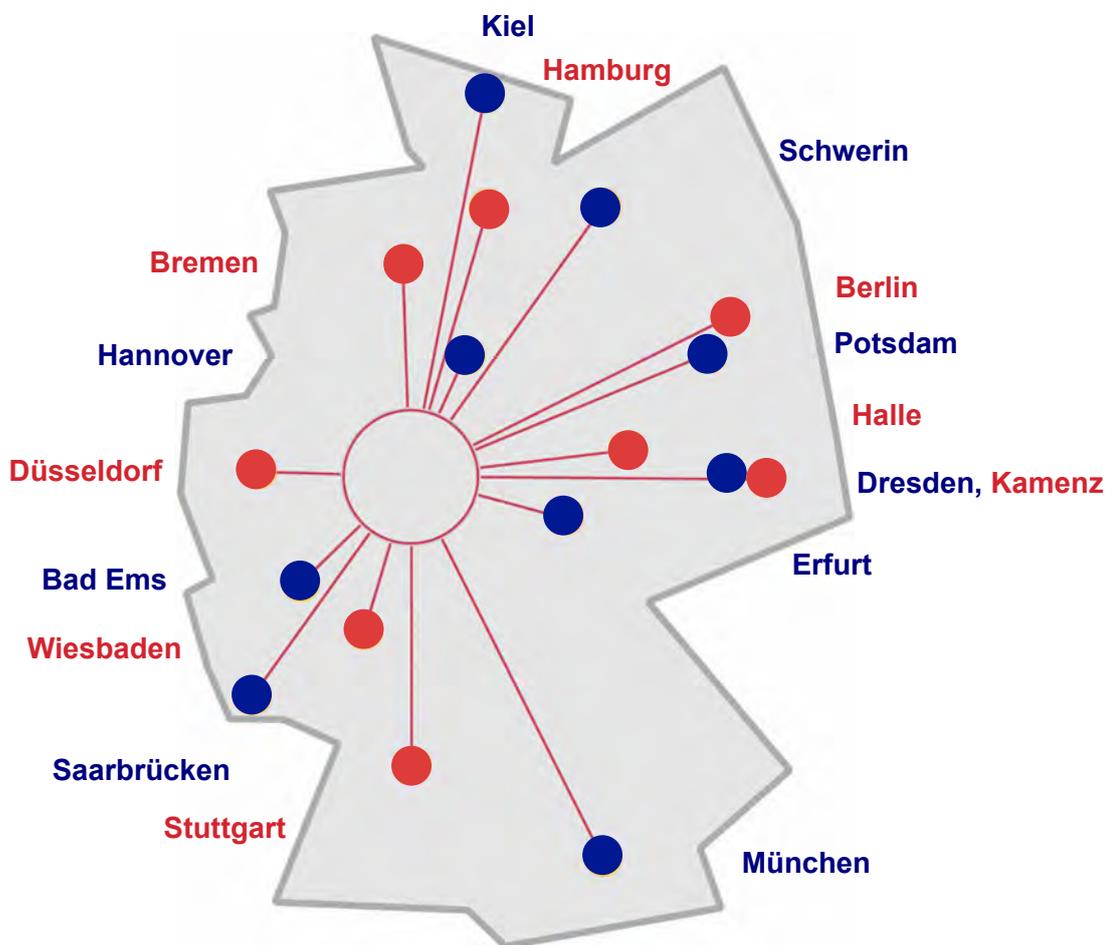
Mit der Einrichtung eines gemeinsamen FDZ haben die statistischen Ämter der Länder als größte Datenproduzen-

¹⁵⁾ Vgl. Richter, A.; Weil, S.: Metadaten – Eine Grundlage für die Auswertung amtlicher Statistiken durch die Wissenschaft. In: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 1/2005, S. 14 ff.

¹⁶⁾ Vgl. RatSWD (Hrsg.): Kriterien des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) für die Einrichtung der Forschungsdaten-Infrastruktur, Berlin, 2010.

¹⁷⁾ Standorte: Wiesbaden, Kiel, Schwerin, Hamburg, Bremen, Berlin Mitte, Berlin Alt-Friedrichsfelde, Potsdam, Hannover, Halle (Saale), Düsseldorf, Kamenz, Dresden, Erfurt, Bad Ems, Saarbrücken, Stuttgart, München.

Regionale Standorte des FDZ der statistischen Ämter der Länder



HSL 16/11

ten Deutschlands eine Dateninfrastruktur geschaffen, die sich nicht nur durch ein dichtes regionales Netzwerk, sondern vor allem auch durch ein fachlich breites Angebot auszeichnet. So sind bisher Daten aus über 80 Statistiken, über zum Teil lange Erhebungszeiträume, für die wissenschaftliche Forschung verfügbar. Das Datenangebot wird dabei ständig erweitert. Um für diesen großen Umfang an Daten eine zügige Bereitstellung für Nutzeranfragen oder die Erstellung ausführlicher Metadaten gewährleisten zu können, haben 13 statistische Landesämter die Zuständigkeit für einzelne Statistiken bzw. Statistikbereiche im FDZ übernommen.

Die Erarbeitung fachlicher Konzepte oder die Klärung rechtlicher Fragen erfolgt in enger Abstimmung mit dem FDZ des Statistischen Bundesamtes. Die gute Kooperation zwi-

18) Vgl. Hauser, R.; Wagner, G.; Zimmermann, F.: Memorandum: Erfolgsbedingungen empirischer Wirtschaftsforschung und empirisch gestützter wirtschafts- und sozialpolitischer Beratung – IZA Discussion Paper No. 14, Bonn, 1998, S. 13.

schen beiden FDZ zeigt sich aber auch bei der gemeinsamen Erstellung von Scientific-Use-Files oder CAMPUS-Files.

Mit den CAMPUS-Files haben die FDZ vollständig anonyme Datensätze für die statistische Methodenlehre in den Hochschulen entwickelt und damit Möglichkeiten für eine bessere Ausbildung der Studierenden geschaffen. Die Forderungen nach solchen Datensätzen wurden von der Wissenschaft bereits vor Einrichtung der KVI geäußert und fanden sich auch in dem vor 10 Jahren vorgelegten Gutachten wieder¹⁸⁾.

Verbesserung des Analysepotenzials durch Datenintegration

Einen innovativen Weg bei der Verbesserung der informationellen Infrastruktur verfolgen die FDZ seit einiger Zeit auch mit der Integration von Daten. Dabei werden Daten unterschiedlicher Statistiken miteinander kombiniert. Hierdurch besteht die Möglichkeit, für die Analy-

se vornehmlich ökonomischer Zusammenhänge Informationen aus verschiedenen Statistiken gemeinsam zu nutzen. Eine Datenintegration ist im Querschnitt, aber auch im Längsschnitt möglich. Durch die Zusammenführung von Einzeldaten verschiedener Erhebungswellen im Längsschnitt kann vor allem dem steigenden Bedarf nach Panel-Datensätzen nachgekommen werden.

Mit einer Integration von Datensätzen lässt sich der Analysegehalt erhobener Mikrodaten deutlich erhöhen. In der Folge können auch sehr komplexe Forschungsfragen beantwortet werden. Durch die Integration von Daten ist es aber auch möglich, zusätzliche statistische Erhebungen zu vermeiden und so nicht nur Kosten zu sparen, sondern vor allem die Auskunftgebenden vor zusätzlichen Belastungen zu bewahren. Die Integration von Daten wird daher nicht nur von der Wissenschaft gefordert, sondern sie wurde bei der Evaluation des FDZ der Statistischen Landesämter im Jahr 2006 von einer Gutachtergruppe auch ausdrücklich empfohlen¹⁹⁾. Mit dem 2005 neu gefassten § 13a Bundesstatistikgesetz hat der Gesetzgeber hierfür die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen.

Blieb die Möglichkeit zur Integration von Daten in der Vergangenheit von der amtlichen Statistik weitestgehend ungenutzt, haben die FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder diese Chance vor einiger Zeit ergriffen. Mit dem Projekt **Amtliche Firmendaten für Deutschland** (AFiD) des FDZ der statistischen Landesämter konnten Einzeldaten der Wirtschafts- und Umweltstatistiken im Längs- und Querschnitt über das Unternehmensregister integriert werden. Im Projekt **Kombinierte Firmendaten für Deutschland** (KombiFiD) werden erstmalig Datensätze erstellt, bei denen Erhebungen verschiedener Institutionen miteinander kombiniert werden. Neben Daten der amtlichen Statistik werden hier auch Informationen der Bundesagentur für Arbeit und der Deutschen Bundesbank verwendet. Insbesondere mit Blick auf die Erzeugung von Längsschnittdatensätzen ist an dieser Stelle auch das Projekt „Wirtschaftsstatistische Paneldaten und faktische Anonymisierung“ zu nennen.

Zukünftige Herausforderungen

Beide FDZ sind heute etablierte Schnittstellen zwischen Wissenschaft und amtlicher Statistik. Am 1. April 2012 wird das FDZ der statistischen Landesämter 10 Jahre

bestehen. Das FDZ des Statistischen Bundesamtes wird sein zehnjähriges Bestehen bereits im Herbst dieses Jahres feiern. Nach dem Rückblick auf die bisherige, sehr erfolgreiche Entwicklung der informationellen Infrastruktur erscheint an dieser Stelle ein Ausblick in die Zukunft angebracht. Als Dienstleistungseinrichtungen müssen sich die FDZ in hohem Maße an den Bedürfnissen ihrer Nutzer orientieren. Wie also könnte der Bedarf der Datennutzer in Zukunft aussehen und wo liegen zukünftige Herausforderungen für die FDZ der amtlichen Statistik?

Im Januar dieses Jahres fand in Wiesbaden die 5. Konferenz für Sozial- und Wirtschaftsdaten statt. Betrachtet man die hier in Vorträgen vorgestellten und in Foren diskutierten Themen, lassen sich ein paar Anhaltspunkte für die Beantwortung der aufgeworfenen Frage ableiten. Als eine Herausforderung darf sicherlich die zunehmende Nachfrage nach Geodaten bzw. die Georeferenzierung von Mikrodaten und die Tendenz zu kleinräumlichen Untersuchungen gesehen werden. Eine andere Herausforderung wird auch weiterhin die Verbesserung bestehender bzw. die Entwicklung neuer Zugangswege zu den Einzeldaten der amtlichen Statistik bleiben. Die Bedeutung der On-Site-Nutzung – also die Datenauswertung an einem Gastwissenschaftlerarbeitsplatz oder mittels kontrollierter Datenfernverarbeitung (KDFV) – ist mit einem Anteil von 75 % sehr hoch. Um insbesondere bei der KDFV die Bearbeitungszeiten so kurz wie möglich zu halten, wird derzeit in den FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder an der Erstellung von syntaktisch und semantisch validen Strukturdatensätzen geforscht. Mit diesen verbesserten Strukturdatensätzen sollen die Wissenschaftler nicht nur testen können, ob Programme für die KDFV fehlerfrei ablaufen, sondern sie sollen vor allem auch Hinweise darauf erhalten, ob statistische Modelle zutreffen. Ein mögliches langfristiges Ergebnis dieser Forschung wäre die Erzeugung synthetischer Daten, die den Grundstein für ein „echtes“ Fernrechnen²⁰⁾ legen könnten.

Sei es die ständige Erweiterung des Datenangebotes um aktuelle Berichtsjahre, die Erstellung weiterer integrierter Datensätze oder die Bereitstellung von neuen Erhebungen, wie dem Zensus 2011, für den bereits jetzt bei der Wissenschaft erhebliche Nachfrage besteht, – der kontinuierliche Ausbau des Datenangebots wird bei den FDZ weiterhin eine entscheidende Rolle spielen.

Vor dem Hintergrund der hier genannten Punkte und mit Blick auf die immer komplexer werdenden Analysen durch die Wissenschaft wird die größte Herausforderung für die FDZ jedoch auch in Zukunft bei der Sicherstellung der statistischen Geheimhaltung liegen. Denn nur wenn diese garantiert ist, ist auch eine Weiterentwicklung der FDZ möglich.

19) Vgl.: Malchin, A.; Pohl, R.: Firmendaten der amtlichen Statistik – Datenzugang und neue Entwicklungen im Forschungsdatenzentrum, In: DIW Berlin (Hrsg.): Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 76 (2007), S. 13 ff.

20) Unter „echtem“ Fernrechnen werden hier Möglichkeiten verstanden, bei denen die Wissenschaft vom eigenen Arbeitsplatz in der wissenschaftlichen Einrichtung aus über einen Server rund um die Uhr Analysen durchführen kann und binnen kurzer Zeit automatisch geprüfte und vollständig anonyme Ergebnisse erhält.

Fazit

Die FDZ sind heute eine unverzichtbare Schnittstelle zwischen Wissenschaft und öffentlichen Datenproduzenten. Diese Entwicklung war noch im Jahr 2001 kaum vorstellbar, denn es bestand ein deutliches Missverhältnis zwischen dem Bedarf der empirisch forschenden Wissenschaft nach gut dokumentierten Einzeldaten und entsprechenden Zugangsmöglichkeiten zu diesen Daten. Auf dieses Missverhältnis machte vor 10 Jahren ein Gutachten der KVI aufmerksam, das als ein Meilenstein auf dem Weg zur Einrichtung von FDZ bei den öffentlichen Datenproduzenten angesehen werden kann. Dieses

Gutachten hat auch den Weg für die FDZ der amtlichen Statistik bereitet.

Beide FDZ sind heute zweifellos ein enormer Erfolg. Sie müssen jedoch auch zukünftig den schwierigen Ausgleich zwischen den stetig wachsenden Anforderungen der Datennutzer und den bestehenden Geheimhaltungsbestimmungen leisten. Eine dauerhafte Finanzierung der FDZ ist noch immer nicht abschließend geklärt. Auch wenn heute, 10 Jahre nach Vorlage des Gutachtens, die FDZ der amtlichen Statistik von vielen als selbstverständlich angesehen werden, sind diese noch längst keine Selbstverständlichkeit.

Verzeichnis der Krankenhäuser, Vorsorge- und Rehabilitations- einrichtungen



STATISTIK HESSEN

Die vorliegende Publikation enthält Informationen zu allen Einrichtungen, die zur stationären Versorgung beigetragen haben (sofern ihre Zustimmung für eine Veröffentlichung vorlag); z. B. Anschriften (einschl. Telefon- und Faxnummern), Träger der Einrichtung, Fachabteilungen, jahresdurchschnittlich aufgestellte Betten. Der Nachweis erfolgt getrennt nach Krankenhäusern (gut 2200 Einrichtungen) und nach Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen (knapp 1400 Einrichtungen). Die Einrichtungen sind nach Ländern, Regierungsbezirken und Landkreisen sortiert.

Das Verzeichnis wird als ZIP-Datei über E-Mail versandt.

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

Zu beziehen direkt vom
Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611 3802-951 · Fax: 0611 3802-992
E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de · Internet: www.statistik-hessen.de



W_158

Die Entwicklung der bedarfsorientierten Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung seit Einführung zum 1. Januar 2003

Zum 1. Januar 2003 wurde das Gesetz der bedarfsorientierten Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiG) zunächst als eigenständiges Gesetz eingeführt. Mit der Einführung dieser Leistung wollte man die versteckte bzw. verschämte Altersarmut verhindern. Viele alte Menschen beantragten keine Sozialhilfe, da sie befürchteten, dass ihre Kinder in Regress genommen würden. Im Gegensatz zu anderen Sozialleistungen erfolgt bei der Grundsicherung ein Unterhaltsrückgriff erst ab einem Jahreseinkommen von 100 000 Euro. Im Gegensatz zur laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt entfällt die Vermutung der Bedarfsdeckung in der Haushaltsgemeinschaft. Einen Vermögenseinsatz der Eltern und Kinder des Leistungsberechtigten sieht das Gesetz nicht vor. Mit der Hartz IV Reform zum 1. Januar 2005 wurde das GSiG in das zwölfte Sozialgesetzbuch (SGB XII), 4. Kapitel eingegliedert. Leistungen erhält nur, wer nicht aus Einkommen und Vermögen seinen Bedarf decken kann. Dabei bleiben einige Einkommensquellen und Vermögen anrechnungsfrei. Einkommen und Vermögen des Ehe- und Lebenspartners werden angerechnet. Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ist eine Leistung der Sozialhilfe und erfüllt die gleiche Funktion wie die Hilfe zum laufenden Lebensunterhalt (HLU), jedoch für einen speziellen Personenkreis: Anspruchsberechtigt ist, wer das 18. Lebensjahr vollendet hat und dauerhaft voll erwerbsgemindert im Sinne der gesetzlichen Rentenversicherung ist oder die gesetzliche Altersgrenze erreicht hat. Dauerhaft erwerbsgemindert ist, wer wegen Krankheit oder Behinderung auf nicht absehbare Zeit unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes, unabhängig von der Arbeitsmarktlage, außerstande ist, täglich mindestens 3 Stunden erwerbstätig zu sein. Eine Beurteilung über die dauerhafte volle Erwerbsminderung ist immer eine gutachterliche, medizinische Einzelfallprüfung. Der jeweilige Träger der Rentenversicherung führt das Gutachten durch. Die gesetzliche Altersgrenze richtet sich nach dem gesetzlichen Renteneintrittsalter (zurzeit 65 Jahre). Die bedarfsorientierte Grundsicherung wird auf Antrag gewährt und in der Regel auf 12 Monate bewilligt. Die Leistungen entsprechen denen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (HLU) in der Sozialhilfe und bestehen aus dem Regelsatz (1. Juli 2009: 359 Euro für Alleinstehende/Haushaltsvorstand; für erwachsene Haushaltsangehörige: 323 Euro; Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren: 287 Euro; Kinder zwischen 7 und 14 Jahren: 251 Euro und Kinder bis zum 7. Lebensjahr: 215 Euro), den Leistungen für Unterkunft und Heizung, Mehrbedarfe (z. B. für Krankenkost, Alleinerziehende, werdende Mütter, behinderte Personen), einmalige Bedarfe, Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge und Hilfe in Sonderfällen oder ergänzenden Darlehen. In den Jahren 2003 und 2004 wurde gegenüber der HLU ein um 15 % höherer Regelsatz gewährt. Die bedarfsorientierte Grundsicherung kann außerhalb und innerhalb von Einrichtungen gewährt werden und ist der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt bzw. Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII vorrangig. Wird die Grundsicherung innerhalb von Einrichtungen gewährt, erfolgt eine Kürzung des Regelsatzes, da andere Leistungen wie Essen, Strom usw. bereits gedeckt sind. Obwohl die bedarfsorientierte Grundsicherung bereits zum 1. Januar 2003 eingeführt wurde, ist ein belastbarer Vergleich der Empfängerzahlen bzw. Ausgaben erst ab dem Erhebungsjahr 2005 sinnvoll, da in den ersten beiden Erhebungsjahren noch nicht alle Leistungsberechtigten aus der Sozialhilfe in die Grundsicherung überführt wurden.

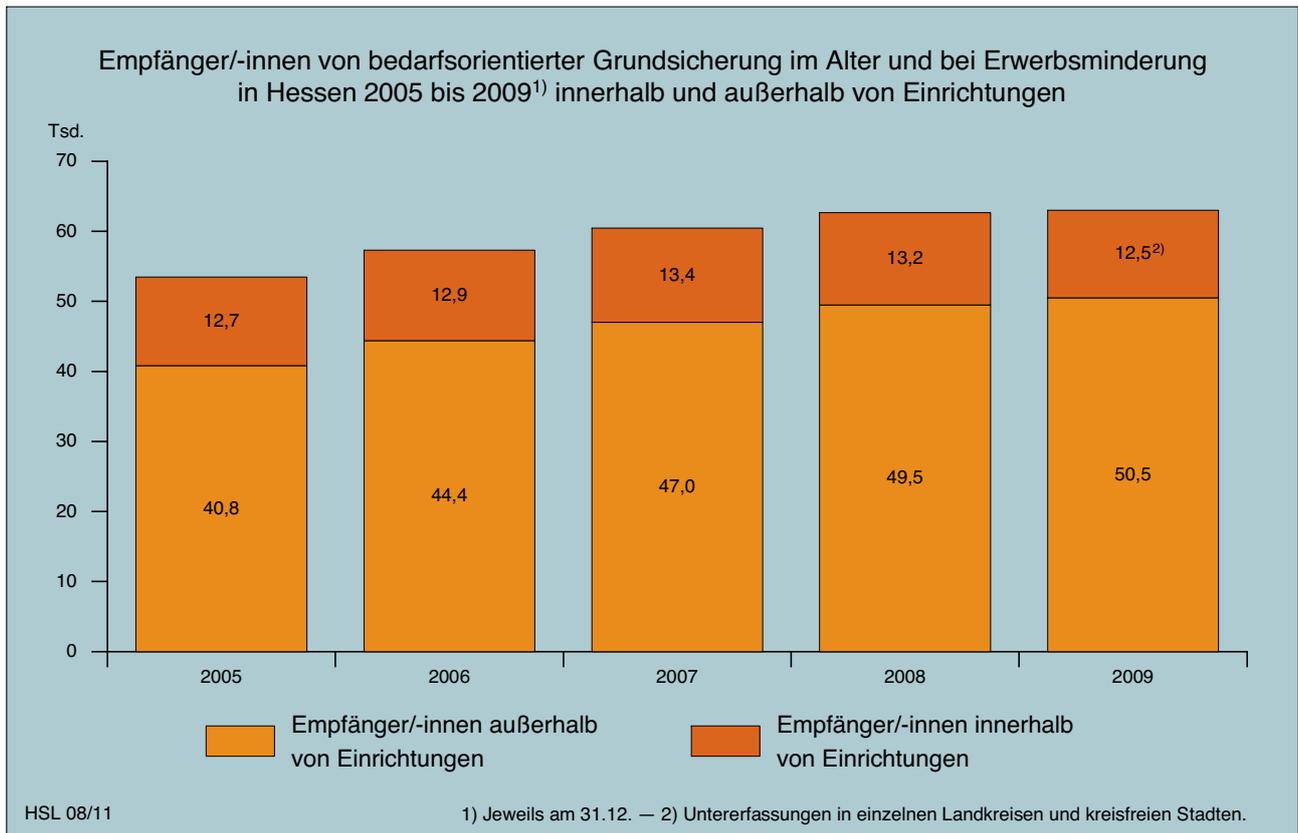
Immer mehr Erwerbsgeminderte außerhalb von Einrichtungen

Am Jahresende 2009 bezogen rund 63 000 Personen bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, das waren knapp 18 % mehr als 2005. Die Betrachtung der beiden Hilfearten zeigt, dass die Anzahl der Empfänger wegen voller Erwerbsminderung innerhalb der 4 Jahre um fast 23 %, die der Hilfeempfänger im Alter um 14 % stieg.

In rund 8 von 10 Fällen wurde die Hilfe 2009 außerhalb von Einrichtungen (2 von 10 Fällen in Einrichtungen) ge-

leistet. Die Anzahl der Leistungsberechtigten war im Jahr 2009 tatsächlich etwas höher als dargestellt, da es eine Untererfassung von Empfängern in Einrichtungen bei einigen Trägern gab. Ungeachtet dessen zeigt der Trend der letzten Jahre, dass immer mehr Empfänger/-innen die Leistungen außerhalb von Einrichtungen erhalten.

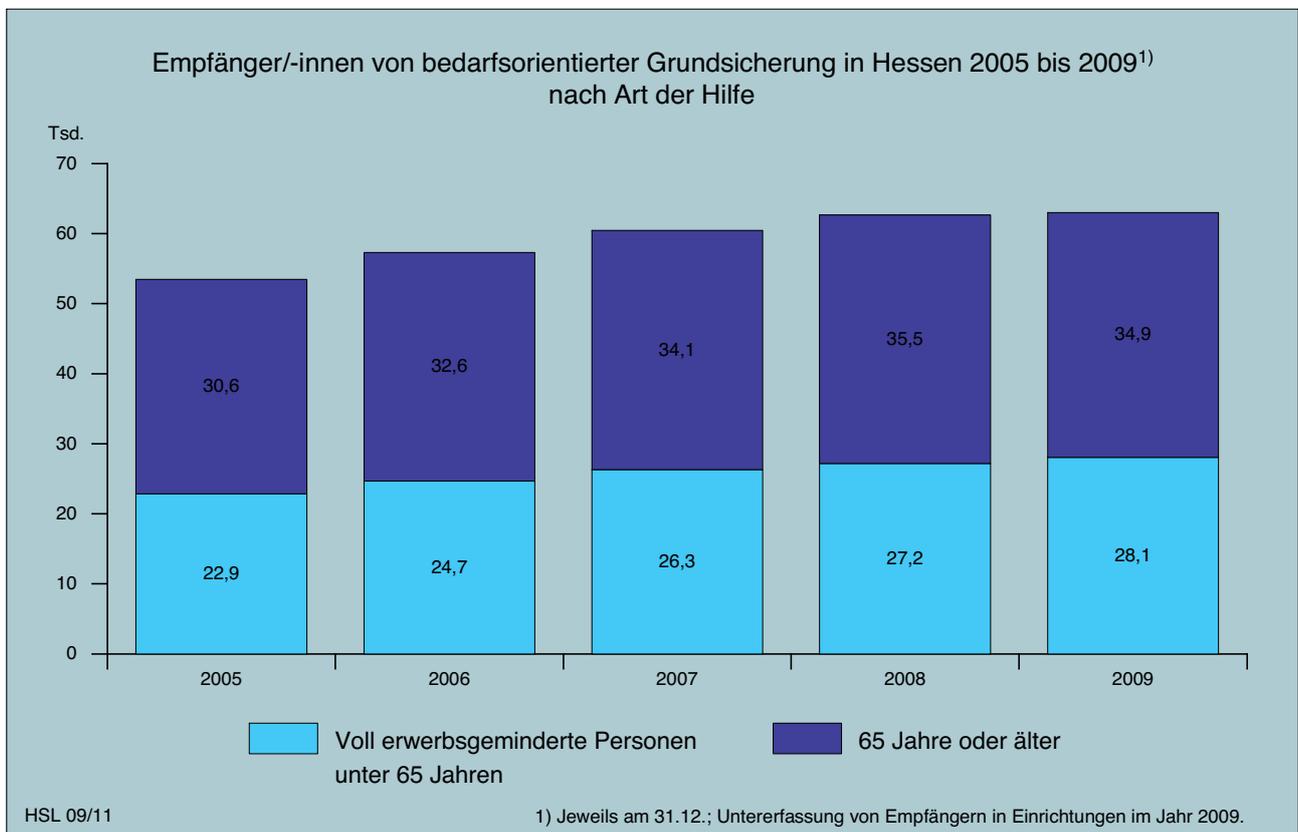
Während zwischen 2005 und 2009 die Zahl der Empfänger außerhalb von Einrichtungen um fast 24 % stieg, sank die Anzahl der Empfänger innerhalb von Einrichtungen leicht.



Altersarmut ist vor allem weiblich

Von allen Hilfeempfängern waren 56 % weiblich; allerdings zeigt sich bei den Anteilen der beiden Hilfearten ein anderes Bild. Von allen Beziehern wegen voller Erwerbsminderung

waren die Frauen mit 45 % in der Minderheit, bei dem Beziehern aus Altersgründen waren hingegen 64 % weiblich. Dies macht deutlich, dass Frauen wesentlich öfter auf Leistungen im Alter angewiesen sind als Männer.



Gründe hierfür sind u.a. darin zu finden, dass Frauen zum einen oft einen niedrigeren Rentenanspruch haben und daher eher auf zusätzliche staatliche Leistungen angewiesen sind, zum anderen eine höhere Lebenserwartung haben.

Bedürftigkeit steigt

Der Trend der letzten Jahre weist eine steigende Zahl der Leistungsbezieher beider Hilfearten – vor allem der voll Erwerbsgeminderten – auf. Zwischen 2005 und 2009 stieg die Zahl der voll erwerbsgeminderten Empfänger/-innen um 23 % (Männer: + 24 %; Frauen: + 21 %) und die Anzahl der über 65-jährigen Empfänger/-innen um 14 % (Männer: + 23 %; Frauen: + 9 %).

Neben den absoluten Veränderungen ist das Verhältnis der Anzahl der Empfänger in Bezug auf die Bevölkerung (Quote = Empfänger je 1000 in der entsprechenden Altersgruppe) ein weiterer Gesichtspunkt. Zwischen 2005 und 2009 haben sich die Quoten beider Hilfearten erhöht: Die Quote der voll Erwerbsgeminderten stieg von 5,9 (Männer: 6,4; Frauen: 5,4) auf 7,3 (Männer: 8,1; Frauen: 6,6); die Quote der über 65-Jährigen stieg von 26,7 (Männer: 21,0; Frauen: 30,9) auf 28,7 (Männer: 23,7; Frauen: 32,6). Betrachtet man die Veränderungen im Zeitablauf, ist auffallend, dass zwar Frauen weiterhin ein wesentlich höheres Risiko haben, eine solche Leistung beziehen zu müssen, im Zeitablauf von 2005 bis 2009

aber die Männer aufholen, da ein höherer Anstieg zu verzeichnen ist.

Nichtdeutsche beziehen öfter Leistungen – Tendenz sinkend

Ende 2009 hatten 21 % der Empfänger/-innen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Betrachtet man die Quoten nach Hilfearten, so zeigt sich allerdings ein sehr heterogenes Bild. Während die Bezugsquote 2009 aufgrund der Erwerbsminderung zwischen Deutschen und Nichtdeutschen mit 7,4 bzw. 7,2 je 1000 der entsprechenden Bevölkerungsgruppe kaum Unterschiede aufweist, haben nichtdeutsche Empfänger/-innen aus Altersgründen mit 159 je 1000 Einwohner (Deutsche: 22 je 1000 Einwohner) eine siebenmal so hohe Bezugsquote.

2005 und 2009 lag der prozentuale Anteil der Nichtdeutschen an allen Hilfebedürftigen jeweils bei 21 %. Betrachtet man die einzelnen Hilfearten, zeigt sich eine gegenläufige Tendenz. Während die Zahl der deutschen Leistungsbezieher aus Altersgründen um 16 % stieg, nahm die Zahl der Nichtdeutschen lediglich um 9 % zu, sodass der Anteil der Nichtdeutschen von 28,4 auf 27,1 % sank. Bei der Erwerbsminderung ist es gerade umgekehrt, hier stieg die Empfängerzahl der Deutschen um 21 % und die der Nichtdeutschen um 35 %; der Anteil der Nichtdeutschen stieg entsprechend von 11,9 auf 13,1 %.

Empfänger/-innen von bedarfsorientierter Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie reine Ausgaben 2005 bis 2009¹⁾ nach Art der Unterbringung

Art der Angabe	2005	2006	2007	2008	2009
Empfänger					
Außerhalb von Einrichtungen	40 805	44 403	47 007	49 493	50 510
davon					
voll erwerbsgeminderte Personen unter 65	14 451	16 213	17 525	18 542	19 644
65 Jahre oder älter	26 354	28 190	29 482	30 951	30 866
Innerhalb von Einrichtungen	12 684	12 900	13 445	13 165	12 499
davon					
voll erwerbsgeminderte Personen unter 65	8 404	8 476	8 788	8 646	8 418
65 Jahre oder älter	4 280	4 424	4 657	4 519	4 081
Empfänger/-innen insgesamt	53 489	57 303	60 452	62 658	63 009
davon					
voll erwerbsgeminderte Personen unter 65	22 855	24 689	26 313	27 188	28 062
65 Jahre oder älter	30 634	32 614	34 139	35 470	34 947
Ausgaben					
Reine Ausgaben ¹⁾ (1000 Euro)	268 731	279 830	296 762	306 132	336 360
davon					
außerhalb von Einrichtungen	200 184	202 544	222 886	229 461	263 531
innerhalb von Einrichtungen	68 546	77 286	73 876	76 672	72 829
1) Ohne Gutachterkosten.					

Empfänger/-innen von bedarfsorientierter Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
2005 bis 2009¹⁾ nach Nationalität, Altersgruppen und Geschlecht

Art der Empfänger Nationalität Altersgruppen	2005	2006	2007	2008	2009
Männlich					
Voll erwerbsgeminderte Personen unter 65 Jahren	12 439	13 433	14 342	14 872	15 469
und zwar					
deutsch	11 069	11 878	12 643	13 110	13 603
nichtdeutsch	1 370	1 555	1 699	1 762	1 866
18 bis unter 30 Jahre	2 398	2 609	2 759	2 907	3 059
30 bis unter 50 Jahre	5 561	5 860	6 252	6 305	6 422
50 bis unter 65 Jahre	4 480	4 964	5 331	5 660	5 988
65 Jahre oder älter	10 167	11 032	11 644	12 371	12 537
und zwar					
deutsch	6 623	7 417	7 949	8 656	8 815
nichtdeutsch	3 544	3 615	3 695	3 715	3 722
65 bis unter 75 Jahre	7 462	8 063	8 424	8 885	8 863
75 bis unter 85 Jahre	2 379	2 591	2 790	3 030	3 213
85 Jahre oder älter	326	378	430	456	461
Weiblich					
Voll erwerbsgeminderte Personen unter 65 Jahren	10 416	11 256	11 971	12 316	12 593
und zwar					
deutsch	9 077	9 706	10 305	10 608	10 790
nichtdeutsch	1 339	1 550	1 666	1 708	1 803
18 bis unter 30 Jahre	1 520	1 679	1 781	1 829	1 942
30 bis unter 50 Jahre	4 272	4 516	4 707	4 673	4 746
50 bis unter 65 Jahre	4 624	5 061	5 483	5 814	5 905
65 Jahre oder älter	20 467	21 582	22 495	23 099	22 410
und zwar					
deutsch	15 317	16 224	16 888	17 511	16 647
nichtdeutsch	5 150	5 358	5 607	5 588	5 763
65 bis unter 75 Jahre	11 395	12 285	12 873	13 259	12 966
75 bis unter 85 Jahre	6 341	6 452	6 704	6 888	6 692
85 Jahre oder älter	2 731	2 845	2 918	2 952	2 752
I n s g e s a m t					
Voll erwerbsgeminderte Personen unter 65 Jahren	22 855	24 689	26 313	27 188	28 062
und zwar					
deutsch	20 146	21 584	22 948	23 718	24 393
nichtdeutsch	2 709	3 105	3 365	3 470	3 669
18 bis unter 30 Jahre	3 918	4 288	4 540	4 736	5 001
30 bis unter 50 Jahre	9 833	10 376	10 959	10 978	11 168
50 bis unter 65 Jahre	9 104	10 025	10 814	11 474	11 893
65 Jahre oder älter	30 634	32 614	34 139	35 470	34 947
und zwar					
deutsch	21 940	23 641	24 837	26 167	25 462
nichtdeutsch	8 694	8 973	9 302	9 303	9 485
65 bis unter 75 Jahre	18 857	20 348	21 297	22 144	21 829
75 bis unter 85 Jahre	8 720	9 043	9 494	9 918	9 905
85 Jahre oder älter	3 057	3 223	3 348	3 408	3 213
1) Jeweils am 31.12.					

Empfänger/-innen von bedarfsorientierter Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung am 31.12. 2009 nach Verwaltungsbezirken¹⁾

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Vollerwerbs- geminderte unter 65 Jahren	65 Jahre oder älter
Darmstadt, Wissenschaftsst.	453	1 014
Frankfurt am Main, St.	3 843	7 300
Offenbach am Main, St.	798	1 377
Wiesbaden, Landeshauptst.	1 144	2 705
Bergstraße	638	1 039
Darmstadt-Dieburg	512	896
Groß-Gerau	538	1 075
Hochtaunuskreis	459	922
Main-Kinzig-Kreis	931	1 909
Main-Taunus-Kreis	404	893
Odenwaldkreis	269	356
Offenbach	756	1 745
Rheingau-Taunus-Kreis	372	648
Wetteraukreis	835	1 212
Reg.-Bez. D a r m s t a d t	11 952	23 091
Gießen	715	1 390
Lahn-Dill-Kreis	780	1 158
Limburg-Weilburg	541	756
Marburg-Biedenkopf	866	1 098
Vogelsbergkreis	363	390
Reg.-Bez. G i e ß e n	3 265	4 792
Kassel, documenta-St.	1 227	2 068
Fulda	612	1 056
Hersfeld-Rotenburg	512	455
Kassel	614	849
Schwalm-Eder-Kreis	731	729
Waldeck-Frankenberg	411	601
Werra-Meißner-Kreis	423	529
Reg.-Bez. K a s s e l	4 530	6 287
Landeswohlfahrtsverband	8 315	777
Land H e s s e n	28 062	34 947
darunter		
kreisfreie Städte	7 465	14 464
Landkreise	12 282	19 706
1) Sitz des Trägers.		

Nettoanspruch/Bruttoanspruch

Am Jahresende 2009 hatten die Empfänger/-innen einen durchschnittlichen Nettoanspruch von 457 Euro (2008: 435 Euro). Der monatliche Nettobedarf errechnet sich aus dem monatlichen Bruttobedarf (2009: durchschnittlich 684 Euro) abzüglich des angerechneten Einkommens (2009: durchschnittlich 227 Euro). Der Bruttobedarf setzt sich neben dem Regelsatz (2009: durchschnittlich 327 Euro) aus den Kosten der Unterkunft

und Heizung (2009: durchschnittlich 302 Euro), den Sozialversicherungen (2009: durchschnittlich 33 Euro) und verschiedenen Mehrbedarfen und sonstigen Leistungen zusammen. Hierbei ist zu beachten, dass einige Empfänger/-innen bestimmte Leistungen, wie z. B. Zuschüsse zu den Sozialversicherungen, nicht erhalten, da sie z. B. durch den Rentenbezug bereits sozialversichert sind und somit die Beträge für den jeweiligen Empfängerkreis höher sind, da hier die Durchschnitte auf alle Empfänger bezogen wurden. Rund 44 % des Bruttobedarfs entfällt auf Unterkunftskosten und Heizung und rund 48 % entfallen auf den Regelsatz. Rund ein Drittel des Bedarfs war durch das angerechnete Einkommen gedeckt.

Abhängig von dem Grund der Leistungsgewährung ergeben sich unterschiedliche Ergebnisse: Obwohl 2009 der Bruttobedarf der Empfänger/-innen über 65 Jahren mit durchschnittlich 693 Euro um 21 Euro höher lag als bei den Hilfebedürftigen mit voller Erwerbsminderung (672 Euro), war der Nettoanspruch mit durchschnittlich 410 Euro niedriger als bei den voll erwerbsgeminderten Hilfebedürftigen (515 Euro). Dies ist vor allem auf das angerechnete höhere Einkommen (vor allem Rente) der älteren Leistungsberechtigten zurückzuführen. Interessanterweise ist der Anteil des angerechneten Einkommens (dies gilt für beide Hilfearten) bei den Männern niedriger als bei den Frauen.

Regionale Unterschiede

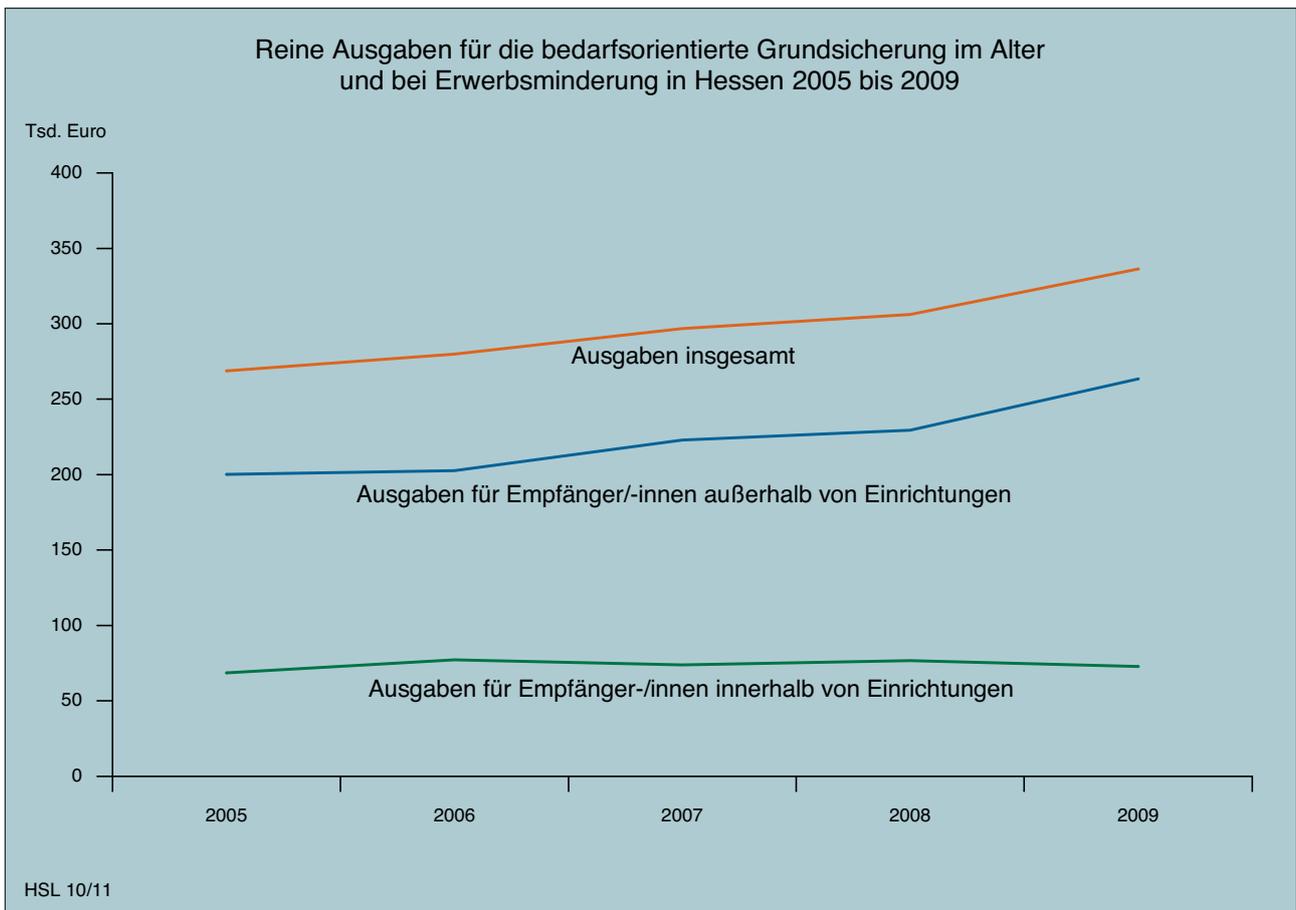
Im Jahr 2009 ergaben sich regional erhebliche Unterschiede. Die Quoten des Bezugs bei den voll erwerbsgeminderten Personen variieren zwischen 0,8 in der kreisfreien Stadt Offenbach und 0,2 in verschiedenen Landkreisen; die Quote aus Altersgründen variierte zwischen 6,6 und 1,6. Bei beiden Hilfeausprägungen war die Bezugsquote in den kreisfreien Städten höher als in den Landkreisen.

Stark gestiegene Ausgaben für die bedarfsorientierte Grundsicherung

Im Jahr 2009 wurden für die bedarfsorientierte Grundsicherung in Hessen gut 336 Mill. Euro netto aufgewandt. Dabei entfielen 22 % der Ausgaben auf Leistungen in Einrichtungen.

Zwischen 2005 und 2009 stiegen die Ausgaben für die bedarfsorientierte Grundsicherung insgesamt um 25 %. Die Ausgaben für Empfänger/-innen außerhalb von Einrichtungen stiegen dabei um knapp 32 %, die Leistungen für Hilfebedürftige in Einrichtungen um 6,2 %.

Bezogen auf die Veränderungsraten der Empfänger zeigt sich, dass die Ausgaben je Empfänger gestiegen sind, da die Zahl der Empfänger außerhalb von Ein-



richtungen mit einem Plus von 24 % geringer stieg als die Ausgaben (+ 32 %), und die Zahl der Empfänger in Einrichtungen sich sogar um 1,5 % (Ausgaben: + 6,2 %) verringerte. Hierbei ist, wie bereits erwähnt, zu beachten, dass es zuvor bei der Zahl der Empfänger in Einrichtun-

gen Untererfassungen gab, nicht aber bei den Ausgaben. Somit ist ein Vergleich der Veränderungsdaten nur eingeschränkt möglich. Ferner handelt es sich um eine rein nominale Betrachtung, ohne dass hierbei die Inflationsrate berücksichtigt wurde.

Daten zur Wirtschaftslage

Nachdem die Wirtschaftsentwicklung des Jahres 2009 von der Finanz- und Wirtschaftskrise geprägt war, erholte sich die Wirtschaft im Jahr 2010 deutlich. Die Aufholeffekte führten zu einer hohen Wachstumsrate im ersten Halbjahr 2010 (+ 2,7 %), und auch für das Gesamtjahr 2010 ist nach unserer Prognose von einer Rate in dieser Höhe auszugehen. So konnte die hessische Industrie die Einbußen aus dem Jahr 2009 zum großen Teil ausgleichen, was sowohl durch die günstige Nachfrage aus dem Ausland als auch aus dem Inland ermöglicht wurde. Am aktuellen Rand, also im vierten Quartal 2010, war im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum ein Plus bei den realen Umsätzen und den realen Auftragseingängen zu verzeichnen, wenngleich bei den Letztgenannten das Plus nicht mehr so hoch ausfiel, wie in den ersten beiden Quartalen des Jahres 2010. Die Beschäftigungssituation verbesserte sich im Jahresverlauf 2010 zusehends, und im vierten Quartal konnte eine leichte Zunahme der Beschäftigung festgestellt werden (im Durchschnitt des Jahres 2010 gab es aber eine Abnahme von 2 %). Ambivalent war die Entwicklung im hessischen Bauhauptgewerbe. Während die wertmäßigen Auftragseingänge im vierten Quartal 2010 (und auch für das gesamte Jahr 2010) stark rückläufig waren, gab es bei den Umsätzen ein Plus von knapp 2 % und für das ganze Jahr 2010 von 2,0 %. Erfreulich positiv war die Beschäftigungsentwicklung. Sehr wechselhaft entwickelte sich das genehmigte Hochbauvolumen im Jahr 2010. Nachdem es in den ersten beiden Quartalen gegenüber den entsprechenden Vorjahreszeiträumen bei den Wohn- und Nutzflächen insgesamt jeweils starke Rückgänge gab, war im dritten Quartal ein Zuwachs von knapp einem Fünftel und schließlich im letzten Quartal eine stagnierende Entwicklung zu verzeichnen. Am aktuellen Rand entwickelten sich das Wohnbau- und das Nichtwohnbausegment gegenläufig. Die hessischen Einzelhändler (ohne Kfz-Handel) konnten in allen 4 Quartalen des Jahres 2010 Zuwächse beim realen Umsatz verbuchen. Im für den Einzelhandel so wichtigen letzten Quartal gab es ein Plus von 1,2 %. Dies wirkte sich auch positiv auf die Beschäftigtenzahl aus. Und sogar der in den ersten 3 Quartalen wegen der Effekte der „Abwrackprämie“ so stark beeinträchtigte Bereich „Handel und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ verbuchte im vierten Quartal 2010 ein sattes Umsatzwachstum. Da sich die Wirtschaft im Jahr 2010 schneller erholte als erwartet, verbesserte sich auch die aktuelle Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter. Im dritten Quartal 2010 lag die Erwerbstätigenzahl mit 3,14 Mill. um 18 000 oder 0,6 % höher als im dritten Quartal 2009. Dementsprechend ging die Zahl der registrierten Arbeitslosen im vierten Quartal zurück, und zwar um 13 600 Personen oder 6,9 % auf 183 400 am Ende des Berichtsquartals. Zu berücksichtigen ist dabei, dass diese Ergebnisse durch gesetzliche Maßnahmen beeinflusst wurden. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ging im vierten Quartal 2010 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal um 16 % zurück; damit setzte sich der im zweiten Quartal 2010 einsetzende Trend weiter fort. Die Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen verlief im vierten Quartal sehr unterschiedlich. Umgekehrt verlief die Entwicklung bei der Zahl der Verbraucherinsolvenzen. Diese stieg erneut an, womit sich auch hier der Trend fortsetzte. Der Verbraucherpreisindex lag im vierten Quartal 2010 um 1,3 % über dem Niveau des vierten Quartals 2009. Im dritten Quartal lag die Rate noch bei + 0,9 %. Trotz des merklichen Anstiegs der Inflationsrate im Laufe des vierten Quartals betrug die Rate im Jahresdurchschnitt 2010 nur + 0,8 %.

Industrie mit Auftragsplus

Mit deutlich höheren Auftragseingängen und Umsätzen sowie erstmals wieder gestiegenen Beschäftigungszahlen im vierten Quartal endete für die hessische Industrie ein Jahr, in dem sie die Einbußen des Krisenjahres 2009 zum großen Teil wettmachte. Nicht nur die Erfolge auf den Auslandsmärkten, sondern auch eine gestiegene Inlandsnachfrage führten zu einer deutlich gestiegenen Auslastung der Kapazitäten.

Nachdem die hessische Industrie wegen eines Basiseffekts – im Juli 2009 hatte es wegen einiger Großaufträge einen starken Anstieg gegeben – im dritten Quartal 2010 einen Auftragsrückgang verzeichnet hatte, gab

es im vierten Quartal 2010 wieder ein Auftragsplus von 11 %. Die preisbereinigten Inlandsaufträge nahmen um 8,6 %, die Aufträge aus dem Ausland um 13 % zu. Mit einem Auftragsanstieg von 42 % glänzten im vierten Quartal die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagen teilen. Weiterhin eine hohe Nachfrage verzeichnete der Maschinenbau, der ein Plus von 29 % verbuchte. Dagegen musste die Elektrotechnik, die im ersten Halbjahr 2010 noch 92 % mehr Aufträge erhalten hatte, im vierten Quartal eine Einbuße von 37 % hinnehmen. Die Chemische Industrie knüpfte an das gute Vorquartalsergebnis an und verzeichnete ein Auftragsplus von 9,7 %. Mit einem Anstieg von 3,4 % mussten sich die Pharmahersteller begnügen.

Reale Auftragseingänge der hessischen Industrie

Art der Angabe	2009	2010			
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Grundzahlen					
Volumenindex ¹⁾ des Auftragseingangs insgesamt	94,0	108,6	103,3	102,0	104,1
Inland	88,5	101,0	95,0	96,1	96,1
Ausland	98,9	115,3	110,8	107,3	111,4
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Volumenindex ¹⁾ des Auftragseingangs insgesamt	3,1	26,1	22,0	- 4,5	10,7
Inland	6,8	28,7	26,3	- 18,6	8,6
Ausland	0,2	24,0	18,9	11,2	12,6

1) 2005 = 100.

Reale Umsätze und Beschäftigte der hessischen Industrie¹⁾

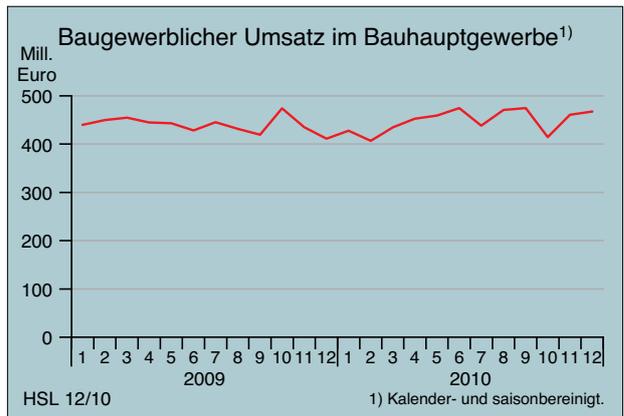
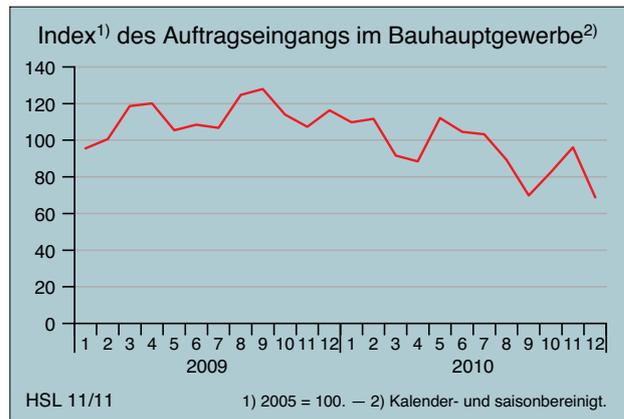
Art der Angabe	2009	2010			
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Grundzahlen					
Volumenindex ²⁾ der Umsätze insgesamt	97,2	95,9	100,2	104,8	106,8
Inland	92,1	88,4	93,5	98,8	99,6
Ausland	103,2	104,7	108,0	111,9	115,2
Beschäftigte	342 303	336 835	337 409	341 729	343 323
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Volumenindex ²⁾ der Umsätze insgesamt	- 6,2	7,4	11,8	9,6	9,9
Inland	- 5,2	7,0	14,3	9,5	8,1
Ausland	- 7,1	7,7	9,2	9,7	11,6
Beschäftigte	- 5,2	- 4,4	- 2,8	- 0,9	0,3

1) Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten. — 2) 2005 = 100.

Anhaltendes Umsatzwachstum

Die hessische Industrie konnte im Jahr 2010 bei den Umsätzen einen großen Teil der im Krisenjahr 2009 entstandenen Verluste wieder wettmachen. Nach Umsatzeinbußen von real 12 % im Vorjahr gab es 2010 einen Umsatzanstieg von 9,7 %. Inlands- und Auslandsumsätze nahmen im gleichen Maß zu.

Im vierten Quartal 2010 gab es ein preisbereinigtes Umsatzplus von 9,9 %. Die Inlandsumsätze nahmen um 8,1 % und die Auslandsumsätze um 12 % zu. Einen kräftigen Umsatzschub von 33 % verbuchte der Kraftwagensektor. Deutliche Steigerungen gab es auch bei der Elektrotechnik mit 19 % und beim Maschinenbau



mit 18 %. Die Chemische Industrie verzeichnete einen Umsatzanstieg von 9,6 % und die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren von 13 %. Dagegen mussten die Pharmahersteller, die allerdings im Krisenjahr 2009 gegen den Trend ein Umsatzplus verzeichnet hatten, im vierten Quartal 2010 einen Umsatzrückgang von 4,3 % hinnehmen.

Erstmals wieder Beschäftigungsanstieg

Trotz des Einsatzes von Kurzarbeit und anderer Maßnahmen hatte es bei der hessischen Industrie 2009 einen deutlichen Beschäftigungsrückgang gegeben. Obwohl es im Jahresdurchschnitt 2010 nochmals eine Abnahme von 2 % gegeben hatte, verbesserte sich die Beschäftigungssituation im Jahresverlauf entscheidend. Nachdem es in den ersten 3 Quartalen im Vorjahresvergleich noch Einbußen gegeben hatte, wurde im vierten Quartal 2010 mit 343 300 Beschäftigten schon ein Anstieg von 0,3 % verzeichnet.

Bei den Herstellern von Gummi- und Kunststoffwaren gab es ein Plus von 3,4 % auf 30 300 Personen. Dagegen ging die Beschäftigung im Chemie-/Pharmabereich um 1,7 % auf 55 400 zurück. Der Maschinenbau musste noch eine Einbuße von 0,3 % auf 36 900 und der Kraftwagensektor um 2,3 % auf 45 800 hinnehmen.

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel ⁵⁾	Preise		Arbeitsmarkt ⁹⁾			
	Volumenindex des Auftragseingangs ²⁾ 2000 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags- ein- gangs ⁴⁾ 2005 = 100	Beschäftigte	Index der Um- sätze ⁶⁾ 2005 = 100	Ver- braucher- preis- index ⁷⁾ 2005 = 100	Arbeits- lose ⁹⁾	Arbeits- losen- quote ¹⁰⁾	Gemeldete Arbeits- stellen ¹¹⁾	Kurz- arbeit (Perso- nen) ⁹⁾
	ins- gesamt	Inland	Ausland									
	Grundzahlen ¹²⁾											
2008 D	104,1	99,1	108,7	360 679	113,7	23 721	99,6	106,5	204 417	7,4	32 746	7 201
2009 D	92,9	90,1	95,4	346 683	113,0	23 064	96,3	106,6	211 156	7,7	24 493	71 893
2010 D	104,5	95,9	112,2	339 824	94,7	23 359	98,9	107,5	198 790	7,2	30 821	...
2009 November	93,9	91,7	95,9	342 351	79,9	23 537	98,4	106,3	195 081	7,1	23 733	63 738
Dezember	86,0	80,3	91,2	340 917	135,3	23 246	117,8	107,2	197 599	7,2	23 623	57 274
4. Vj. D	94,0	88,5	98,9	342 303	111,6	23 528	106,3	106,6
2010 Januar	102,0	87,0	115,5	337 352	79,2	22 873	86,4	106,6	215 652	7,8	22 810	66 420
Februar	99,3	92,2	105,7	336 084	83,2	22 689	85,3	107,0	217 103	7,9	24 451	66 392
März	118,8	106,7	129,7	337 070	103,6	22 997	104,3	107,4	213 659	7,7	25 356	56 780
1. Vj. D	106,7	95,3	117,0	336 835	88,7	22 853	92,0	107,0
April	104,0	94,8	112,2	337 170	78,4	23 133	98,1	107,3	208 241	7,5	27 144	38 398
Mai	98,4	90,2	105,7	337 036	107,3	23 278	96,8	107,3	200 136	7,2	29 510	31 247
Juni	111,4	103,6	118,3	338 022	125,3	23 162	97,6	107,3	196 143	7,1	31 923	24 879
2. Vj. D	104,6	96,2	112,1	337 409	103,7	23 191	97,5	107,3
Juli	102,6	95,3	109,2	339 945	100,7	23 003	98,9	107,6	200 301	7,2	34 399	17 222
August	98,5	91,1	105,1	341 714	100,7	23 269	94,4	107,7	196 460	7,1	35 012	...
September	106,6	101,8	110,8	343 529	105,5	23 277	99,0	107,6	187 559	6,8	35 331	...
3. Vj. D	102,6	96,1	108,4	341 729	102,3	23 183	97,4	107,6
Oktober	103,2	94,2	111,3	343 588	84,9	24 546	102,7	107,5	183 601	6,6	35 643	...
November	109,1	100,5	116,9	343 589	76,8	24 330	104,9	107,6	182 132	6,6	35 059	...
Dezember	99,9	93,4	105,8	342 792	91,3	23 750	118,3	108,8	184 493	6,7	33 210	...
4. Vj. D	104,1	96,0	111,3	343 323	84,3	24 209	108,6	108,0
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹²⁾												
2008 D	- 3,3	- 2,5	- 4,1	1,4	4,9	1,9	2,8	- 13,4	.	.	1,0	80,0
2009 D	- 10,8	- 9,1	- 12,2	- 3,9	- 0,7	- 2,8	- 3,3	0,1	3,3	.	- 25,2	898,4
2010 D	12,5	6,4	17,6	- 2,0	- 16,1	1,3	2,7	0,8	- 5,9	.	25,8	...
2009 November	- 4,1	11,6	- 14,4	- 5,3	7,2	- 0,7	- 4,9	0,3	2,4	.	- 23,8	450,2
Dezember	9,3	9,7	9,0	- 4,9	10,6	0,0	- 0,3	0,8	1,3	.	- 10,9	140,0
4. Vj.	3,1	6,8	0,2	- 5,2	9,1	- 0,4	- 1,8	0,3
2010 Januar	21,7	11,1	30,1	- 4,9	6,5	0,4	- 3,4	0,5	0,4	.	- 2,8	68,9
Februar	17,9	19,0	17,1	- 4,6	12,4	1,6	1,4	0,3	- 0,8	.	- 0,7	12,0
März	31,4	33,7	29,7	- 3,8	- 22,8	1,7	8,0	0,8	- 2,9	.	- 0,5	- 29,1
1. Vj.	23,9	21,4	25,8	- 4,4	- 5,9	1,2	2,1	0,6
April	26,8	32,0	23,0	- 3,2	- 29,8	0,7	- 1,7	0,8	- 6,7	.	10,8	- 57,7
Mai	19,1	25,5	14,6	- 2,9	10,8	1,9	2,3	0,8	- 7,3	.	20,3	- 65,2
Juni	24,5	26,5	22,8	- 2,4	- 0,8	1,2	6,6	0,5	- 7,0	.	28,6	- 72,1
2. Vj.	23,5	27,9	20,3	- 2,8	- 7,1	1,3	2,3	0,8
Juli	- 23,6	- 45,8	12,9	- 1,5	- 6,7	0,1	2,4	0,9	- 5,0	.	37,2	- 78,3
August	16,4	11,4	20,5	- 0,8	- 21,7	- 0,7	5,5	0,7	- 9,4	.	41,2	...
September	5,0	5,1	5,0	- 0,4	- 36,7	- 0,4	4,0	1,1	- 8,9	.	43,5	...
3. Vj.	- 3,9	- 18,6	12,3	- 0,9	- 23,9	- 0,3	3,8	0,9
Oktober	1,2	0,7	1,5	- 0,0	- 29,0	3,1	0,1	1,0	- 7,5	.	44,4	...
November	16,2	9,6	21,9	0,4	- 3,8	3,4	6,6	1,2	- 6,6	.	47,7	...
Dezember	16,2	16,3	16,0	0,5	- 32,5	2,2	0,4	1,5	- 6,6	.	40,6	...
4. Vj.	10,7	8,5	12,5	0,3	- 24,4	2,9	2,2	1,3
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹²⁾												
2009 November	- 7,9	- 1,9	- 12,6	- 0,4	- 33,2	- 1,1	- 4,1	- 0,1	- 1,7	.	- 3,8	- 13,8
Dezember	- 8,4	- 12,4	- 4,9	- 0,4	69,4	- 1,2	19,7	0,8	1,3	.	- 0,5	- 10,1
4. Vj.	- 12,0	- 25,1	2,5	- 0,7	- 17,0	1,2	3,6	0,0
2010 Januar	18,6	8,3	26,6	- 1,0	- 41,4	- 1,6	- 26,7	- 0,6	9,1	.	- 3,4	16,0
Februar	- 2,6	6,0	- 8,5	- 0,4	5,0	- 0,8	- 1,3	0,4	0,7	.	7,2	0,0
März	19,6	15,7	22,7	0,3	24,6	1,4	22,3	0,4	- 1,6	.	2,8	- 14,5
1. Vj.	13,5	7,7	18,3	- 1,6	- 20,5	- 2,9	- 13,5	0,4
April	- 12,5	- 11,2	- 13,5	0,0	- 24,4	0,6	- 5,9	- 0,1	- 2,5	.	7,1	- 32,4
Mai	- 5,4	- 4,9	- 5,8	- 0,0	36,9	0,6	- 1,3	0,0	- 3,9	.	8,7	- 18,6
Juni	13,2	14,9	11,9	0,3	16,8	- 0,5	0,8	0,0	- 2,0	.	8,2	- 20,4
2. Vj.	- 1,7	30,4	- 21,3	0,2	16,9	1,5	6,0	0,3
Juli	- 7,9	- 8,0	- 7,7	0,6	- 19,7	- 0,7	1,3	0,3	2,1	.	7,8	- 30,8
August	- 4,0	- 4,4	- 3,8	0,5	0,0	1,2	- 4,6	0,1	- 1,9	.	1,8	...
September	8,2	11,7	5,4	0,5	4,8	0,0	4,9	- 0,1	- 4,5	.	0,9	...
3. Vj.	- 1,9	- 0,1	- 3,3	1,3	- 1,3	- 0,0	- 0,1	0,3
Oktober	- 3,2	- 7,5	0,5	0,0	- 19,6	5,5	3,7	- 0,1	- 2,1	.	0,9	...
November	5,7	6,7	5,0	0,0	- 9,5	- 0,9	2,1	0,1	- 0,8	.	- 1,6	...
Dezember	- 8,4	- 7,1	- 9,5	- 0,2	18,8	- 2,4	12,8	1,1	1,3	.	- 5,3	...
4. Vj.	1,5	- 0,1	2,7	0,5	- 17,6	4,4	11,5	0,4

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten. Ab Januar 2009 Erfassung nach WZ 2008. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 6) Ohne Umsatzsteuer. — 7) Alle privaten Haushalte. — 8) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Hessen; Ergebnisse ab Januar 2004 nach geändertem Verfahren (Data Warehouse-Lösung) und ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen. Ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende; ab September 2005 Untererfassung in den Optionskommunen beseitigt. Verfahrensbedingte Abweichungen zu den offiziellen Zahlen sind nicht auszuschließen; die aktuellen Werte sind im Internet bei der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. — 9) Bei Monatswerten Stand: Monatsmitte. — 10) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 11) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. — 12) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtete Ergebnisse.

Bauhauptgewerbe mit höheren Umsätzen und Beschäftigungsanstieg, aber deutlicher Auftragsrückgang

Die relevanten Indikatoren des hessischen Bauhauptgewerbes zeigen gegenwärtig eine widersprüchliche Entwicklung. Während der Frühindikator Auftragseingang im zweiten Halbjahr 2010 stark rückläufig war, nahmen die baugewerblichen Umsätze, wenn auch im vierten Quartal nicht mehr so stark, zu und die Beschäftigtenzahl erhöhte sich.

Die wertmäßigen Auftragseingänge nahmen im gesamten Jahr 2010 gegenüber dem Vorjahr um 16 % ab. Das war seit vielen Jahren das schlechteste Ergebnis. Eine Rolle könnte spielen, dass Aufträge zunehmend an Subunternehmer vergeben werden und dann, wenn es sich um Betriebe unter 20 Beschäftigten handelt, nicht mehr in die Auftragsstatistik einfließen. Im vierten Quartal 2010 wurde bei den Auftragseingängen das entsprechende Vorjahresergebnis um 24 % verfehlt. Alle Branchen verzeichneten einen Rückgang. Im Hochbau gab es ein Minus von 31 % und im Tiefbau von 19 %. Im Hochbaubereich war vor allem der öffentliche Hochbau mit einem Minus von 51 % betroffen.

Die kalender- und saisonbereinigten Daten für das gesamte Bauhauptgewerbe bestätigen die insgesamt ungünstige Entwicklung. Danach gingen die bereinigten Werte des vierten Quartals gegenüber dem dritten Quartal 2010 um 5,7 % zurück, nachdem die Werte des dritten Quartals gegenüber dem zweiten Quartal bereits um 14 % abgenommen hatten.

Bei den baugewerblichen Umsätzen fließen definitiv auch die an Subunternehmer vergebenen Aufträge mit ein. Im gesamten Jahr 2010 gab es einen Anstieg von 2,0 % auf 5,4 Mrd. Euro. Im vierten Quartal 2010 wurde ein Plus von 1,9 % auf 1,7 Mrd. Euro verzeichnet. Beim öffentlichen Bau nahmen die Umsätze um 8,3 % auf 610 Mill. Euro zu und beim Wohnungsbau um 16 % auf 510 Mill. Euro. Dagegen musste der gewerbliche

Bauhauptgewerbe in Hessen (alle Betriebe)

Art der Angabe	2009	2010 ¹⁾			
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Grundzahlen					
Auftragseingang (1000 Euro)	847 909	673 698	787 713	777 456	640 780
Umsatz (1000 Euro)	1 640 376	742 173	1 419 124	1 577 667	1 671 964
Beschäftigte	46 341	45 918	48 399	48 404	47 641
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Auftragseingang ²⁾	9,1	- 5,9	- 7,1	- 23,9	- 24,4
Umsatz	- 2,2	- 12,8	8,0	5,3	1,9
Beschäftigte	- 1,2	1,9	4,3	2,9	2,8

1) Ergebnisse korrigiert nach Ergänzungserhebung vom Juni 2010. —
2) Nur Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten.

che und industrielle Bau einen Rückgang von 13 % auf 550 Mill. Euro hinnehmen. Nach einem leichten Rückgang zuvor gingen die kalender- und saisonbereinigten Werte des vierten Quartals gegenüber dem dritten Quartal um 2,9 % zurück.

Nachdem die Beschäftigung in den beiden letzten Jahren abgenommen hatte, erhöhte sie sich 2010 um 3,0 % auf 47 600. Im vierten Quartal 2010 gab es ein Plus von 2,8 %.

Privates Engagement trägt Hochbau nach dem Anschub durch das Konjunkturpaket

Der Umfang der genehmigten Hochbauvorhaben blieb im vierten Quartal 2010 mit 1 076 000 m² Wohn- und Nutzfläche nahezu konstant. Der Rückgang betrug 6000 m² bzw. 0,6 % gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres. Die für diese Vorhaben veranschlagten Baukosten hingegen fielen um 259 Mill. Euro bzw. 18 % auf 1219 Mill. Euro. Stark bremsend gegenüber dem dritten Quartal wirkte sich aus, dass der Anschub durch das Konjunkturpakets zusehends entfällt. Seit dem vierten Quartal 2009 waren zahlreiche Vorhaben von öffentlichen Bauherren genehmigt worden, die nun verwirklicht werden können.

Die im **Wohnbau** genehmigten Flächen stiegen um 3,8 %. Die Zunahme geht maßgeblich auf die Initiative der Wohnungswirtschaft zurück, während das Engagement der privaten Haushalte stagnierte. Die Baukosten wurden im Vorjahresvergleich um 8 % höher veranschlagt. Der Steigerung bei den Unternehmen um 16 % stand eine moderatere Erhöhung bei den privaten Haushalten um 3,6 % gegenüber. Die Summe der Investitionen von privaten Haushalten übertraf die gewerblichen Bauvorhaben um knapp ein Viertel.

Für den Neubau von Ein- und Zweifamilienhäusern wurden 49 mehr Genehmigungen erteilt als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der genehmigten Mehrfamilienhäuser stieg um 10 an, die der darin vorgesehenen Wohnungen



Baugenehmigungen im Wohn- und Nichtwohnbau in Hessen

Art der Angabe	2009	2010			
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Grundzahlen					
Wohnbau¹⁾					
Wohnungen	2 732	2 388	2 267	2 829	2 808
Wohnfläche (1000 m ²)	306	254	277	319	324
Nichtwohnbau¹⁾					
Rauminhalt (1000 m ³)	3 198	2 692	2 295	3 646	3 426
Nutzfläche (1000 m ²)	539	419	391	577	533
Wohnungen insgesamt²⁾					
Wohn- und Nutzfläche insgesamt ²⁾ (1000 m ²)	3 066	2 892	2 709	3 356	3 253
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Wohnbau¹⁾					
Wohnungen	10,0	14,0	- 15,6	25,7	2,8
Wohnfläche	13,8	4,5	- 9,5	20,8	5,8
Nichtwohnbau¹⁾					
Rauminhalt	- 27,1	- 25,8	- 37,0	30,2	7,1
Nutzfläche	- 20,8	- 29,1	- 32,9	20,6	- 1,2
Wohnungen insgesamt²⁾					
Wohn- und Nutzfläche insgesamt ²⁾	3,2	20,8	- 8,3	19,4	6,1
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Wohnungen insgesamt²⁾					
Wohn- und Nutzfläche insgesamt ²⁾	- 9,3	- 16,0	- 18,9	19,2	- 0,6

1) Errichtung neuer Gebäude. — 2) In Wohn- und Nichtwohngebäuden (einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden).

nahm jedoch um 6 ab. Damit waren 2800 Wohnungen in Neubauten vorgesehen; das waren 2,8 % mehr als im Vorjahresquartal. Weitere 308 Wohnungen sollen durch Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden entstehen, 137 Wohnungen wurden in Nichtwohngebäuden genehmigt. Mit insgesamt 3253 neuen Wohnungen wurden 5,8 % mehr genehmigt als im gleichen Quartal des Vorjahres; die durchschnittliche Wohnfläche betrug 120 m². Die durchschnittlichen Kosten je Wohnung blieben konstant, die Kosten je m² Wohn- und Nutzfläche verringerten sich um 2,6 %.

Im **Nichtwohnbau** war ein Rückgang des Flächenbedarfs um 3,1 % auf 612 000 m² zu verzeichnen. Die veranschlagten Baukosten fielen um 31 % auf 671 Mill. Euro. Zum Jahresende schlossen sich die Bauvorhaben bei Hotels und Gaststätten der bei den anderen Gebäudetypen bereits in den vorangegangenen Quartalen einsetzenden Steigerung an. Eine deutliche Erhöhung des Bauumfangs wurde auch bei den übrigen nichtlandwirtschaftlichen Gebäuden sowie den Handels- und Lagergebäuden genehmigt. Die Genehmigungen für landwirtschaftliche Betriebsgebäude nahmen weiterhin im Vergleich mit dem Vorjahreszeitraum zu. Deutlich weniger Bauvorhaben wurden bei Anstaltsgebäuden, Büro- und Verwaltungsgebäuden, sonstigen Nichtwohngebäuden sowie Fabrik- und Werkstattgebäuden genehmigt.

Mit verantwortlich für diese Abnahme war der Rückgang von Maßnahmen der öffentlichen Bauherren um 70 %. Die von ihnen geplanten Baukosten sanken um 62 %. Der Umfang der öffentlichen Bauvorhaben fiel dennoch rund doppelt so hoch wie vor der Finanzkrise aus.

Einzelhandel legt zu

Auch das letzte Vierteljahr des Jahres 2010 setzte für den hessischen Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) die positiven Ergebnisse fort. So nahm der Umsatz – verglichen mit dem vierten Vierteljahr 2009 – nominal um gut 2 % zu; nach Ausschaltung der Preisveränderungen war dies ein reales Plus von gut 1 %. Eine Bereinigung dieser Ergebnisse um Saison- und Kalendereinflüsse ist wegen der Umstellung der Klassifikation der Wirtschaftszweige zurzeit noch nicht möglich.

Die vom Umsatzanteil her bedeutendste Branche, der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (hierzu zählen beispielsweise die Supermärkte und Kaufhäuser), konn-

Umsätze und Beschäftigte im Handel in Hessen nach Wirtschaftszweigen

Art der Angabe	2009	2010			
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Messzahlen; Monatsdurchschnitt 2005 = 100					
Nominale Umsätze					
Einzelhandel ¹⁾	106,3	92,0	97,5	97,4	108,6
Kfz-Handel ²⁾	90,6	82,7	98,0	97,5	101,5
Reale Umsätze³⁾					
Einzelhandel ¹⁾	106,5	91,8	96,1	96,8	107,8
Kfz-Handel ²⁾	88,7	80,8	95,7	95,1	98,7
Beschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	95,4	94,1	95,1	95,6	97,8
Kfz-Handel ²⁾	97,3	95,0	95,6	96,3	97,6
darunter Teilzeitbeschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	95,6	93,6	94,8	95,1	97,6
Kfz-Handel ²⁾	105,9	102,5	105,2	105,8	108,5
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Nominale Umsätze					
Einzelhandel ¹⁾	- 1,8	2,1	2,3	3,8	2,2
Kfz-Handel ²⁾	3,8	- 19,6	- 11,1	- 2,5	12,0
Reale Umsätze³⁾					
Einzelhandel ¹⁾	- 1,8	1,2	1,6	3,1	1,2
Kfz-Handel ²⁾	3,5	- 20,1	- 11,3	- 2,9	11,3
Beschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	- 0,2	0,2	1,3	1,1	2,5
Kfz-Handel ²⁾	- 3,0	- 3,3	- 2,3	- 1,0	0,3
darunter Teilzeitbeschäftigte					
Einzelhandel ¹⁾	- 0,4	- 1,5	- 0,1	- 0,2	2,1
Kfz-Handel ²⁾	- 3,6	- 6,2	- 6,7	- 2,0	2,5

1) Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. — 2) Einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 3) In Preisen des Jahres 2005.

te von der günstigeren Lage allerdings nicht profitieren, sie blieb immer noch unter dem Vorjahresniveau. Ebenso erging es dem Facheinzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren. Gefragt waren weiterhin Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik. Vor allem Geschäfte, die sonstige Haushaltsgeräte, Textilien, Heimwerker- oder Einrichtungsbedarf anbieten, konnten ihren Umsatz nominal und real ausweiten. In der genannten Gruppe waren Produkte aus dem Bereich „Heimwerkerbedarf“ besonders gefragt. Umsatzeinbußen hatten die Läden, die der Wirtschaftsgruppe „Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren“ zuzurechnen sind, zu verzeichnen. Dagegen befand sich der sonstige Facheinzelhandel wiederum sowohl nominal als auch real deutlich im Plus. Besonders Artikel des hierzu gehörenden Einzelhandels mit Bekleidung, Schuhen und Lederwaren waren gut gefragt. Weniger günstig war die Lage für die Apotheken, während der Einzelhandel mit kosmetischen Erzeugnissen und Körperpflegemitteln ausgesprochen positiv abschnitt. Der Einzelhandel an Verkaufsständen und auf Märkten befand sich dagegen nominal und real kräftig im Minus. Der Einzelhandel, der seine Waren nicht in Ladengeschäften anbietet, schnitt nominal und real sehr gut ab, was vor allem dem Versand- und Interneteinzelhandel sowie dem Handel vom Lager mit Brennstoffen geschuldet ist.

Positiv war im Einzelhandel auch die Entwicklung der Beschäftigung. Dabei nahm die Zahl der Vollzeitbeschäftigten deutlich stärker zu als die Zahl der Teilzeitbeschäftigten.

Im Bereich des Handels mit und der Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen kam es im Berichtszeitraum, im Gegensatz zu den Vorquartalen, zu einem kräftigen Umsatzplus. Dies deutet darauf hin, dass sich die Nachfrage nach Automobilen, die im bisherigen Jahresverlauf wegen der „Abwrackprämie“ im Jahr 2009 eher flau war, wieder normalisiert. Die Zahl der Beschäftigten dieser Wirtschaftsabteilung nahm etwas zu, wobei sich die Zahl der Teilzeitbeschäftigten sogar deutlich erhöhte, während die Zahl der Vollzeitbeschäftigten geringfügig abnahm.

Arbeitsmarkt 4. Quartal 2010

Die Wirtschaft erholt sich von der schweren Rezession 2009 besser als noch vor einem Jahr erhofft. Im ersten Halbjahr 2010 stieg das Bruttoinlandsprodukt in Hessen preisbereinigt um 2,7 %, nachdem der Produktionseinbruch im Jahr 2009 mit - 4,3 % beispiellos in der Geschichte Hessens war. Die kräftigen Zuwächse im Jahr 2010 spiegeln daher Aufholeffekte wider, die sich so

1) Siehe Gutachten „Die Konjunktur in Hessen“ Jahresbeginn 2011. Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft hessischer Industrie- und Handelskammern.

nicht fortschreiben lassen. Für das Gesamtjahr 2010 wird nach unserer Prognose das Bruttoinlandsprodukt um 2,8 % zulegen. Gesamtwirtschaftlich betrachtet steht der Aufschwung auf guten Füßen. Das bestätigen auch die aktuellen Umfrageergebnisse der Arbeitsgemeinschaft Hessischer Industrie- und Handelskammern zum Jahresbeginn¹⁾. Der IHK-Geschäftsklimaindex übertrifft mit 128,1 Punkten deutlich das Vorkrisenniveau und liegt nur knapp unter dem Spitzenwert vom Mai 2007 (128,6). Insbesondere die Industrie, das Verkehrsgewerbe, der Einzelhandel und das Gastgewerbe verzeichnen eine große „Dynamik“.

Die kräftige Erholung der Konjunktur lässt die Beschäftigungspläne der Unternehmen erneut deutlich ansteigen. Knapp 23 % (Herbstumfrage 20 %) der hessischen Unternehmen wollen ihren Personalbestand ausweiten. Nur noch 10 % rechnen mit einem Abbau. Der resultierende Saldo liegt mittlerweile mehr als 23 Punkte über dem langjährigen Durchschnitt. Insbesondere Unternehmen mit 20 bis 500 Beschäftigten wollen ihr Personal aufstocken, 60 % ihren Bestand zumindest halten. Aber auch kleine Unternehmen mit bis zu 20 Mitarbeitern wollen mehr Personal einstellen. Bei diesen Betrieben liegt der Saldo der Beschäftigungsabsichten bei + 5 Prozentpunkten. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen zum Jahresende anhaltend hoch war. Dies zeigen auch das ifo Beschäftigungsbarometer und der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit.

Die aktuelle Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich weiter verbessert. In Hessen waren im dritten Quartal 2010 rund 3,14 Mill. Personen erwerbstätig, rund 18 000 oder 0,6 % mehr als im entsprechenden Vorjahresquartal. Damit setzte sich der im Frühjahr 2010 einsetzende Beschäftigungsaufbau im dritten Quartal verstärkt fort. Im zweiten Quartal betrug der Zuwachs im Jahresvergleich 0,3 %. Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte den höchsten Stand in einem dritten Quartal seit Beginn der Berechnungen. Der Zuwachs der Erwerbstätigkeit im Jahresvergleich resultierte vorwiegend aus der gestiegenen Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer. Die hessische Entwicklung lag im Berichtsquartal leicht unter dem Bundesdurchschnitt bzw. dem der alten Bundesländer ohne Berlin (+ 0,8 bzw. + 0,7 %).

Im Vergleich zum Vorquartal nahm die Zahl der Erwerbstätigen in Hessen im dritten Quartal 2010 um knapp 16 000 Personen oder 0,5 % zu. Der Anstieg fiel damit deutlich stärker aus als im Durchschnitt der letzten 8 Jahre (+ 10 000 Personen) für das gleiche Quartal.

Die Erwerbstätigkeit entwickelte sich in den einzelnen Wirtschaftsbereichen unterschiedlich. Beschäftigungsverlusten im Produzierenden Gewerbe (ohne Bau) standen Zugewinne in den Dienstleistungsbereichen gegen-

über. Im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe wurden im dritten Quartal 2010 im Vergleich zum Vorjahresquartal 7100 Stellen oder 1,3 % abgebaut, hauptsächlich im Verarbeitenden Gewerbe, das besonders stark von der Rezession betroffen war. Hier setzte sich der im vierten Quartal 2008 begonnene Beschäftigungsabbau im Berichtsquartal noch fort. Allerdings waren die Beschäftigungsverluste nicht mehr so hoch wie in den Vorquartalen, als der Beschäftigungsabbau noch 4,1 % (1. Quartal 2010) bzw. 2,9 % (2. Quartal 2010) betrug. Im Baugewerbe nahm im Berichtsquartal die Erwerbstätigkeit gegenüber dem Vorjahresquartal um 1,1 % zu. Im Bereich „Land- und Forstwirtschaft; Fischerei“ blieb die Erwerbstätigenzahl im Vergleich zum Vorjahr unverändert.

In den Dienstleistungsbereichen insgesamt erhöhte sich die Erwerbstätigenzahl um knapp 23 400 oder 1,0 %. Die Entwicklung in den drei Teilbereichen war jedoch unterschiedlich. Während im Wirtschaftsbereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ die Erwerbstätigkeit um 430 Personen (- 0,1 %) leicht zurückging, war im Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ ein Anstieg von 9600 Personen (+ 1,4 %) festzustellen. Am stärksten nahm jedoch der Wirtschaftsbereich „Öffentliche und private Dienstleister“ mit 14 200 Stellen (+ 1,6 %) zu.

Spiegelbildlich zur Zunahme der Erwerbstätigkeit sank die Zahl der registrierten Arbeitslosen. Inzwischen ist – gemessen an der Zahl der Personen – ein Stand erreicht, wie er Anfang der Neunziger Jahre zuletzt erreicht wurde. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass die Ergebnisse durch gesetzliche Maßnahmen beeinflusst wurden. Zu Beginn der Jahre 2008 und 2009 wurde die Definition des Arbeitslosenbegriffs modifiziert, sodass bestimmte Personengruppen seitdem nicht mehr als Arbeitslose gelten. Das betrifft vor allem ältere Arbeitslose und auch Personen, deren Vermittlung an private Dienstleister übertragen wurde. Ohne diese Veränderungen in der statistischen Erfassung würde die aktuelle Zahl der Arbeitslosen höher liegen.

Die registrierte Zahl der Arbeitslosen sank im vierten Quartal im Vergleich zum Vorjahresquartal um 13 600 Personen oder 6,9 %. Im Vergleich mit dem Vorkrisenniveau nahm die Arbeitslosigkeit um 9100 oder 4,7 % ab. Die 200 000er-Marke wurde zum zweiten Mal in Folge unterschritten, obwohl in den ersten beiden Quartalen 2010 diese Grenze noch überschritten wurde. Am Ende des Berichtsquartals waren 183 400 Männer und Frauen als arbeitslos gemeldet. In den alten Ländern (ohne Berlin) entwickelte sich die Zahl der Arbeitslosen

2) Zu- bzw. Abgangsraten beziehen den Zu- bzw. Abgang des laufenden Berichtszeitraums auf den Bestand des Vorzeitraums und ermöglichen damit Aussagen zur relativen Bedeutung von Abgängen bzw. Zugängen bei abnehmenden oder zunehmenden Beständen.

mit einem Minus von 8,2 % erstmals seit dem ersten Quartal 2009 deutlich günstiger. Bis zum dritten Quartal 2010 waren die Veränderungsraten durchschnittlich um zwei Prozentpunkte schlechter als in Hessen. Rückgänge gab es – mit Ausnahme von Bremen (+ 0,4 %) – in allen Ländern, am stärksten in Baden-Württemberg und Bayern (jeweils - 14 %). In den neuen Ländern ging die Arbeitslosigkeit ebenfalls zurück (- 9,1 %), am stärksten in Thüringen und Sachsen-Anhalt.

Im vierten Quartal meldeten sich 45 800 Menschen bei einer hessischen Agentur oder einem Träger der Grundversicherung arbeitslos, während gleichzeitig 46 200 Personen ihre Arbeitslosigkeit beendeten. Im Vergleich zum Vorjahr verringerten sich die Zugänge um 2,2 %, die Abgänge gingen sogar um 5,3 % zurück. Aussagekräftiger als absolute Zahlen sind die Zu- bzw. Abgangsraten²⁾, die die Zu- bzw. Abgänge auf den Bestand des Vorzeitraumes beziehen. Bezogen auf den Arbeitslosenbestand beendeten im vierten Quartal mehr Menschen ihre Arbeitslosigkeit, die Abgangsrate erhöhte sich im Jahresvergleich um 0,6 Prozentpunkte auf 25 %. Dagegen wies die Zugangsrate einen Anstieg von 1,4 Prozentpunkten auf und lag im vierten Quartal bei 24,8 %.

Die hessische Arbeitslosenquote auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen belief sich im Berichtsquartal auf 5,9 %. Im Vergleich zum Vorjahresquartal nahm sie um 0,5 Prozentpunkte, im Vergleich zum Vorquartal um 0,4 Prozentpunkte ab. Sie lag damit geringfügig unter der Quote der alten Länder, aber weiterhin klar unter der gesamtdeutschen Quote von 7,1 %. Hessen belegte damit weiterhin hinter Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz den vierten Platz im Länderranking. Die höchsten Arbeitslosenquoten hatten Berlin (12,7 %), Mecklenburg-Vorpommern (11,8 %) und Bremen (11,6 %).

In der Unterbeschäftigung sind nach dem Konzept der Bundesagentur für Arbeit neben den Arbeitslosen auch die Personen enthalten, die an den Arbeitsmarkt entlassenden Maßnahmen teilnehmen oder zeitweise erkrankt sind und deshalb nicht als arbeitslos gezählt werden. Damit wird ein umfassenderes Bild vom Defizit an regulärer Beschäftigung in einer Volkswirtschaft gegeben. Im vierten Quartal 2010 lag die Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) in Hessen bei 245 000 Personen. Sie nahm sowohl gegenüber dem Vorquartal (- 4,4 %) als auch gegenüber dem Vorjahresquartal (- 9,4 %) ab. Die Entlastung durch arbeitsmarktpolitische Instrumente (ohne Kurzarbeit) war insgesamt rückläufig. Sie reduzierte sich sowohl gegenüber dem Vorquartal (- 4,6 %) als auch gegenüber dem Vorjahresquartal (- 10,1 %). Abnahmen gab es bei der beruflichen Weiterbildung, bei Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung, bei Arbeitsgelegenheiten und bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die allerdings nur noch von geringer Be-

deutung sind. Einen Zuwachs verzeichnete lediglich die Förderung der Selbstständigkeit (Gründungszuschuss). Die Unterbeschäftigungsquote, die sich aus dem Verhältnis von Unterbeschäftigten und der erweiterten Zahl von zivilen Erwerbspersonen berechnet, lag im Quartalsdurchschnitt bei 7,8 % und damit – wie die Arbeitslosenquote – klar unter der Quote für Gesamtdeutschland bzw. für die alten Länder (9,6 bzw. 8,2 %).

Vom Rückgang der Arbeitslosigkeit konnten nicht alle Personengruppen profitieren. Die Zahl der Arbeitslosen über 50 Jahre stieg im Jahresvergleich weiter auf 54 010 an (+ 4,4 %). Fast 30 % aller Arbeitslosen in Hessen gehören mittlerweile dieser Altersgruppe an. Besonders hoch war der Zuwachs bei der Untergruppe der über 55-Jährigen. Hier stieg die Arbeitslosigkeit sogar um 10 % im Vorjahresvergleich. Obwohl die Erwerbsquoten für die Gruppen ab 50 Jahre oder älter in den letzten Jahren merklich anstiegen, fanden offenbar ältere arbeitslose Personen nur schwer in den Arbeitsmarkt zurück. Die Arbeitslosenquote lag bei 6,7 % und war damit nur geringfügig höher als im vierten Quartal 2009, aber 0,8 Prozentpunkte höher als die der Arbeitslosen insgesamt.

Frauen und Männer konnten von der positiven Entwicklung nicht im gleichen Maße profitieren. Im Vergleich zum Vorjahr gab es 10 500 arbeitslose Männer weniger (- 10,0 %). Dem stand eine Abnahme bei der Zahl der arbeitslosen Frauen von 3100 Personen (- 3,4 %) gegenüber. Männer waren allerdings im Krisenjahr 2009 auch deutlich stärker betroffen, als deren Zugänge an Arbeitslosen deutlich über der Entwicklung bei den Frauen lagen. In Hessen waren im Berichtsquartal 95 100 Männer und 88 400 Frauen arbeitslos. Die jeweiligen Quoten betragen für die Männer 5,8 % und für die Frauen 6,1 %.

Seit dem ersten Quartal 2010 sank im Berichtsquartal zum vierten Mal in Folge im Vorjahresvergleich die Zahl der unter 25-jährigen Arbeitslosen. Diese Gruppe profitierte überdurchschnittlich vom Rückgang der Arbeitslosenzahlen. Ihre Zahl sank gegenüber dem Vorjahr um 17 % auf nunmehr 16 500 Personen.

Von den 183 400 Arbeitslosen im vierten Quartal wurden rund 30 % oder 56 500 im Rechtskreis SGB III von einer Agentur für Arbeit und knapp 127 000 oder 70 % im Rechtskreis SGB II von einem Träger der Grundsicherung betreut. Die Arbeitslosenzahl ist in beiden Rechtskreisen gesunken, aber deutlich verhaltener im Rechtskreis SGB II. Gegenüber dem Vorjahr verringerte sich die Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB III um 12 %, während diese im Rechtskreis SGB II um 4,6 % sank. Die Arbeitslosenzahl im Rechtskreis SGB III lag auf dem Niveau des vierten Quartals 2008, dem Beginn der Krise; im Rechtskreis SGB II gab es dagegen über 9000 Personen oder 6,7 % weniger.

Die Langzeitarbeitslosigkeit insgesamt (ohne die Daten zugelassener kommunaler Träger) war im Vorjahresvergleich weiterhin rückläufig. Die Zahl der länger als 12 Monate Arbeitslosen nahm gegenüber dem Vorjahr um 2200 auf 37 700 Personen ab. Der Anteil an den Arbeitslosen insgesamt erhöhte sich leicht um 0,3 Prozentpunkte, da die Arbeitslosenzahl insgesamt stärker zurückging als die Zahl der Langzeitarbeitslosen. Die rückläufige Zahl der Langzeitarbeitslosen betraf allein den Rechtskreis SGB II (- 3000), im Rechtskreis SGB III erhöhte sie sich (+ 810). Bei Langzeitarbeitslosen im Rechtskreis SGB III handelt es sich zum größten Teil um Nicht-Leistungsempfänger, bei denen z. B. als Berufsrückkehrer oder Berufseinsteiger kein Anspruch auf Arbeitslosengeld besteht oder die wegen mangelnder Bedürftigkeit kein Arbeitslosengeld erhalten. Weiterhin werden hier ältere Arbeitslose nachgewiesen, die Leistungsansprüche von mehr als 12 Monaten haben.

Die Arbeitslosigkeit ging in allen 3 Regierungsbezirken zurück, jedoch, wie bereits in den Vorquartalen, unterschiedlich stark. Nord- und Mittelhessen verzeichneten im Vergleich zum Vorjahr den größten Rückgang (- 13,4 bzw. - 7,3 %). In Südhessen reduzierte sich die Zahl der Arbeitslosen um 4,6 %.

In 22 von den 26 kreisfreien Städten und Landkreisen verringerte sich die Zahl der Arbeitslosen im Jahresvergleich. Zuwächse zwischen 0,6 und 1,0 % gab es im Hochtaunuskreis, im Landkreis Offenbach, im Main-Taunus-Kreis und im Rheingau-Taunus-Kreis. Von den 22 Regionaleinheiten mit Rückgängen meldeten 2 Kreise Abnahmen um mehr als 20 %, und in 6 Kreisen und einer kreisfreien Stadt gab es Rückgänge von mehr als 10 %. Am stärksten sank die Arbeitslosenzahl in Hersfeld-Rotenburg (- 27,4 %), im Kreis Waldeck-Frankenberg (- 21,8 %), im Vogelsbergkreis (- 17,4 %) und im Landkreis Fulda (- 16,3 %). In der kreisfreien Stadt Kassel nahm zwar die Zahl der Arbeitslosen im Jahresvergleich ebenfalls ab (- 3,5 %), aber im Vergleich mit der Entwicklung zu den Vorquartalen deutlich abgeschwächt (drittes Quartal: - 16,6 %, zweites Quartal: - 21,6 %). Von den südhessischen Regionen meldeten nur der Landkreis Bergstraße und die kreisfreie Stadt Offenbach am Main starke Rückgänge (- 13,7 bzw. - 11,2 %). Die restlichen 13 Landkreise und kreisfreien Städte meldeten Abnahmeraten zwischen 2,0 % (kreisfreie Stadt Wiesbaden) und 9,6 % (Odenwaldkreis).

Im Vergleich zum Vorquartal verringerten sich in allen kreisfreien Städten und Landkreisen die Arbeitslosenzahlen. In Südhessen war der Rückgang mit 5,1 % schwächer als im Landesdurchschnitt (- 5,8 %), während er in Mittel- und Nordhessen mit 6,9 bzw. 7,2 % darüber lag. In Nordhessen sank die Arbeitslosigkeit insbesondere im Landkreis Hersfeld-Rotenburg (- 14,0 %) und in den

Arbeitsmarkt in Hessen nach Quartalen¹⁾

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2009	2010			
		4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Erwerbstätige						
Erwerbstätige (Inland) i n s g e s a m t	1000	3 147,8	3 100,7	3 124,3	3 140,3	...
Zu- bzw. Abnahme (–) der Erwerbstätigenzahlen gegenüber dem Vorjahresquartal	%	0,0	– 0,1	0,3	0,6	...
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	1000	2 192,4	2 168,8	2 183,7	2 207,4	...
Arbeitslose						
Arbeitslose i n s g e s a m t	Anzahl	197 022	215 471	201 507	194 773	183 409
und zwar						
Männer	"	105 513	119 102	107 426	100 564	95 051
Frauen	"	91 508	96 369	94 080	94 209	88 357
in der Altersgruppe von ... Jahren						
15 bis unter 25	"	19 886	22 122	19 276	21 746	16 511
dar. 15 bis unter 20	"	4 073	3 948	3 500	4 505	3 394
50 oder älter	"	51 714	57 173	56 287	54 696	54 010
dar. 55 oder älter	"	28 957	32 253	32 480	32 165	31 960
Ausländer	"	47 949	51 064	48 720	47 145	45 687
im Rechtskreis III	"	63 956	76 870	65 619	63 395	56 469
im Rechtskreis II	"	133 066	138 601	135 888	131 379	126 939
Zu- bzw. Abnahme (–) der Arbeitslosenzahlen gegenüber dem Vorjahresquartal	%	2,4	– 1,1	– 7,0	– 8,6	– 6,9
Arbeitslosenquote ²⁾ i n s g e s a m t	"	6,4	7,0	6,5	6,3	5,9
und zwar						
Männer	"	6,4	7,2	6,5	6,1	5,8
Frauen	"	6,3	6,7	6,5	6,5	6,1
in der Altersgruppe von ... Jahren						
15 bis unter 25	"	5,9	6,6	5,8	6,6	5,0
dar. 15 bis unter 20	"	3,9	3,8	3,6	4,7	3,6
50 oder älter	"	6,6	7,4	7,1	6,8	6,7
dar. 55 oder älter	"	6,8	7,6	7,5	7,2	7,2
Ausländer	"	14,0	14,9	14,2	13,8	13,3
Deutsche	"	5,4	5,9	5,5	5,3	5,0
Gemeldete Stellen						
Gemeldete Stellen (Bestand) ³⁾	Anzahl	24 011	24 206	29 526	34 914	34 637
Kurzarbeit						
Betriebe mit Kurzarbeit ⁴⁾	Anzahl	3 961	4 665	2 906
Kurzarbeiter ⁴⁾	"	64 986	63 197	31 508
Anzeigen über Kurzarbeit	"	616	501	186	130	414
Anzahl d. i. d. Anzeigen über Kurzarbeit genannten Personen	"	10 617	6 065	2 756	1 656	5 843

1) Durchschnittswerte des Quartals. — 2) Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. — 3) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. — 4) Daten liegen erst 5 Monate nach den Quartalsergebnissen vor.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnung sowie „Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“.

Landkreisen Schwalm-Eder, Fulda sowie in Waldeck-Frankenberg beträchtlich (jeweils gut – 10 %). Einen ähnlich hohen Abbau der Arbeitslosigkeit gab es in Mittelhessen nur im Vogelbergskreis (– 10,9 %). Es folgten aus Südhessen der Odenwaldkreis und die kreisfreien Städte Darmstadt und Offenbach mit Abnahmeraten zwischen 8,9 bis 8,2 %.

Die unterschiedlichen Entwicklungen führten auch im vierten Quartal dazu, dass die Bandbreite der Arbeitslosenquote in den Regionen sich weiter verringerte. Sie lag zwischen 4,1 % (Hochtaunuskreis) und 10,2 % (kreisfreie Stadt Kassel). Der Abstand zwischen den Regionen, der noch im vierten Quartal 2009 bei 7,3 Prozentpunkten lag, nahm im Berichtsquartal auf 6,1 Prozentpunk-

te ab. Von den 26 kreisfreien Städten und Landkreisen blieben 17 unter der landesweiten Quote von 5,9 %. Im Vergleich der Regierungsbezirke lagen die Quoten der Regierungsbezirke Darmstadt und Gießen jeweils mit 6,0 % knapp über dem Landesdurchschnitt, während der Regierungsbezirk Kassel mit 5,7 % diese Quote wie schon im Vorquartal unterschritt.

Die gemeldeten Arbeitsstellen erhöhten sich im vierten Quartal gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt um 14 700. Nicht saisonbereinigt belief sich der Bestand auf 34 600 Arbeitsstellen³⁾. Gegenüber dem Vorjahr war das ein Anstieg von 10 600 oder 44 %. Somit lag der offene Stellenbestand wieder auf dem Niveau vor Beginn der Finanzkrise (Durchschnitt zweites und drittes Quartal 2008: 34 500). Die durchschnittliche Zeitspanne vom gewünschten Besetzungstermin bis zur Abmeldung der Stelle, die sogenannte Vakanzzeit, belief sich auf 60 Tage. Das waren 4 Tage weniger als vor einem Jahr, aber 5 Tage mehr als im Vorquartal. Von den offenen Stellen entfielen etwa ein Drittel auf die Arbeitnehmerüberlassung (Zeitarbeit), 11 % auf den Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und knapp 8 % auf das Gesundheits- und Sozialwesen. Auf das Verarbeitende Gewerbe entfielen gut 6 % der gemeldeten Stellen, auf das Gastgewerbe 5,5 % und auf Verkehr und Lagerei sowie das Baugewerbe jeweils 4,5 %.

Nach den jüngsten vorläufigen hochgerechneten Daten wurde im Oktober 12 800 Arbeitnehmern konjunkturelles Kurzarbeitergeld nach § 170 SGB III gezahlt, das waren 58 470 oder 82 % weniger als vor einem Jahr⁴⁾. Zum Höhepunkt der Inanspruchnahme im April/Mai 2009 gab es noch über 90 000 konjunkturelle Kurzarbeiter. Damit erreichten die Kurzarbeiterzahlen im Oktober 2010 nur noch 14 % des Höhepunktes der Inanspruchnahme.

Im November lag die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach ersten Hochrechnungen der Bundesagentur für Arbeit in Hessen um 1,6 % über dem Vorjahresergebnis. Alle Bundesländer verzeichneten einen Beschäftigungsanstieg, der in Niedersachsen (+ 2,5 %) sowie in Bayern und Thüringen am stärksten ausfiel (jeweils + 2,4 %). Bundesweit erhöhte sich die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Personen um 2,0 %. Hessen bleibt weiterhin hinter der gesamtdeutschen Entwicklung zurück.

Die Beschäftigung stieg in allen großen Wirtschaftsbereichen, am stärksten im Bereich „Wirtschaftliche Dienstleistungen“ (+ 4,7 %). Dies wurde durch den starken

3) Zum Berichtsmonat Juli 2010 erfolgte die Umstellung der Berichterstattung auf gemeldete Arbeitsstellen der Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Die Berichterstattung über die geförderten gemeldeten Stellen wurde eingestellt.

4) Die Kurzarbeiterstatistik wurde rückwirkend bis zum Januar 2009 umgestellt. Siehe hierzu Methodenbericht „Statistik über Kurzarbeit von Betrieben und Kurzarbeiter – Umstellung der Datenbasis und der statistischen Methode“ vom 24. Juni 2010.

Anstieg der Arbeitnehmerüberlassung beeinflusst, die hier statistisch nachgewiesen wird. Sie stieg im Vergleich zum Vorjahr um 11 800 Personen oder 26,2 % auf 56 600 und erreichte somit das Vorkrisenniveau. Der Anteil der Arbeitnehmerüberlassung an den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern betrug 2,5 %; bezogen auf alle Erwerbstätige sind das rund 1,8 %. Dies entsprach in etwa dem Anteil des hessischen Maschinenbaus oder des Ernährungsgewerbes.

Stark zulegen konnte wie schon in den Jahren zuvor die Beschäftigung im Bereich „Gesundheits- und Sozialwesen“ (+ 4,4 %). Die Arbeitsplätze sind hier zu einem großen Teil finanziell abhängig von den Sozialversicherungen. Konjunkturelle Einflüsse machen sich nicht so stark bemerkbar. Der Anteil der Teilzeit- oder geringfügig Beschäftigten ist hier überdurchschnittlich. Hierdurch erklärt sich auch ein Teil des stetigen Aufbaus der Teilzeitbeschäftigung.

Auch im Verarbeitenden Gewerbe wurde die Talsohle durchschritten. Erstmals seit März 2009 nahm im Jahresvergleich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nicht mehr ab. Der Beschäftigtenstand ist jedoch noch weit vom Vorkrisenniveau entfernt. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass nicht zuletzt die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes in erheblichem Maße auf Leiharbeiter zurückgreifen. Vor allem bei den Leiharbeitsfirmen nahm die Beschäftigung nach dem krisenbedingten starken Einbruch enorm zu.

Trend setzt sich fort: Weniger Unternehmen, aber mehr Verbraucher insolvent

Von Oktober bis Dezember 2010 haben die hessischen Amtsgerichte über 393 Anträge auf Insolvenz von Unternehmen entschieden. Das sind gut 16 % weniger als im vierten Quartal des Vorjahres. Der Anteil der mangels Masse abgewiesenen Anträge liegt mit knapp 30 % zwar etwas höher als in den ersten 3 Quartalen des Jahres 2010 (knapp 29 %), aber noch unter dem Durchschnitt des vergangenen Jahres (gut 31 %). Die voraussichtlichen offenen Forderungen der Gläubiger bezifferten die Gerichte für das vierte Quartal 2010 auf insgesamt 529 Mill. Euro. Dies entspricht gut 1,3 Mill. Euro je beantragter Insolvenz. Insgesamt waren 1154 Beschäftigte von der Insolvenz ihres Arbeitgebers betroffen.

Die Entwicklung in den einzelnen Branchen verlief recht unterschiedlich. Einen deutlichen Rückgang der Insolvenzen gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres gab es im Bereich „Information und Kommunikation“ (- 44 %), im Verarbeitenden Gewerbe (- 38 %), im Baugewerbe (- 34 %) sowie im Handel (- 33 %). Ein Anstieg der Insolvenzfälle wurde vor allem bei den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (+ 31 %) und im Gastgewerbe (+ 19 %) beobachtet.

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen erreichte im vierten Quartal 2010 mit 1959 Anträgen den höchsten Stand seit Einführung der Verbraucherinsolvenz im Jahr 1999. Gegenüber dem dritten Quartal 2010 wurden knapp 3 % und gegenüber dem vierten Quartal 2009 gut 11 % mehr Verbraucherinsolvenzen registriert. Die voraussichtlichen Forderungen je Verbraucherinsolvenz lagen mit 70 400 Euro leicht über dem schon hohen Wert des vorherigen Quartals (69 600 Euro) und deutlich über dem Wert des vierten Quartals 2009 (63 600 Euro).

Bei den Insolvenzen der ehemals selbstständig Tätigen wird unterschieden zwischen Personen, die aufgrund nicht überschaubarer Vermögensverhältnisse (mehr als 19 Gläubiger oder Verbindlichkeiten aus Arbeitsverhältnissen) wie Unternehmen das Regelinsolvenzverfahren durchlaufen und Personen mit überschaubaren Vermögensverhältnissen, auf die das vereinfachte Verfahren wie für Verbraucher angewendet wird. Die Zahl der Regelinsolvenzverfahren ehemals selbstständig Tätiger lag im vierten Quartal mit 389 gut 3 % niedriger als im dritten Quartal 2010 und knapp 7 % unter dem Wert des entsprechenden Vorjahresquartals. Die voraussichtlichen Forderungen je Verfahren lagen bei 146 000 Euro (124 000 Euro im dritten Quartal 2010).

Inflationsrate zum Jahresende 2010 merklich gestiegen

Der Verbraucherpreisindex lag im vierten Quartal 2010 um 1,3 % über dem Niveau des gleichen Vorjahreszeitraums und 0,4 % höher als im dritten Quartal 2010. Der Anstieg der Inflationsrate von 0,9 % im dritten auf 1,3 % im vierten Quartal wurde insgesamt gesehen vollständig durch Preissteigerungen am aktuellen Rand hervorgerufen (Zunahme des Index von 107,6 im dritten auf 108,0 im vierten Quartal). Trotz des merklichen Anstiegs der Inflationsrate im vierten Quartal, mit dem Jahreshöchstwert von 1,5 % im Dezember, betrug die Inflationsrate im Durchschnitt des Jahres 2010 lediglich 0,8 %.

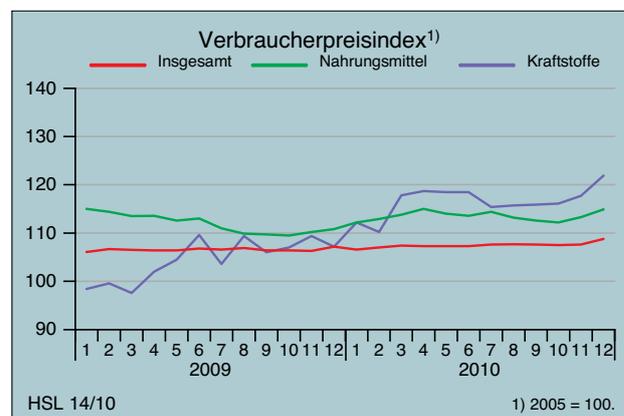
Im vierten Quartal 2010 lag der Preisindex für Mineralölprodukte (Heizöl und Kraftstoffe) 12,5 % über dem Wert des vergleichbaren Vorjahresquartals. Heizöl verteuerte sich um 22,3 % und Kraftstoffe um 9,9 %. Der Gaspreis stieg erstmals nach den teils kräftigen Preissenkungen der vergangenen 5 Quartale wieder an, und zwar um 5,6 %. Da der Gaspreis mit einer zeitlichen Verzögerung

Verbraucherpreisindex in Hessen

Art der Angabe	2009	2010			
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
2005 = 100					
Verbraucherpreisindex	106,6	107,0	107,3	107,6	108,0
darunter					
Nahrungsmittel	110,2	113,0	114,2	113,4	113,5
Kleidung und Schuhe	99,4	96,2	96,5	94,5	98,4
Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten)	105,7	106,0	106,1	106,5	106,7
Haushaltsenergie	119,2	120,0	122,2	122,4	124,4
Verkehr	110,2	112,0	113,5	113,0	114,0
Heizöl und Kraftstoffe	106,8	112,7	119,3	116,5	120,1
Nachrichtenübermittlung	89,2	88,6	88,3	88,0	87,1
Unterhaltungselektronik	67,4	65,5	64,8	64,9	63,6
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %					
Verbraucherpreisindex	0,3	0,6	0,8	0,9	1,3
darunter					
Nahrungsmittel	- 3,1	- 1,1	1,0	2,9	3,0
Kleidung und Schuhe	- 0,9	- 2,5	- 2,5	- 2,5	- 1,0
Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten)	1,2	1,2	1,0	1,0	0,9
Haushaltsenergie	- 6,3	- 6,3	- 1,1	0,2	4,4
Verkehr	2,1	4,6	3,9	2,9	3,4
Heizöl und Kraftstoffe	0,5	15,6	15,6	11,3	12,5
Nachrichtenübermittlung	- 1,7	- 1,9	- 1,8	- 1,8	- 2,4
Unterhaltungselektronik	- 4,0	- 5,2	- 5,5	- 4,4	- 5,6

von etwa einem Dreivierteljahr dem Ölpreis folgt, ist ein weiterer Anstieg zu erwarten. Strom verteuerte sich im vierten Quartal 2010 mit einer Jahresrate von 1,6 %. Der Index für Haushaltsenergie insgesamt (Heizöl, Gas, Strom, feste Brennstoffe, Zentralheizung und Fernwärme) lag 4,4 % über dem Wert des entsprechenden Vorjahresquartals.

Das Niveau der Nahrungsmittelpreise stieg im vierten Quartal 2010 leicht an (gegenüber dem dritten Quartal 2010 um 0,1 %), sodass die Jahresteuersatzrate für Nahrungsmittel im vierten Quartal mit 3,0 % den höchsten Stand seit 2 Jahren erreichte. Die Preisentwicklung der einzelnen Produkte verlief recht unterschiedlich. Teurer wurden binnen Jahresfrist Gemüse (+ 14,7 %), Obst



(+ 10,4 %), Speisefette und -öle (+ 4,2 %), Fisch (+ 3,6 %), Molkereiprodukte und Eier (+ 0,6 %) sowie Brot- und Getreideerzeugnisse (+ 0,4 %). Lediglich das Preisniveau für Fleisch und Fleischwaren blieb unverändert.

Bei Kleidung und Schuhen setzte sich die Tendenz zu sinkenden Preisen im vierten Quartal 2010 abgeschwächt fort (- 1,0 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresquartal). Der schon länger zu beobachtende Trend sinkender Preise für Leistungen der Nachrichtenübermittlung (- 2,4 %) und für Unterhaltungselektronik (- 5,6 %) hält an und hat sich sogar wieder etwas verstärkt. Deutliche Preissenkungen wurden beispielsweise für Fernsehgeräte (- 22,3 %), Digitalkameras (- 13,7 %) sowie Notebooks (- 9,5 %) beobachtet. Allerdings gab es auch in diesem Bereich Produkte, die teurer wurden, z. B. MP3-Player (+ 1,4 %) und Scanner (+ 2,5 %).

Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung, wie Werkzeuge und Geräte für Haus und Garten, verteuerten sich im vierten Quartal 2010 um 2,3 % gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres, Glaswaren und Geschirr um 2,0 %. Die Preise für Heimtextilien sanken binnen Jahresfrist um 1,6 %, für Haushaltsgeräte um 1,3 % sowie für Möbel und Einrichtungsgegenstände um 1,2 %.

Dienstleistungen für private Haushalte wurden durchschnittlich 0,8 % teurer. Darunter stiegen insbesondere die Preise für die Wartung und Reparatur von Fahrzeugen (+ 3,1 %), ambulante Gesundheitsdienstleistungen (+ 2,7 %), Sport- und Erholungsdienstleistungen (+ 2,6 %) sowie die Personenbeförderung im Schienenverkehr (+ 2,0 %). Die Jahresteuersatzrate für Wohnungsmieten ging im vierten Quartal 2010 leicht auf 0,9 % zurück.

Personal im hessischen Hochschulbereich 2009

An den 32 hessischen Hochschulen und den 2 Hochschulkliniken waren Ende 2009 insgesamt rund 42 300 Personen – ohne studentische Hilfskräfte – beschäftigt. Die meisten davon (34 100) waren an einer Universität oder einem Universitätsklinikum tätig. Die Beschäftigten im Hochschulbereich können in 2 Gruppen unterteilt werden: das wissenschaftliche und künstlerische Personal, welches in der Regel unmittelbar mit Lehre und Forschung betraut ist, und das nichtwissenschaftliche Personal, welches hauptsächlich studiumsferne Dienstleistungen erbringt. Hierzu zählen die Beschäftigten in der Verwaltung und anderen zentralen Einrichtungen der Hochschulen, technische Angestellte in Laboren, aber auch die Pflegekräfte an den Universitätskliniken sowie das Verwaltungspersonal in den Fachbereichen. Rund 52 % der Beschäftigten werden dem wissenschaftlichen und künstlerischen Personal zugerechnet. Der Frauenanteil bei den Beschäftigten an hessischen Hochschulen insgesamt lag im Jahr 2009 bei 51 % (21 700); beim Verwaltungs-, technischen und sonstigen Personal waren es 68 %, beim wissenschaftlichen und künstlerischen Personal 36 %.

Wissenschaftliches und künstlerisches Personal

Das wissenschaftliche und künstlerische Personal an Hochschulen ist direkt mit Lehre und Forschung und damit auch mit der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses betraut. Es wird daher häufig auch für die Berechnung von hochschulstatistischen Kennzahlen herangezogen. Beispielhaft seien hier die Betreuungsquoten (wissenschaftliches und künstlerisches Personal bezogen auf die Zahl der Studierenden) oder die Kennzahl „Drittmittel je Professor“ genannt. Insgesamt waren an den hessischen Hochschulen im Jahr 2009 rund 21 800 Beschäftigte in diesem Bereich tätig, davon 14 500 oder zwei Drittel hauptberuflich. Dazu zählten die wis-

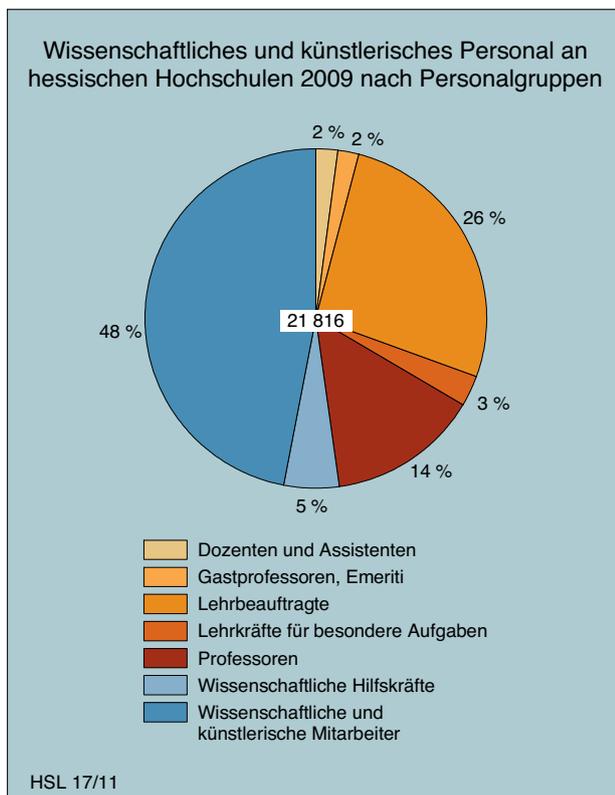
senschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter, die mit etwa 10 200 die größte Gruppe bilden, gefolgt von den 3100 Professoren. Zum hauptberuflichen Personal zählten weiterhin die Dozenten und Assistenten sowie die Lehrkräfte für besondere Aufgaben. Die einzelnen Personalgruppen wurden von Frauen und Männern unterschiedlich stark besetzt. So lag der Anteil der weiblichen Professoren bei 20 %, während von den Lehrkräften für besondere Aufgaben 45 % Frauen waren.

In den vergangenen 10 Jahren war die Entwicklung für Frauen in den Personalgruppen des hauptberuflich wissenschaftlichen und künstlerischen Personals durchweg positiv. So verdoppelte sich der Anteil der Frauen an den Professoren im Zeitraum der Jahre 2000 (10,3 %) bis 2009 (20,4 %) nahezu. Sowohl der Anteil der Frauen bei den Dozenten und Assistenten als auch bei den wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeitern stieg von 24 auf 33 % beziehungsweise von 32 auf 41 % um jeweils 9 Prozentpunkte (siehe auch Schaubild auf Seite 25).

Das restliche Personal im wissenschaftlichen und künstlerischen Bereich (knapp 7400 Personen) arbeitete nebenberuflich. Die größte Gruppe war mit 5800 die der Lehrbeauftragten – hierunter werden Lehrbeauftragte, Honorarprofessoren, Privatdozenten und außerplanmäßige Professoren zusammengefasst. Des Weiteren gab es die wissenschaftlichen Hilfskräfte und Tutoren, die etwa 15 % des nebenberuflichen Personals ausmachten. Die kleinste Gruppe bildeten die Gastprofessoren und Emeriti mit 5,9 %.

Anstieg der Teilzeitarbeit

Das hauptberuflich beschäftigte Personal im wissenschaftlichen und künstlerischen Bereich lässt sich anhand der vereinbarten Arbeitszeit in Voll- und Teilzeitbeschäftigte unterteilen. Insgesamt lag der Anteil der Teilzeitarbeitenden hier bei 37 % und damit 17 Prozentpunkte



Personal an hessischen Hochschulen 2009 nach Geschlecht, Personalgruppen und Hochschularten

Geschlecht	Personal insgesamt	davon						
		zusammen	wissenschaftliches und künstlerisches Personal				Verwaltungs-, technisches und sonstiges Personal	
			davon					
			hauptberuflich		nebenberuflich		zusammen	darunter Pflegekräfte
zusammen	darunter Professoren	zusammen	dar. Lehrbeauftragte ¹⁾					
Universitäten (inkl. Kliniken)								
Männlich	15 417	9 959	7 697	1 426	2 262	1 437	5 458	942
Weiblich	18 644	6 220	4 669	338	1 551	984	12 424	4 003
Zusammen	34 061	16 179	12 366	1 764	3 813	2 421	17 882	4 945
Theologische Hochschulen								
Männlich	120	103	59	25	44	34	17	—
Weiblich	50	24	13	1	11	7	26	—
Zusammen	170	127	72	26	55	41	43	—
Kunsthochschulen								
Männlich	353	313	80	60	233	227	40	—
Weiblich	243	173	41	28	132	129	70	—
Zusammen	596	486	121	88	365	356	110	—
Fachhochschulen								
Männlich	4 213	3 142	1 243	937	1 899	1 784	1 071	—
Weiblich	2 617	1 367	508	257	859	812	1 250	—
Zusammen	6 830	4 509	1 751	1 194	2 758	2 596	2 321	—
Verwaltungsfachhochschulen								
Männlich	462	423	114	37	309	308	39	—
Weiblich	159	92	37	13	55	55	67	—
Zusammen	621	515	151	50	364	363	106	—
Hochschulen insgesamt								
Männlich	20 565	13 940	9 193	2 485	4 747	3 790	6 625	942
Weiblich	21 713	7 876	5 268	637	2 608	1 987	13 837	4 003
Zusammen	42 278	21 816	14 461	3 122	7 355	5 777	20 462	4 945

1) Lehrbeauftragte, Honorarprofessoren, Privatdozenten, außerplanmäßige Professoren.

höher als der gleiche Anteil bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt (am Arbeitsort). Der Geschlechteranteil war bei den hauptberuflich Teilzeitbeschäftigten des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals mit 49 % Männern und 51 % Frauen fast gleich. Bei den 9100 Vollzeitbeschäftigten dagegen lagen die Anteile von Männern und Frauen bei 72 bzw. 28 %.

Im Verlauf der letzten 10 Jahre hat die Teilzeitarbeit beim hauptberuflich wissenschaftlichen und künstlerischen Personal an Bedeutung gewonnen. Lagen die Anteile von Teilzeit- bzw. Vollzeitstellungen im Jahr 2000 noch bei 24 bzw. 76 %, so lagen sie 2009 bei 37 bzw. 63 %.

1) Goethe-Universität Frankfurt am Main, 3787 Beschäftigte; Justus-Liebig Universität Gießen, 3883 Beschäftigte; Philipps-Universität Marburg, 3021 Beschäftigte; Technische Universität Darmstadt, 3070 Beschäftigte. http://www.beruf-und-familie.de/system/cms/data/dl_data/c54ed-03328f8786b7908800f554e7458/referenzliste_bundeslaender.pdf (29. November 2010).

2) <http://www.beruf-und-familie.de/index.php?c=22#elema583> (13. Januar 2011).

Bis 2004 ist ein Anstieg deutlich sichtbar; zwischen 2004 und 2005 folgte dann nur eine minimale Veränderung. Ab 2005 findet wieder ein deutlicher Anstieg der Teilzeitarbeit statt. Dieser Anstieg fällt mit der Zertifizierung von 4¹⁾ der großen hessischen Hochschulen im Rahmen des Audit familiengerechte Hochschule (gemeinnützige Hertie Stiftung) zusammen. Ziel des Audit ist es, eine tragfähige Balance zwischen den betrieblichen Interessen der Hochschule und den familiären Interessen ihrer Beschäftigten und Studierenden zu erreichen und diese langfristig in der Hochschule zu verankern²⁾. Diese Zertifizierung ist einer der möglichen Gründe für den Anstieg der Teilzeitarbeit. Im Laufe der letzten Jahre wurde diese Zertifizierung von weiteren hessischen Hochschulen angestrebt.

Je nach Personalgruppe unterschieden sich die Anteile der Voll- und Teilzeitarbeitenden. Bei den Dozenten und Assistenten arbeiteten 2009 nur rund 29 % Vollzeit, von

den wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeitern hatten 55 % eine volle Anstellung. Die Lehrkräfte für besondere Aufgaben waren zu 61 % vollbeschäftigt, während bei den Professoren sogar 94 % Vollzeit arbeiteten.

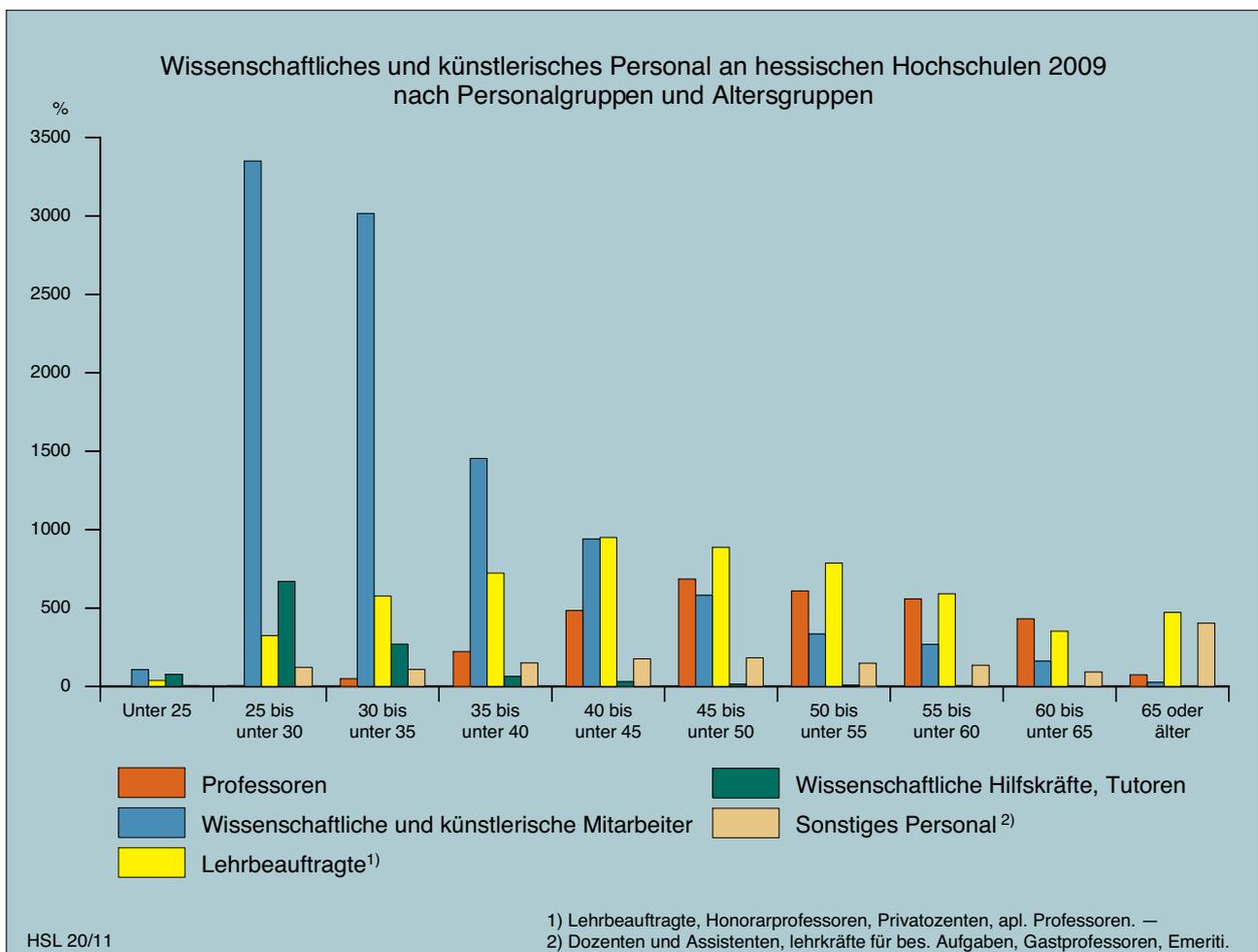
In den einzelnen Fächergruppen gab es unterschiedliche Anteile von hauptberuflich voll- und teilzeitbeschäftigten Personen. Lediglich bei den Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften, die mit ihren 460 hauptberuflich Beschäftigten eine eher kleine Fächergruppe darstellen, gab es mehr Teilzeit- als Vollzeitbeschäftigte. Im Gegensatz dazu fanden sich bei den Ingenieurwissenschaften, mit rund 1900 Beschäftigten die viertgrößte Fächergruppe, lediglich 17 % mit einer Teilzeitstelle. Bei 6 der insgesamt 11 Fächergruppen bewegte sich der Anteil der Teilzeitbeschäftigten zwischen 42 % (Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften) und 46 % (Mathematik, Naturwissenschaften).

Die meisten Beschäftigten waren jünger als 40 Jahre

Über 50 % des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals waren jünger als 40 Jahre. Ursache dafür war hauptsächlich, dass sich die größte Personalgruppe, die der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter, vorwiegend aus der Altersgruppe der 25- bis unter

40-Jährigen rekrutierte. Anhand der Altersverteilung der Beschäftigten in den Personalgruppen lassen sich die klassischen Karriereverläufe an einer Hochschule recht anschaulich aufzeigen. Zum einen gibt es einen großen Stamm an jungem, häufig frisch ausgebildetem Personal, welches durch die Arbeit als wissenschaftlicher oder künstlerischer Mitarbeiter versucht, an der Hochschule oder generell im wissenschaftlichen Bereich Fuß zu fassen. Für einen Großteil dieser Beschäftigten dürften diese Stellen als Sprungbrett dienen und keine längerfristigen Beschäftigungsverhältnisse darstellen. Als ein Beispiel hierfür seien die wissenschaftlichen Mitarbeiter genannt, die häufig auf diesen Stellen neben ihrer Tätigkeit an der Hochschule noch ihre Promotion verfassen. Die Tatsache, dass sich die Zahl der Personen, die solche Stellen innehaben, mit zunehmendem Alter drastisch reduziert, spricht für diese Vermutung.

Auf der anderen Seite erkennt man an der Gruppe der Professoren, dass dort die Altersgruppen ab 40 Jahren am stärksten vertreten sind. Dies resultiert daraus, dass der häufigste Weg zu einer Professorenstelle immer noch sowohl über eine Promotion als auch über eine anschließende Habilitation führt. Die Einführung der Juniorprofessur soll diesen Karriereweg abkürzen und es neu Promovierten ermöglichen, ohne Habilitation



und bereits vor dem Erreichen des vierzigsten Lebensjahres eine Professorenstelle zu bekleiden³⁾. In Hessen wurde mit der Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes Ende 2004 die Möglichkeit der Juniorprofessur für den wissenschaftlichen Nachwuchs vorgesehen. 2009 waren 70 Juniorprofessoren an hessischen Hochschulen beschäftigt, was einem Anteil von 4,1 % an allen Universitätsprofessoren entspricht. Betrachtet man sich die Altersstruktur, so erkennt man, dass 88 % der Juniorprofessoren jünger als 40 Jahre sind. Zum Vergleich sind bei den regulären Professoren lediglich 8,2 % jünger als 40 Jahre.

Zahl der befristeten Arbeitsverhältnisse unter dem wissenschaftlichen und künstlerischen Personal an den Hochschulen nahm zu

Der Anteil des hauptberuflich beschäftigten wissenschaftlichen und künstlerischen Personals, das mit befristeten Verträgen an einer Hochschule angestellt ist, lag 2009 bei 70 %. Im Jahr 2000 waren lediglich 52 % der Beschäftigten befristet angestellt. Es lässt sich hinsichtlich der befristeten Arbeitsverhältnisse noch ein Punkt anmerken. An den hessischen Universitäten, die mit 12 400 die meisten hauptberuflich wissenschaftlich und künstlerisch Beschäftigten aufwiesen, hatten lediglich 3000 (24 %) einen unbefristeten Vertrag. In allen anderen Hochschularten, sei es an Fachhochschulen (1800 hauptberuflich wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter), Theologischen Hochschulen (70), Kunsthochschulen (120) oder Verwaltungsfachhochschulen (150) gab es anteilig mehr unbefristete als befristete Arbeitsverhältnisse. Für den hohen Anteil von befristeten Anstellungen in den Universitäten (86 %) sind unterschiedliche Gründe denkbar: Viele der befristet beschäftigten Mitarbeiter arbeiteten auf Stellen, die ihnen die Möglichkeit zur Promotion gaben. Stellen für eine solche Weiterqualifikation laufen meist mit dem Abschluss der Promotion oder mit dem Ende der entsprechenden Drittmittelfinanzierung aus. Des Weiteren werden auch wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter ohne Promotionsabsichten häufig über Drittmittel finanziert. Da diese Mittel jedoch nur für eine begrenzte Zeit an die Hochschule fließen, können auch die entsprechenden Mitarbeiter nur auf Zeit eingestellt werden.

Der Ausländeranteil lag bei 8,7 %

An den hessischen Hochschulen gab es beim wissenschaftlichen und künstlerischen Personal 1900 Personen (8,7 %) mit einer ausländischen Staatsbürgerschaft. Die größte Gruppe mit 1180 kam aus dem europäischen Ausland, gefolgt von rund 500 aus Asien. Insgesamt arbeiteten 85 % des nicht deutschen wissenschaft-

lichen und künstlerischen Personals an einer Universität (einschl. Hochschulkliniken), knapp 12 % an einer Fachhochschule, die übrigen 3 % arbeiteten entweder an einer Theologischen Hochschule oder einer Kunsthochschule.

Größter Anteil des nebenberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an Kunsthochschulen

Ein Drittel (7400) des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals war nebenberuflich an einer hessischen Hochschule beschäftigt. Für die Kunsthochschulen, Verwaltungsfachhochschulen und Fachhochschulen spielte dieses Personal zahlenmäßig eine größere Rolle als das entsprechende hauptberufliche Personal. Der Anteil der nebenberuflich Beschäftigten am wissenschaftlichen und künstlerischen Personal insgesamt lag bei diesen Hochschularten zwischen 62 und 75 %.

Innerhalb des nebenberuflichen Personals war die wichtigste Personalgruppe die der Lehrbeauftragten; über alle Hochschulbereiche hinweg stellten sie insgesamt 79 % der Nebenberufler. Bei den Verwaltungsfachhochschulen, Fachhochschulen und Kunsthochschulen stellten sie sogar zwischen 99 und 94 % des nebenberuflichen Personals. Ein Grund hierfür könnte gerade bei den Verwaltungs- und Fachhochschulen der angestrebte Praxisbezug sein. Personen aus Wirtschaft oder Verwaltung werden hier in einer Nebentätigkeit bei der Ausbildung von Studierenden eingesetzt.

Nichtwissenschaftliches Personal

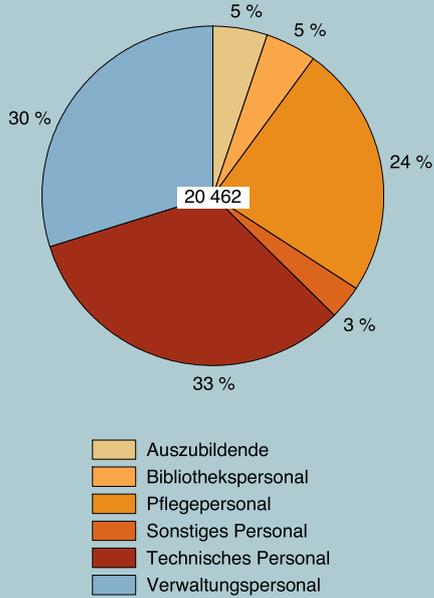
Die zweite große Personalgruppe, die sich an den Hochschulen in Hessen findet, ist mit insgesamt 20 500 im Jahr 2009 die des nichtwissenschaftlichen (Verwaltungs-, technischen und sonstigen) Personals. In den vergangenen 10 Jahren hat sich die Zahl der nichtwissenschaftlichen Beschäftigten kaum verändert. Allerdings ist ihr Anteil am insgesamt im Hochschulbereich beschäftigten Personal im Lauf dieser Zeitspanne um rund 7 Prozentpunkte gesunken – im Jahr 2000 lag er noch bei 55 %.

Im Jahr 2009 arbeitete der Großteil des nichtwissenschaftlichen Personals (87 %) an einer Universität oder Hochschulklinik und bestand überwiegend aus 3 Personalgruppen: 5000 Pflegekräfte, 5800 Beschäftigte im Bereich „technisches Personal“ (was auf eine hohe technische Ausstattung der Universitäten und -kliniken hinweist) sowie 4800 Personen, die dem Verwaltungspersonal zuzurechnen sind. An Fachhochschulen arbeiteten 11 % des nichtwissenschaftlichen Personals; die restlichen 2 % verteilten sich auf die anderen Hochschularten.

Der Anteil der Teilzeitarbeitenden beim nichtwissenschaftlichen Personal lag bei 37 %, wobei Frauen häufiger in Teilzeit arbeiteten als Männer. Von den 13 800

3) http://www.lai.ar.tum.de/fileadmin/lai/redakteure/documents/Juniorprofessur/faq_zur_juniorprofessur.pdf (10. November 2010).

Verwaltungs-, technisches und sonstiges Personal an den hessischen Hochschulen 2009 nach Personalgruppen



HSL 21/11

Frauen arbeiteten 6700 in Teilzeit, das entspricht 48 %. Von den 6600 Männern befanden sich lediglich 13 % in einer Teilzeitbeschäftigung.

Hessische Kreiszahlen

Ausgewählte Daten für Landkreise und kreisfreie Städte

Für Strukturanalysen und Kreisvergleiche bringt diese Veröffentlichung zweimal jährlich reichhaltiges Material über jeden Landkreis aus allen Bereichen der amtlichen Statistik. Einiges Kreismaterial wird speziell für diese Veröffentlichung aufbereitet.

Jeder Band enthält zusätzlich Daten für die kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern und für den Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main. Ein Anhang bietet ausgewählte Daten im Zeitvergleich.

Format DIN A 4, Umfang 50 bis 70 Seiten, kartoniert.

Mit Schaubildern zu ausgewählten Themenbereichen des Inhalts.

Die Hessischen Kreiszahlen sind auch als PDF-Datei mit Excel-Anhang per E-Mail-Versand lieferbar.

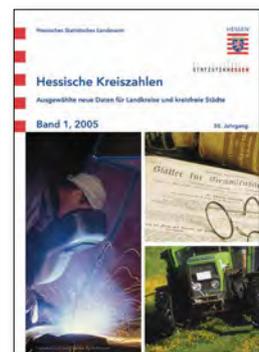
Die Daten sind benutzerfreundlich abrufbar; benötigt wird Excel 97 oder höher, sowie Adobe Acrobat Reader.

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei uns.
Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden



STATISTIK HESSEN



W_160

Hessischer Zahlenspiegel

Bevölkerung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2009			2010			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6 065,0 ¹⁾	6 062,0 ¹⁾	6 059,6	6 060,4	6 062,1	6 063,0	6 063,9	6 062,2	6 064,9
N a t ü r l i c h e B e v ö l k e r u n g s b e w e g u n g:										
* Eheschließungen	Anzahl	2 224	2 271	2 840	3 291	3 595	2 946	3 074	3 250	3 576
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	4,4	4,5	5,7	6,4	7,0	5,7	6,2	6,3	6,9
* Lebendgeborene	"	4 313	4 229	4 369	4 905	4 591	4 056	4 515	4 294	4 400
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	8,5	8,4	8,8	9,5	8,9	7,9	9,1	8,3	8,5
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	5 007	5 057	4 916	4 428	4 887	5 047	4 598	5 129	4 827
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,9	10,0	9,9	8,6	9,5	9,8	9,2	10,0	9,4
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	17	14	16	17	16	15	12	12	18
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,0	3,3	3,7	3,5	3,5	3,7	2,7	2,8	4,1
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorenen (-)	"	- 694	- 828	- 547	477	- 296	- 991	- 83	- 835	- 427
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 1,4	- 1,6	- 1,1	0,9	- 0,6	- 1,9	- 0,2	- 1,6	- 0,8
W a n d e r u n g e n:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	"	13 255	13 247	12 357	14 701	16 508	12 026	13 185	15 514	18 439
* darunter aus dem Ausland	"	5 283	5 518	5 592	6 306	6 571	5 802	6 724	7 338	8 207
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	13 373	12 772	12 247	14 335	14 561	9 879	12 379	16 590	15 471
* darunter in das Ausland	"	5 797	5 335	5 343	5 945	5 293	3 943	5 674	8 210	5 945
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	- 117	474	110	366	1 947	2 147	806	- 1 076	2 968
* Innerhalb des Landes Umgezogene ²⁾	"	17 234	17 232	16 705	18 952	19 303	15 110	16 236	18 361	20 605

Arbeitsmarkt ³⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009		2010				2011
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Arbeitslose (Monatsmitte)	Anzahl	211 156	198 790	195 081	197 599	215 652	183 601	182 132	184 493	201 780
und zwar										
Frauen	"	97 340	93 254	90 798	91 121	96 772	89 312	88 015	87 745	93 162
Männer	"	113 816	105 536	104 283	106 478	118 880	94 289	94 117	96 748	108 618
Ausländer	"	50 819	48 154	47 629	47 997	51 185	45 510	45 511	46 039	49 381
Jüngere von 15 bis unter 25 Jahren	"	23 371	19 914	19 527	19 321	21 519	17 136	16 140	16 257	18 781
* Arbeitslosenquote ⁴⁾ insgesamt	%	6,8	6,4	6,3	6,4	7,0	5,9	5,9	6,0	6,5
und zwar der										
Frauen	"	6,7	6,4	6,3	6,3	6,7	6,1	6,1	6,0	6,4
Männer	"	6,9	6,4	6,3	6,4	7,2	5,7	5,7	5,9	6,6
Ausländer	"	14,8	14,0	13,9	14,0	14,9	13,3	13,3	13,4	14,4
Jüngeren von 15 bis unter 25 Jahren	"	7,0	6,0	5,8	5,7	6,4	3,7	4,9	5,0	5,7
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	Anzahl	71 893	...	63 738	57 274	66 420
* Gemeldete Arbeitsstellen (Monatsmitte) ⁵⁾	"	24 493	30 821	23 733	23 623	22 810	35 643	35 059	33 210	31 445

Erwerbstätigkeit ⁶⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2008		2009			2010	
		30.6.		Sept.	Dez.	März	Sept.	Dez.	März	Juni
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt ⁷⁾⁸⁾	1000	2 165,9	2 165,8	2 211,6	2 192,3	2 172,0	2 197,6	2 183,1	2 173,6	2 185,9
und zwar										
Frauen	"	958,8	973,2	983,4	981,5	976,9	991,5	989,6	986,9	986,6
Ausländer	"	215,9	214,5	219,7	214,6	214,1	217,5	212,4	214,8	219,3
Teilzeitbeschäftigte	"	406,9	423,5	413,6	414,6	417,2	428,1	429,7	431,9	440,1
darunter Frauen	"	335,4	348,6	341,2	342,1	344,6	353,2	354,2	355,9	360,8
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen ⁹⁾										
davon										
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	7,7	7,5	7,5	6,7	7,0	7,7	6,9	7,2	7,7
darunter Frauen	"	2,6	2,6	2,6	2,4	2,4	2,6	2,4	2,4	2,6
Produzierendes Gewerbe	"	568,3	559,7	578,3	569,9	563,8	563,9	553,0	549,8	553,9
darunter Frauen	"	125,0	123,8	127,2	125,9	125,0	125,0	122,7	123,0	123,2
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	"	529,2	527,9	540,0	535,4	528,5	533,9	530,0	526,9	527,6
darunter Frauen	"	231,6	232,6	236,8	236,2	233,2	235,6	234,0	232,8	232,2
Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	"	554,6	543,1	562,7	552,7	543,4	552,9	549,1	547,4	555,2
darunter Frauen	"	247,4	245,2	252,2	249,8	247,3	250,3	249,1	248,0	248,4
Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	"	505,4	527,6	523,0	527,3	529,2	539,0	543,9	542,0	541,3
darunter Frauen	"	352,0	369,0	364,4	367,2	369,1	377,8	381,2	380,6	380,1

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Am 31.12. — 2) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Ergebnisse sind vorläufig; die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. — 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen. Beim Nachweis der Merkmale nach Geschlecht sind Fälle „ohne Angaben“ in den „Insgesamt“ Positionen enthalten. — 5) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. — 6) Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; (vorläufige Werte). — 7) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung. — 8) Erstellungsdatum: 07.01.2011. — 9) Abgrenzung ab 2008 nach WZ 2008; frühere Ergebnisse sind nicht vergleichbar.

Hessischer Zahlenspiegel

Landwirtschaft										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Schlachtungen¹⁾										
Rinder insgesamt	Anzahl	4 411	4 008	4 871	6 480	4 956	3 527	4 265	6 402	4 332
darunter	"									
Kälber ²⁾	"	185	178	151	170	291	135	219	187	282
Jungrinder	"	52	55	61	100	51	31	50	138	104
Schweine	"	52 749	47 556	51 441	58 712	50 302	47 133	46 513	55 945	48 434
darunter hausgeschlachtet	"	2 496	2 128	2 718	4 396	3 450	1 120	2 164	3 853	2 904
Schlachtmengen³⁾										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel)	Tonnen	6 354	5 810	6 307	7 333	6 047	5 847	5 876	7 083	5 864
darunter	"									
* Rinder insgesamt	"	1 204	1 115	1 371	1 653	1 253	1 116	1 251	1 705	1 227
* darunter	"									
Kälber ²⁾	"	23	22	18	20	37	16	27	22	34
Jungrinder	"	7	7	7	11	7	4	7	18	14
* Schweine	"	4 752	4 315	4 602	5 172	4 431	4 360	4 296	4 878	4 301
* Geflügelfleisch ⁴⁾	"	2 451	.	2 580	2 303	2 346
* Erzeugte Konsumeier ⁵⁾	1000 St.	21 111	14 415	16 374	15 810	15 352	14 611	14 945	15 505	15 852
Verarbeitendes Gewerbe ⁶⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Betriebe	Anzahl	1 396	1 356	1 389	1 385	1 385	1 357	1 359	1 361	1 361
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	347,0	339,8	343,6	342,4	340,9	343,5	343,6	343,6	342,8
* Geleistete Arbeitsstunden	"	41 973	43 488	44 215	43 958	37 281	45 783	44 660	47 402	40 039
* Brutto Lohn- und Gehaltssumme	Mill. Euro	1 243,7	1 273,7	1 214,0	1 564,0	1 279,4	1 227,1	1 221,6	1 634,6	1 308,9
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	6 873,1	7 794,2	7 249,6	7 660,2	6 543,1	8 476,4	8 091,2	9 194,7	8 084,7
* darunter Auslandsumsatz	"	3 367,6	3 910,8	3 456,4	3 831,4	3 247,1	4 145,8	4 049,2	4 653,2	4 099,0
Exportquote ⁷⁾	%	49,0	50,2	47,7	50,0	49,6	48,9	50,0	50,6	50,7
Volumenindex des Auftragseingangs ⁸⁾ insgesamt	2005 = 100 % ⁹⁾	- 10,6	12,5	5,0	- 4,1	9,3	3,9	1,2	16,3	16,2
davon	"									
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 13,1	20,9	7,8	13,5	43,1	3,0	- 5,8	9,9	4,6
Investitionsgüterproduzenten	"	- 13,3	7,8	- 1,6	- 23,7	- 22,4	8,7	19,1	33,2	47,9
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 38,0	3,7	- 34,1	- 29,8	- 22,9	- 16,9	- 10,7	2,5	- 8,2
Verbrauchsgüterproduzenten	"	1,9	4,4	12,2	0,4	14,0	2,2	- 6,9	8,3	4,7
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:	"									
Chemische Industrie	% ¹⁰⁾	- 5,4	14,2	- 2,8	12,2	33,0	14,0	2,8	15,8	11,2
Maschinenbau	"	- 28,0	31,0	- 12,6	- 1,9	7,3	13,8	23,7	28,6	34,0
Kraftwagen und -teile	"	- 0,9	12,4	18,4	6,5	- 9,7	15,1	34,7	40,0	55,8
Herstellung von Metallerezeugnissen	"	- 29,6	28,5	- 19,4	- 5,0	- 20,8	15,2	19,8	18,0	32,0
Energie- und Wasserversorgung										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Betriebe ¹⁰⁾	Anzahl	108	107	108	108	108	106	107	107	107
* Beschäftigte ¹⁰⁾	"	16 580	15 944	16 743	16 766	16 732	16 121	16 135	16 053	16 046
* Geleistete Arbeitsstunden ¹⁰⁾¹¹⁾	1000 h	2 110	2 004	2 205	2 231	1 907	2 093	1 996	2 190	1 858
* Bruttoentgeltsumme ¹⁰⁾	Mill. Euro	67,4	65,5	66,0	93,5	65,4	61,3	64,6	92,3	63,2
* Stromerzeugung (brutto) der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ¹²⁾	Mill. kWh	1 098,2	2 205,3	896,5	1 101,3	2 072,3	1 963,2	2 286,2	2 184,5	2 919,8
<p>* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.</p> <p>1) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. — 3) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Lämmer, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 4) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. — 5) In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. — 6) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten; teilweise vorläufige Werte; rückwirkende Aktualisierungen wurden vorgenommen. Ab Januar 2009 werden die Angaben nach einer revidierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) abgegrenzt. Um einen korrekten Vorjahresvergleich zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse des Jahres 2008 auf diese neue Klassifikation umgeschlüsselt. — 7) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 8) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 9) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 10) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 11) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 12) Einschl. Handelsvermittlung; ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. — 13) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtete Ergebnisse.</p>										

Hessischer Zahlenspiegel

Handwerk										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
* Beschäftigte ¹⁾	2009 = 100 ²⁾	.	97,6	.	.	.	96,3	97,1	99,2	97,4
* Umsatz ³⁾	2009 = 100 ⁴⁾	.	99,7	.	.	.	77,7	101,4	105,2	114,5
Baugewerbe ⁵⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
B a u h a u p t g e w e r b e⁶⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	46,2	47,6	46,8	46,4	45,8	48,6	48,3	47,8	46,7
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	4 289	4 427	5 014	4 573	3 365	5 374	5 178	5 163	2 817
darunter										
* Wohnungsbau	"	1 693	1 867	1 908	1 745	1 375	2 218	2 152	2 142	1 309
* gewerblicher Bau	"	1 320	1 316	1 517	1 404	1 053	1 614	1 526	1 550	878
* öffentlicher und Straßenbau	"	1 276	1 243	1 589	1 424	937	1 542	1 500	1 471	630
* Bruttolohn- und gehaltssumme	Mill. Euro	102,7	105,6	109,2	120,0	103,0	115,0	110,2	127,8	95,1
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	441,9	450,9	622,0	533,3	485,0	552,0	552,1	559,2	560,5
darunter										
* Wohnungsbau	"	131,4	142,3	143,4	160,4	135,1	174,5	179,3	168,7	160,6
* gewerblicher Bau	"	159,4	145,8	272,1	168,9	195,1	176,3	159,1	175,3	216,3
* öffentlicher und Straßenbau	"	151,1	162,8	206,5	204,0	154,8	201,1	213,7	215,1	183,5
Index des Auftragseingangs ⁷⁾	2005 = 100	113,0	94,7	119,6	79,9	135,3	105,5	84,9	76,8	91,3
darunter										
Wohnungsbau	"	102,0	91,5	124,9	86,1	160,5	109,6	104,1	78,3	85,9
gewerblicher Bau	"	106,8	97,4	100,1	87,1	136,6	115,1	92,4	81,7	94,8
öffentlicher und Straßenbau	"	120,5	93,6	132,9	72,8	127,5	97,3	74,1	72,7	90,1
A u s b a u g e w e r b e⁸⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) ⁹⁾	1000	20,0	19,6	.	.	19,9	20,0	.	.	20,1
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	5 998	5 817	.	.	6 012	6 026	.	.	5 999
* Bruttolohn- und gehaltssumme	Mill. Euro	155,6	152,0	.	.	162,5	152,6	.	.	162,7
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	598,7	612,4	.	.	783,6	637,0	.	.	759,6
Baugenehmigungen										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	421	443	486	424	429	488	502	469	427
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	380	394	437	379	375	431	455	402	383
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m ³	499	525	549	509	568	630	540	598	562
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m ²	93	98	102	96	109	114	104	115	104
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 Euro	128 017	140 450	145 328	135 012	145 627	165 460	144 585	166 043	149 550
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	134	133	153	168	151	143	138	131	106
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m ³	1 106	1 005	1 014	987	1 198	696	1 443	1 227	756
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m ²	183	160	146	197	196	121	204	191	138
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 Euro	198 662	165 538	167 236	219 219	257 113	90 688	171 065	145 161	137 444
* Wohnungen insgesamt ¹⁰⁾	Anzahl	936	1 018	1 017	897	1 152	1 145	987	1 202	1 064
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küchen) ¹⁰⁾	"	5 154	5 400	5 474	4 969	5 553	6 088	5 532	6 113	5 534
Großhandel ¹¹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
G r o ß h a n d e l¹²⁾										
* Index der Umsätze ¹³⁾ — real	2005 = 100	94,9	106,9	103,9	108,3	109,7	118,1	113,8	119,3	114,5
* Index der Umsätze ¹³⁾ — nominal	"	90,2	90,4	99,0	102,9	103,7	97,8	99,0	102,9	103,7
* Beschäftigte (Index)	"	92,8	90,6	93,1	92,8	92,5	91,3	91,4	91,5	91,7

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Am Ende des Kalendervierteljahres. — 2) Hier: 30.09.2009 = 100. — 3) Vierteljahresergebnis (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 4) Vierteljahresdurchschnitt 2009 = 100. — 5) Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt; führende Ergebnisse sind weitgehend vergleichbar. — 6) Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 7) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 8) Baustellung und sonstiger Ausbau; Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 9) Am Ende des Berichtsvierteljahres. — 10) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 11) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 12) Einschl. Handelsvermittlung; ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. — 13) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtete Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Einzelhandel und Gastgewerbe ¹⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
E i n z e l h a n d e l²⁾										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 = 100	96,4	98,1	102,2	98,8	118,5	98,1	101,8	103,9	117,5
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	96,4	98,9	102,6	98,4	117,8	99,0	102,7	104,9	118,3
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ⁴⁾	"	93,4	92,2	97,0	92,6	116,2	87,7	90,5	96,4	114,2
Apotheken ⁵⁾	"	102,5	104,5	106,8	105,9	114,3	106,6	105,9	108,1	111,6
Bekleidung	"	104,1	109,1	128,8	105,3	134,5	119,7	133,3	114,5	135,7
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ⁶⁾	"	100,3	103,1	112,0	111,2	115,0	103,6	114,8	119,1	119,7
Geräten d. Informations- u. Komm.technik ⁶⁾	"	108,0	109,9	109,8	118,0	168,5	103,8	113,0	121,1	158,4
Versand- u. Internet-Eh.	"	69,0	74,7	73,4	76,0	83,8	79,9	78,5	84,0	86,0
* Beschäftigte (Index)	"	94,4	95,7	95,0	95,4	95,7	96,1	97,0	97,6	98,9
K f z - H a n d e l⁷⁾										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 = 100	98,8	92,6	104,4	86,1	75,6	105,0	106,1	107,5	82,6
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	100,8	94,9	106,7	87,9	77,2	107,7	109,1	110,5	84,9
* Beschäftigte (Index)	"	96,9	96,1	97,7	97,3	96,8	96,3	97,1	97,7	98,0
G a s t g e w e r b e										
* Index der Umsätze ³⁾ — real	2005 = 100	86,0	86,4	91,9	83,7	89,2	94,7	93,6	86,0	88,1
* Index der Umsätze ³⁾ — nominal	"	91,9	95,1	98,8	89,6	95,8	104,9	103,6	94,9	97,1
darunter										
Hotels, Gasthöfe u. Pensionen	"	92,2	100,1	106,4	94,7	90,9	122,8	115,5	103,8	97,5
Restaurants, Gastst., Imbiss-, Cafés u. Ä.	"	89,9	90,4	92,7	84,8	97,2	93,1	95,2	88,7	95,9
Caterer u. sonst. Verpflegungsdienstleist.	"	98,1	101,8	102,3	97,7	96,9	108,7	104,9	101,8	101,6
Ausschank von Getränken	"	84,7	81,5	88,2	78,3	100,7	76,6	86,5	77,0	91,7
* Beschäftigte (Index)	"	97,2	97,2	98,7	97,0	96,3	98,8	97,9	96,6	96,4
Außenhandel ⁸⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* A u s f u h r (Spezialhandel) insgesamt ⁹⁾	Mill. Euro	3 592,1	4 299,0	3 978,5	3 702,1	3 422,7	4 751,2	4 727,3	4 796,1	4 516,3
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	105,5	111,2	137,6	115,8	97,2	145,1	149,5	127,3	105,4
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	3 333,7	4 052,2	3 694,5	3 447,7	3 193,1	4 456,6	4 426,3	4 518,9	4 303,9
davon										
* Rohstoffe	"	11,2	14,6	10,4	10,8	9,2	16,6	14,5	13,6	16,2
* Halbwaren	"	239,9	363,6	289,6	211,2	219,4	380,1	382,8	405,2	534,8
* Fertigwaren	"	3 082,6	3 674,0	3 394,5	3 225,7	2 964,5	4 059,8	4 029,0	4 100,1	3 752,9
davon										
* Vorerzeugnisse	"	4 67,8	613,5	533,3	512,3	437,2	627,5	615,7	660,6	532,3
* Enderzeugnisse	"	2 614,8	3 060,6	2 861,2	2 713,4	2 527,3	3 432,4	3 413,3	3 439,5	3 220,6
Unter den Fertigwaren waren										
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	981,8	1 121,2	1 156,8	1 130,8	983,5	1 187,4	1 080,9	1 157,4	1 057,5
Maschinen	"	419,9	482,3	373,7	404,3	427,7	547,5	523,6	551,2	536,7
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	397,4	504,8	442,4	383,0	317,5	610,3	598,4	617,5	490,8
elektrotechnische Erzeugnisse	"	328,7	474,9	332,2	313,2	320,6	521,4	628,7	590,4	534,9
Eisen- und Metallwaren	"	237,8	284,9	268,8	242,4	315,2	331,2	324,0	309,1	277,5
davon nach										
* Europa	"	2 512,1	2 942,4	2 698,3	2 502,8	2 243,4	3 271,7	3 413,2	3 333,8	3 142,3
* darunter EU-Länder ¹⁰⁾	"	2 143,5	2 544,5	2 275,2	2 123,5	1 909,7	2 815,6	2 961,8	2 855,6	2 729,4
* Afrika	"	74,7	86,0	76,2	77,2	63,0	107,7	72,8	72,1	67,6
* Amerika	"	442,0	562,9	612,7	562,9	428,3	618,0	558,4	584,2	570,0
* Asien	"	529,9	666,8	558,6	528,9	659,1	712,0	637,3	759,9	696,3
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	"	33,5	40,8	32,7	30,4	28,8	41,8	45,7	46,2	40,1
* E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ⁹⁾	"	4 877,8	5 691,2	4 885,9	4 912,8	4 660,4	6 244,0	5 895,4	6 606,0	5 900,5
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	203,5	218,5	210,4	218,9	207,6	234,1	227,9	229,0	272,6
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 384,1	5 182,5	4 359,1	4 426,4	4 203,0	5 701,1	5 343,9	6 056,9	5 371,8
davon										
* Rohstoffe	"	87,5	127,5	83,0	94,1	95,3	89,9	78,4	160,5	130,5
* Halbwaren	"	517,9	695,9	372,3	455,4	469,9	711,4	601,9	817,2	655,6
* Fertigwaren	"	3 778,7	4 359,1	3 903,8	3 876,9	3 637,8	4 899,8	4 663,6	5 079,1	4 585,7
davon										
* Vorerzeugnisse	"	399,4	500,0	412,6	424,8	374,4	572,2	513,8	576,8	495,5
* Enderzeugnisse	"	3 413,7	3 859,1	3 903,8	3 452,1	3 263,4	4 327,6	4 149,9	4 502,3	4 090,1
davon aus										
* Europa	"	3 203,7	3 579,6	3 272,6	3 173,4	2 940,5	3 907,4	3 709,3	4 065,3	3 630,7
* darunter EU-Länder ¹⁰⁾	"	2 813,8	3 115,2	2 964,6	2 793,4	2 643,9	3 410,2	3 333,0	3 549,7	3 186,4

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse der Vorjahre wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. — 2) Einschl. Tankstellen. — 3) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 4) In Verkaufsräumen; vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 5) Sowie Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen). — 6) Sowie Hausrat a. n. g. — 7) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf. — 8) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 9) Ab Januar 2005 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 10) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch in den Ingesamt-Positionen enthalten. — 11) Einschl. Bulgarien und Rumänien (EU-27); die Angaben für 2005 bis 2006 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Noch: Außenhandel										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Noch: E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ¹⁾										
* noch: davon aus										
* Afrika	Mill. Euro	110,7	144,8	77,5	89,2	107,4	123,0	126,7	184,8	146,1
* Amerika	"	527,0	616,9	475,0	489,9	539,7	636,9	634,9	676,2	702,3
* Asien	"	1 023,6	1 329,2	1 053,0	1 151,8	1 065,5	1 537,5	1 409,3	1 636,5	1 402,6
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	"	12,9	20,7	7,8	8,6	7,3	39,2	15,2	43,2	18,8
Tourismus ²⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Gästeankünfte	1000	932	996	1 050	920	742	1 220	1 128	1 015	833
und zwar										
* von Auslandsgästen	"	218	240	240	204	173	301	259	213	191
auf Campingplätzen	"
* Gästeübernachtungen	"	2 244	2 346	2 504	2 042	1 764	2 827	2 645	2 207	1 902
und zwar										
* von Auslandsgästen	"	412	454	444	357	325	571	480	372	355
auf Campingplätzen	"
Gästeübernachtungen nach Berichts-										
gemeindegruppen										
Heilbäder	"	621	618	695	575	540	708	695	574	530
Luftkurorte	"	121	123	133	84	77	151	148	100	86
Erholungsorte	"	77	71	84	42	46	90	80	39	42
sonstige Gemeinden	"	1 426	1 534	1 592	1 341	1 101	1 878	1 721	1 495	1 243
darunter Großstädte	"	669	730	747	692	578	865	811	762	660
Verkehr										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen einheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
B i n n e n s c h i f f f a h r t										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	867	...	832	965	892	1 058	1 017	1 071	...
davon										
* Gütereingang	"	698	...	692	800	680	834	817	863	...
* Güterversand	"	169	...	140	165	211	224	200	207	...
S t r a ß e n v e r k e h r										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ³⁾	Anzahl	32 766	28 114	31 145	29 049	21 564	30 883	28 658	30 599	24 674
darunter										
* Personenkraftwagen ⁴⁾	"	29 657	24 978	28 975	26 492	19 745	27 561	25 603	27 168	22 397
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 438	1 704	1 443	1 768	1 242	2 108	2 073	2 350	1 469
Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	1 297	992	490	537	227	749	483	482	225
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	286	337	200	166	219	356	408	434	449
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden ⁵⁾	"	2 585	...	2 805	2 726	2 638	2 713	2 573	2 721	...
* darunter Unfälle mit Personenschaden	"	1 867	...	1 961	1 879	1 650	2 011	1 878	1 876	...
* getötete Personen	"	26	...	27	30	13	29	23	19	...
* verletzte Personen	"	2 450	...	2 558	2 521	2 225	2 615	2 524	2 492	...
L i n i e n n a h v e r k e h r der Verkehrsunternehmen ⁶⁾										
Fahrgäste ⁷⁾	1000	128 392	400 523	380 645
und zwar mit										
Eisenbahnen	"	87 978	274 276	265 624
Straßenbahnen	"	17 917	56 725	51 859
Omnibussen	"	23 282	71 598	64 898
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	2 506 168	7 875 275	7 695 536
davon mit										
Eisenbahnen	"	2 281 000	7 172 311	7 060 522
Straßenbahnen	"	75 640	238 425	219 299
Omnibussen	"	149 528	464 539	415 715
L i n i e n f e r n v e r k e h r mit Omnibussen ⁶⁾										
Fahrgäste	1000	47	130	179
Beförderungsleistung (Personenkilometer)	1000 km	53 093	147 397	179 932

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2005 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Alle Beherbergungsbetriebe mit mindestens 9 Betten; in der Untergliederung nach Gemeindegruppen ab Januar 2008 **einschl.** Camping. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet. — 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 4) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; ab dem Berichtsmontat Oktober 2005 werden auch Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung wie Wohnmobile und Krankenwagen den Pkw zugeordnet. Im Jahresdurchschnitt 2005 sind die Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung von Jahresbeginn an berücksichtigt. — 5) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel (bis einschl. Dezember unter Alkoholeinwirkung). — 6) Vierteljahresergebnisse (März = 1 Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; Unternehmen, die mindestens 250 000 Fahrgäste im Vorjahr befördert haben (ohne Schienenfernverkehr). — 7) Benutzt ein Fahrgast während einer Fahrt mehrere Verkehrsmittel eines Unternehmens, so ist die addierte Fahrgastzahl im Liniennahverkehr nach Verkehrsmitteln (Verkehrsmittelfahrten) höher als die Fahrgastzahl im Liniennahverkehr zusammen (Unternehmensfahrten).

Hessischer Zahlenspiegel

Geld und Kredit										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
B a n k e n¹⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. Euro	189 688	523 424	506 978
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	"	138 731	390 199	372 946
davon										
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	"	28 872	72 058	60 614
Kredite über 1 Jahr ³⁾	"	109 859	318 141	312 332
Einlagen und aufgenommene Gelder ²⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	178 457	511 148	526 269
I n s o l v e n z e n										
* Insolvenzen	Anzahl	957	1 000	959	979	946	1 013	974	1 081	978
davon										
* Unternehmen	"	163	145	152	150	167	159	144	112	137
* Verbraucher	"	567	630	568	616	578	603	594	739	626
* ehemals selbstständig Tätige	"	187	182	202	174	163	205	191	186	181
* sonstige natürliche Personen ⁴⁾ , Nachlässe	"	41	43	37	39	38	46	45	44	34
* Voraussichtliche Forderungen	1000 Euro	225 927	253 612	174 504	214 796	480 669	236 003	133 377	173 666	517 992
Gewerbeanzeigen ⁵⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	6 511	6 648	6 866	6 074	5 823	7 189	6 446	6 340	5 369
* Gewerbeabmeldungen	"	5 756	5 689	5 388	5 463	7 082	5 450	5 512	5 701	7 152
Preise										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
V e r b r a u c h e r p r e i s e										
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2005 = 100	106,6	107,5	106,4	106,3	107,2	107,6	107,5	107,6	108,8
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	111,9	113,2	109,8	110,2	110,8	112,4	112,1	113,2	114,4
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	"	112,2	113,5	113,7	113,7	113,9	113,6	113,4	113,5	113,3
Bekleidung, Schuhe	"	98,5	96,4	100,3	98,4	99,6	97,6	98,4	99,1	97,8
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ⁶⁾	"	108,7	109,4	108,2	108,3	108,1	109,8	109,9	110,1	110,4
*Nettokalmmieten	"	105,2	106,3	105,5	105,8	105,8	106,5	106,6	106,6	106,8
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ⁷⁾	"	103,9	103,6	103,9	103,6	104,1	103,5	103,2	103,2	103,1
Gesundheitspflege	"	104,4	106,7	104,8	105,0	105,0	107,0	107,1	107,1	107,0
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	109,1	113,2	109,8	110,5	110,2	113,1	113,3	113,7	115,1
Nachrichtenübermittlung	"	89,8	88,0	89,5	89,1	89,0	87,7	87,4	87,2	86,8
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	100,4	99,6	99,6	99,0	103,3	99,4	99,1	98,1	102,9
Bildungswesen	"	105,2	107,9	106,4	106,4	106,4	107,9	107,8	107,7	107,7
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	"	107,5	109,1	107,2	104,9	111,7	109,3	107,8	106,9	113,1
B a u p r e i s e										
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ⁸⁾	2005 = 100	111,9	113,3	.	112,1	.	.	.	113,9	.
Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Steueraufkommen insgesamt ⁹⁾	Mill. Euro	3 912,0	3 604,7	3 056,5	3 179,5	5 559,8	3 447,7	2 964,6	2 979,1	5 624,5
davon										
Gemeinschaftssteuern	"	3 735,4	3 461,9	2 859,8	3 069,3	5 391,7	3 314,7	2 775,1	2 844,4	5 417,8
davon										
Lohnsteuer ¹⁰⁾	"	1 500,4	1 434,2	1 392,0	1 309,9	2 042,6	1 234,8	1 347,8	1 244,2	1 948,9
veranlagte Einkommensteuer	"	166,7	193,4	- 56,0	- 5,2	719,0	611,1	- 46,5	- 107,6	662,0
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	194,0	132,9	67,7	63,4	213,0	26,2	80,0	36,1	162,7
Zinsabschlag ¹⁰⁾	"	360,6	257,7	255,3	277,5	343,1	140,1	178,5	212,6	372,8
Körperschaftsteuer ¹⁰⁾	"	- 12,5	91,1	- 146,6	- 248,8	547,9	96,8	- 92,7	- 74,9	864,2
Umsatzsteuer	"	1 432,5	1 232,4	1 259,6	1 566,3	1 421,5	1 074,9	1 177,9	1 388,7	1 273,6
Einfuhrumsatzsteuer	"	93,7	120,2	87,8	106,2	104,7	130,7	130,0	145,3	133,5

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 2) Einschl. durchlaufender Kredite. — 3) Ohne durchlaufende Kredite. — 4) Beispielsweise als Gesellschafter oder Mithafter. — 5) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 6) Und andere Brennstoffe. — 7) Sowie deren Instandhaltung. — 8) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 9) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 10) Vor Zerlegung.

Hessischer Zahlenspiegel

Noch: Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2009	2010	2009			2010			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Noch: Steueraufkommen insgesamt ¹⁾										
noch: davon										
Bundessteuern	Mill. Euro
Landessteuern	"
darunter										
Erbschaftsteuer	"	45,9	34,9	26,7	35,3	30,0	33,7	39,0	34,9	39,5
Grunderwerbsteuer	"	34,5	33,6	50,2	30,4	38,0	39,5	33,4	40,4	36,5
sonstige Landessteuern	"	48,1	47,1	66,8	43,0	45,1	54,2	43,5	53,3	51,8
Gewerbesteuerumlage	"	19,2	27,2	53,0	1,6	54,9	5,6	73,6	6,1	78,9

Noch: Steuern										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2009				2010		
		Durchschnitt ²⁾		März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. Euro	2 035,2	1 311,2	1 152,9	1 743,9	1 529,6	2 347,9	1 018,9	1 790,4	1 868,4
davon										
Grundsteuer A	"	2,9	3,1	4,7	4,1	5,6	3,6	4,3	3,7	5,8
Grundsteuer B	"	122,2	126,7	162,6	181,6	214,5	162,7	170,3	171,5	227,4
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	798,0	630,8	837,2	766,1	655,8	919,8	703,9	883,0	945,9
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	"	524,4	479,6	135,3	699,8	554,2	1 083,4	125,5	639,3	584,9
andere Steuern ³⁾	"	9,2	8,3	10,9	11,0	17,8	11,4	11,7	12,3	21,0

Verdienste ⁴⁾										
Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2008	2009	2009				2010		
		Durchschnitt		März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
* Bruttomonatsverdienste ⁵⁾ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁶⁾ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	Euro	3 932	3 924	3 464	3 493	3 527	3 542	3 561	3 614	3 617
und zwar										
* männlich	"	4 205	4 172	3 658	3 687	3 727	3 749	3 762	3 828	3 830
* weiblich	"	3 292	3 346	3 011	3 038	3 058	3 061	3 094	3 120	3 122
*Leistungsgruppe 1 ⁷⁾	"	7 544	7 333	6 196	6 236	6 301	6 317	6 350	6 413	6 443
*Leistungsgruppe 2 ⁷⁾	"	4 516	4 564	4 039	4 050	4 086	4 095	4 160	4 203	4 215
*Leistungsgruppe 3 ⁷⁾	"	3 111	3 107	2 806	2 832	2 858	2 870	2 857	2 917	2 919
*Leistungsgruppe 4 ⁷⁾	"	2 477	2 436	2 218	2 253	2 272	2 283	2 262	2 343	2 365
*Leistungsgruppe 5 ⁷⁾	"	1 985	2 008	1 840	1 877	1 900	1 901	1 863	1 901	1 931
* Produzierendes Gewerbe	"	3 794	3 736	3 280	3 310	3 367	3 400	3 378	3 480	3 491
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	"	3 240	3 159	2 916	2 953	3 009	2 950	2 892	3 040	3 103
* Verarbeitendes Gewerbe	"	3 906	3 825	3 339	3 361	3 426	3 469	3 481	3 568	3 567
* Energieversorgung	"	4 814	5 019	4 233	4 362	4 317	4 304	4 245	4 318	4 294
* Wasserversorgung ⁸⁾	"	3 354	3 418	3 136	3 144	3 136	3 168	3 161	3 195	3 180
* Baugewerbe	"	2 960	2 957	2 703	2 781	2 831	2 824	2 623	2 839	2 925
* Dienstleistungsbereich	"	4 003	4 022	3 559	3 588	3 609	3 615	3 652	3 681	3 681
* Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kfz	"	3 672	3 651	3 268	3 277	3 277	3 310	3 289	3 303	3 314
* Verkehr und Lagerei	"	3 721	3 751	3 307	3 397	3 421	3 429	3 379	3 501	3 495
* Gastgewerbe	"	2 317	2 421	2 223	2 273	2 301	2 253	2 273	2 270	2 259
* Information und Kommunikation	"	5 169	5 292	4 547	4 558	4 564	4 564	4 586	4 585	4 631
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	"	6 585	6 128	4 907	4 904	4 942	4 951	5 196	5 298	5 306
* Grundstücks- und Wohnungswesen	"	4 562	4 401	3 825	3 941	3 920	3 932	4 022	4 069	4 097
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	"	5 525	5 571	4 682	4 735	4 710	4 740	4 748	4 781	4 768
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	"	2 402	2 576	2 368	2 419	2 393	2 405	2 410	2 398	2 400
* Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	"	3 164	3 263	3 088	3 092	3 147	3 147	3 153	3 171	3 183
* Erziehung und Unterricht	"	3 846	3 960	3 793	3 800	3 896	3 896	3 910	3 940	3 943
* Gesundheits- und Sozialwesen	"	3 291	3 408	3 148	3 191	3 200	3 213	3 192	3 240	3 249
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	"	4 905	4 967	4 384	4 609	4 790	4 849	4 827	4 889	4 739
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	"	3 481	3 513	3 205	3 190	3 183	3 219	3 189	3 101	3 130

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vierteljahresdurchschnitte. — 3) Und steuerähnliche Einnahmen. — 4) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse ab März 2007 wurden entsprechend umgerechnet. — 5) Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte, d. h. März = Durchschnitt aus Jan. bis März, Juni = Durchschnitt aus April bis Juni usw., ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten; er ergibt sich als Durchschnitt der Ergebnisse für die Monate März, Juni, September und Dezember. — 6) Einschl. Beamte. — 7) Leistungsgruppe 1 (LG 1): Arbeitnehmer in leitender Stellung; LG 2: herausgehobene Fachkräfte; LG 3: Fachkräfte; LG 4: angelernte Arbeitnehmer; LG 5: ungelernete Arbeitnehmer. — 8) Einschl. Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzung.

Statistisches Jahrbuch Hessen in zwei Bänden

HESSEN



STATISTIK HESSEN

Benötigen Sie

- Strukturdaten über das Land Hessen aus den verschiedensten Fachstatistiken?
- optisch gut aufbereitete Daten in Form von Tabellen, Schaubildern und Texten?
- eine PC-gestützte Weiterverarbeitungsmöglichkeit der Daten?

Dann greifen Sie zum Statistischen Jahrbuch Hessen. Es besteht aus zwei Einzelbänden (s. u.), die zu unterschiedlichen Terminen zweijährlich erscheinen.

Jeder Band liefert umfangreiches Datenmaterial zum Thema, aufbereitet in optisch ansprechenden und übersichtlichen Tabellen. Das Datenmaterial wird durch zahlreiche Schaubilder, kurze textliche Zusammenfassungen sowie durch methodische Vorbemerkungen mit Begriffserklärungen erschlossen. In jedem Band befindet sich außerdem ein Kapitel mit Vergleichsdaten über die Länder der BRD.

Jeder Band enthält eine CD-ROM mit einer PDF-Datei des kompletten Inhaltes sowie zusätzlich sämtliche Tabellen im Excel-Format. Der Bezugspreis beinhaltet außerdem eine **Update-CD-ROM**, die im Folgejahr des Erscheinens geliefert wird.

Band 1: Wirtschaft, Erwerbstätigkeit und Umwelt

Themenbereiche: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Erwerbstätigkeit, Unternehmen und Arbeitsstätten, Geld und Kredit, Preise, Verdienste, Produzierendes Gewerbe, Bautätigkeit, Handel und Gastgewerbe, Dienstleistungen, Tourismus, Verkehr, Land- und Forstwirtschaft, Umwelt, Ergebnisse über die Länder der BRD.

Band 2: Bevölkerung, Bildung, Soziales und öffentliche Finanzen

Themenbereiche: Gebiet und Fläche, Bevölkerung, Haushalte, Bevölkerungsbewegung, Religionen, Versorgung und Verbrauch, Wohnungswesen, Rechtspflege und öffentliche Sicherheit, Gesundheitswesen, Bildung und Kultur, Sozialleistungen, Die Finanzen der öffentlichen Haushalte, Personal des öffentlichen Dienstes, Steuern, Ergebnisse über die Länder der BRD.

Die Bände sind auch als reine CD-ROM-Version lieferbar.

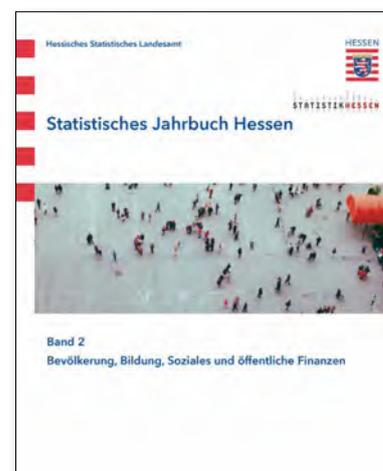
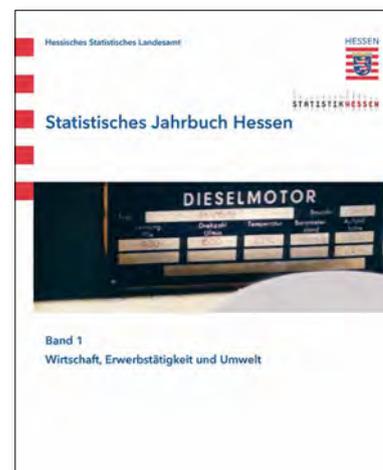
Die Bände können auch einzeln bezogen werden.

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611 3802-951 · Fax: 0611 3802-992

E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de · Internet: www.statistik-hessen.de



Jeder Band mit festem Einband

Format: 27,3 x 21,5 cm

Umfang:

Band 1: 316 Seiten

Band 2: 446 Seiten



W_181



Ausgewählte Regionaldaten für Deutschland

Die Veröffentlichung „**Kreiszahlen**“ enthält für alle Landkreise und kreisfreien Städte Deutschlands nach Bundesländern die wichtigsten Daten – insgesamt über 100 Merkmale – für u. a. folgende Bereiche:

- Bevölkerungs- und Bildungsstatistik,
- Rechtspflege,
- Wahlen,
- Erwerbstätigkeit,
- Wirtschaftsstatistik,
- Öffentliche Sozialleistungen,
- Öffentliche Finanzen,
- Steuern,
- Geld und Kredit,
- Preise und Verdienste,
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen,
- Umwelt.

„Kreiszahlen“ ist gemeinsam erstellt von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder. Die Veröffentlichung basiert auf der DVD „Statistik regional“ und bietet die Möglichkeit, wirtschaftliche, soziale und politische Fakten der Landkreise, der kreisfreien Städte und der Regierungsbezirke in der Bundesrepublik unmittelbar abzulesen und Regionen untereinander zu vergleichen. Die „Kreiszahlen“ erscheinen jährlich.

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611 3802-951 · Fax: 0611 3802-992

E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de · Internet: www.statistik-hessen.de



Format:

DIN A 4, kartoniert

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.



W_142

Ergänzungslieferungen zu Loseblatt-Werken

Bundshaushaltsrecht

Erläuterungen zu den Artikeln 109 bis 115 des Grundgesetzes und zur Bundshaushaltsordnung unter Berücksichtigung des Haushaltsgrundsätzegesetzes und des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft mit rechtsvergleichenden Hinweisen auf das Haushaltsrecht der Bundesländer. Kommentar von Dr. E. A. Piduch, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 43. Erg.-Lfg. vom Dezember 2008, 1700 Seiten in 3 Ordnern) 72,80 Euro; Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 2009. 4519

Jahrbuch für direkte Demokratie 2009

Herausgegeben von L. P. Feld, P. M. Huber, O. Jung, C. Welzel u. F. Wittreck, 362 Seiten, kartoniert, 59,00 Euro, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 2010

Seit jeher steht im Mittelpunkt jeder Demokratiedebatte die richtige Mischung aus plebiszitären und repräsentativen Elementen. Das Grundgesetz sieht für die Bundesrepublik Deutschland das Modell einer repräsentativen parlamentarischen Demokratie vor. Gleichwohl sieht das Grundgesetz auch Elemente direkter Demokratie auf Bundesebene vor (z. B. im Zusammenhang mit einer Neugliederung der Länder). Außerdem wurde auf Landesebene durchgängig die Möglichkeit des Volksentscheids und -begehrens geschaffen. Und auch auf der kommunalen Ebene existieren verschiedene Ausprägungen plebiszitärer Demokratie. Eine lebendige Demokratie wird sich immer wieder den Fragen stellen, wie die Erfahrungen mit den verschiedenen Regelungen sind und ob das Verhältnis aus plebiszitären und repräsentativen Elementen verfassungsrechtlich neu justiert werden muss. Das vorliegende Jahrbuch will diese Debatte versachlichen. In seinem ersten Teil vereint es fundierte wissenschaftliche Beiträge von Kritikern und Befürwortern unmittelbarer Sachentscheidungen des Volkes. Eine Dokumentation von Volksentscheiden und Volksbegehren auf Landesebene sowie eine Auswahl an Bürgerentscheiden bzw. -begehren gibt im zweiten Teil Aufschluss über Verbreitung und Praxis direkter Demokratie. Der dritte Teil widmet sich der internationalen Perspektive. Er enthält Jahresberichte über Entwicklungstendenzen der direkten Demokratie aus Referenzländern des Auslands, aber auch in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Abgerundet wird das Jahrbuch durch die Darstellung ausgewählter Gerichtsentscheidungen und Gutachten; diese zeigen die Debatte um die rechtlichen Grenzen der direkten Demokratie auf. 7397

Die Architektur der Märkte

Von Neil Fligstein, 263 Seiten, kartoniert, 34,95 Euro, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2011.

Die Architektur der Märkte fasst grundlegende Schriften Neil Fligsteins aus verschiedenen Arbeitsphasen zusammen, in denen er eine wirtschaftssoziologische Sicht auf kapitalistische Gesellschaften entwickelt hat. Fligstein hat mit der These von der sozialen Konstruktion oder Architektur von Märkten auf die Bedeutung des Staates und der modernen Unternehmen aufmerksam gemacht und die institutionelle Rahmung des Wirtschaftslebens in den Mittelpunkt gerückt. Der Band hat nach seinem Erscheinen für große Aufmerksamkeit gesorgt und gilt als eine der wegweisenden Aufsatzsammlungen der neueren

Wirtschaftssoziologie. Aus dem Inhalt: Die Rückkehr der Soziologie – Märkte als Institutionen – Die Bildung von Marktinstitutionen als Interessenpolitik – Die Theorie der Felder und die Formierung von Märkten – Zur Logik des Beschäftigungssystems – Die Dynamik von US-Unternehmen und das Thema Eigentum und Kontrolle in den 1970er Jahren – Der Aufstieg des Shareholder-Value-Unternehmenskonzeptes und die Fusionsbewegung der 1980er Jahre – Unternehmenskontrolle in kapitalistischen Gesellschaften – Globalisierung. 7412

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM JANUAR 2011 (K = mit Kreisergebnissen, G = mit Gemeindeergebnissen)

Statistische Berichte – kostenfreie Download-Dateien

Personal und Habilitationen an Hochschulen im Jahr 2009; (B III 4 - j/09); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Die Volkshochschulen in Hessen 2009; (B IV 1 - j/09); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Die bestockten Rebflächen in Hessen 2009; (C I 5 - j/09); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Die bestockten Rebflächen in Hessen 2010; (C I 5 - j/10); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Rinderbestände und Rinderhaltungen im November 2010; (C III 1-6 - j/10); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im November 2010 (E I 1 - m 11/09); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im November 2010; (E I 3 - m 11/10); PDF-Format

Das Bauhauptgewerbe in Hessen im November 2010 (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau); (E II 1 - m 11/10); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Energieverbrauch im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Jahr 2009; (E IV 4 - j/09); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Strom- und Gasabsatz sowie Erlöse in Hessen im Jahr 2009; (E IV 5 - j/09); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Die Ausfuhr Hessens im November 2010 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 1 - m 11/10); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im November 2010 (Vorläufige Ergebnisse); (G III 3 - m 11/10); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Gäste und Übernachtungen im hessischen Tourismus im November 2010 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 1 - m 11/10); (G); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Binnenschifffahrt in Hessen im Oktober 2010 (H II 1 - m 10/10); (Häfen); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Wohngeld in Hessen im Jahr 2009; (K VII 1 - j/09); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Messzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke in Hessen im November 2010; (M I 4 - vj 4/09); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Verzeichnisse

Anschriftenverzeichnis der Regierungspräsidien, Landkreise, Städte und Gemeinden in Hessen (Verz-3; akt. - 01/11) 10,20 Euro
E-Mail-Versand (Excel-Format) 21,00 Euro

Hessisches Statistisches Landesamt • 65175 Wiesbaden

BUCHBESPRECHUNGEN

Regionale Gestaltung von Übergängen in Beschäftigung

Praxisansätze zur Kompetenzförderung junger Erwachsener und Perspektiven für die Regionalentwicklung. Herausgegeben von Helmut Arnold und Theresa Lempp, 302 Seiten, kartoniert, 24,00 Euro, Juventa Verlag, Weinheim und München 2008.

Vor dem Hintergrund der Entstandardisierung und Pluralisierung der Übergangswege von jungen Menschen in Ausbildung und Beschäftigung steht das Übergangsmangement im Blickfeld der Öffentlichkeit. Der Diskurs zum Übergangsmangement bezog sich bisher aber vor allem auf die Vernetzung und Koordination der Institutionen, die an den Übergangsprozessen von der Schule in den Beruf beteiligt sind. Das vorliegende Fachbuch erweitert diese Perspektive auf den Gesamtbereich von Ausbildung und Beschäftigung junger Erwachsener und bettet sie zugleich in die arbeitsgesellschaftlichen und regionalen Wandlungsprozesse ein. Dabei geht es darum, die Kompetenzen junger Menschen und regionale Entwicklungspotenziale aufeinander zu beziehen. Das Buch ist in 3 Teile gegliedert. Im ersten Teil werden die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, in denen sich Übergangsprozesse vollziehen, analysiert. Dabei werden beispielsweise aktuelle Fachdiskurse wie die Regionalisierung vorgestellt und mit der Übergangsthematik verknüpft. Im zweiten Teil des Buches werden bereits erprobte Strategien, Methoden und Projekte rund um das Thema Ausbildung und Beschäftigung aus unterschiedlichen Regionen vorgestellt. Die Praxisansätze leuchten die Gestaltungsmöglichkeiten von Übergängen aus und nehmen neue Kooperationsformen von Jugendhilfe und Beschäftigungsförderung in den Fokus. Ziel ist es, die Vielfältigkeit der Modelle und Bausteine, die auf die steigende Heterogenität der Zielgruppe und auf regionale Kontexte reagieren, aufzuzeigen. Der dritte Teil des Buches spannt gleichsam einen Bogen über die zuvor beschriebenen Ansätze, indem zentrale Qualitätskriterien und Gestaltungsprinzipien sozialräumlicher Beschäftigungsprojekte formuliert werden. Gleichzeitig wird ein Ausblick für die Weiterentwicklung regionaler Übergangsstrukturen gegeben. 7407

Hessisches Reise- und Umzugskostenrecht

Kommentar. Von Gottfried Nitze, 6. Auflage, XII, 389 Seiten, kartoniert, 65,90 Euro, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2010.

Durch Gesetz vom 9.10.2009 nebst Verwaltungsvorschriften wurde das Reisekostenrecht völlig neu gefasst. Hier sind insbesondere die Neuregelungen des Fahrtkostenersatzes und des Tage- und Übernachtungsgeldsatzes zu nennen. Dienstgänge wurden Dienstreisen zugeordnet, längere Dienstreisen werden gelöst vom Trennungsgeld vereinfacht abgefunden. Auf die Fragen beim Vollzug der Neuregelungen wird eingegangen, ebenso auf die Reisekostenentschädigung bei Auslandsreisen, die sich jetzt nach Bundesrecht bestimmt. Ausführlich erläutert werden steuerliche Aspekte, einschl. derjenigen zum Trennungsgeldrecht. Überarbeitet wurde ferner die dem Umzugs- und Trennungsgeldrecht vorbehaltene Kommentierung der von Rechtsänderungen nicht betroffenen Regelungen. Die Neuauflage orientiert sich erneut an praktischen Belangen und stellt damit für alle Praktiker des Reise-, Umzugskosten- und Trennungsgeldrechts bei hessischen Landesbehörden, Kommunen und staatlichen Einrichtungen eine wertvolle Arbeitshilfe dar. 7413

Die neue Frauenbewegung in Deutschland

Abschied vom kleinen Unterschied. Eine Quellensammlung. Herausgegeben von Ilse Lenz, 2., aktualisierte Auflage, 1196 Seiten, gebunden, 59,95 Euro, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2010.

Die Neuen Frauenbewegungen haben Selbstbestimmung, Gleichheit, Zuwendung und einen neuen Eros gefordert und sie haben die Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland grundlegend verändert. Dabei haben sie sich auch selbst transformiert. Der Band dokumentiert ihre wichtigsten Quellen und stellt sie in ihrer Vielfalt und ihren Veränderungen vor. Auch die Reaktionen der Männerbewegung wurden aufgenommen. Der Band eröffnet einen einzigartigen Zugang zu den Kontroversen um Geschlecht und gesellschaftlichen Wandel in Deutschland seit 1968. Diese Texte sind weiterhin aktuell angesichts der Debatten um die Zukunft der Arbeit, der Familie und des Friedens vor Ort und auf globaler Ebene. Aus dem Inhalt: Die unendliche Geschichte? Zur Entwicklung und den Transformationen der Neuen Frauenbewegungen in Deutschland – Bewusstwerdung und Artikulation (1968–1975) – Pluralisierung und Konsolidierung (1976–1980) – Pluralisierung, Professionalisierung und institutionelle Integration (1980–1990) – Globalisierung, deutsche Vereinigung und Postfeminismus (1989–2005). 7409

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM FEBRUAR 2011

(K = mit Kreisergebnissen, G = mit Gemeindeergebnissen)

Statistische Berichte – kostenfreie Download-Dateien

Schüler und Schulentlassene in Hessen 2025 (Ergebnisse der regionalisierten Schülervorausberechnung für die allgemeinbildenden Schulen bis 2025 auf Basis der Bevölkerungsvorausberechnung 2010 und der Schulstatistik 2009/10); (B I 3 - unreg./11); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Die beruflichen Schulen in Hessen 2010 (Stand: 1. November 2010 - Vorläufige Ergebnisse); (B II 1 - j/10); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Dezember 2010; (E I 3 - m 12/09); PDF-Format

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Dezember 2010; (E I 1 - m 12/10); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Gäste und Übernachtungen im hessischen Tourismus im Dezember und im Jahr 2010; (G IV 1 - m 12/2010); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Straßenverkehrsunfälle in Hessen im November 2010 (Vorläufige Ergebnisse); (H I 1 - m 11/10); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Binnenschifffahrt in Hessen im November 2010; (H II 1 - m 11/10); (Häfen); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Verbraucherindex in Hessen im Januar 2011; (M I 2 - m 01/11); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Haushaltsabfälle in Hessen 2009; (Q II 7 - j/09); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Abfallentsorgung in Hessen 2009; (Q II 10 - j/09); (K); PDF-Datei mit Excel-Anhang

Sonstige Veröffentlichungen

Hessische Kreiszahlen; Band 2/2010; 55. Jahrgang 9,50 Euro

E-Mail-Versand (PDF-Datei mit Excel-Anhang) 6,80 Euro

Hessisches Statistisches Landesamt • 65175 Wiesbaden